

**MINISTERIUM FÜR HOCH- UND FACHSCHULBILDUNG
DER REPUBLIK USBEKISTAN**

**SAMARKANDER STAATLICHE HOCHSCHULE
FÜR FREMDSPRACHEN**



**TEXTVORLESUNGEN IN DER LANDESKUNDE
FÜR DIE STUDENTEN DES 2. STUDIENJAHRES**

Samarkand – 2014

Stefan Kehl. Textvorlesungen in der “Landeskunde”.-Samarkand,
2014.

Redakteur: Professor Bushuy A.M.

Rezensenten: Dozent Primov B.Ya.
Dozent Bobonorov A.

Erörtert und empfohlen in der wissenschaftlichen Beratung der
Samarkander staatlichen Hochschule für Fremdsprachen (Protokol № 1
von 27.08.2014).

Inhaltsverzeichnis

<u>Vorlesung I.</u> Die Stelle und Aufgaben der Landeskunde im Unterricht.....	4
<u>Vorlesung II.</u> Deutschland und die deutschen Bundesländer.....	12
<u>Vorlesung III.</u> Über die wichtigsten Epochen der Geschichte von Deutschland.....	19
<u>Vorlesung IV.</u> Österreich: seine Geographie, Bundesländer.....	31
<u>Vorlesung V.</u> Politische System Deutschlands, Österreichs, der Schweiz und von Liechtenstein.....	43
<u>Vorlesung VI.</u> Bildungssysteme.....	49
<u>Vorlesung VII.</u> Die Schweiz.....	57
<u>Vorlesung VIII.</u> Liechtenstein.....	64
<u>Vorlesung IX.</u> Kultur der deutschsprachigen Länder.....	77
<u>Vorlesung X.</u> Beziehungen zwischen Usbekistan und Deutschland.....	88
Literatur	97

Vorlesung I

Die Stelle und Aufgaben der Landeskunde im Unterricht.

Plan:

1. Die Stellung der Landeskunde als Bestandteil des Fremdsprachenunterrichts.
2. Die Aufgaben der Landeskunde.
3. Das landeskundliche Wissen.
4. Landeskunde – als wichtiger Bestandteil des Spracherwerbs.
5. Die landeskundlichen Ansätze.

Stichwörter

Kommunikationsmittel, Spracherwerb, primäre Aufgaben, sprachliches und außersprachliches Wissen, Sachwissen, Sensibilisierung, berücksichtigen, motivieren, sich verhalten, Lebenswelten, Anregung.

Landeskundliches Wissen über das Verbreitungsgebiet der Zielsprache ist ein wesentlicher (inhaltlicher) Bestandteil des Fremdsprachenunterrichts. Es handelt sich dabei vor allem um Aussagen über die politische, sozialökonomische und kulturelle Entwicklung des betreffenden Landes bzw. der Länder, das Leben seiner Bewohner ihre Verhaltensweisen und Lebensgewohnheiten, Sitten und Bräuche, althergebrachten Traditionen.

Die Stellung der Landeskunde im Unterricht ergibt sich vor allem aus drei Aufgaben, die eng miteinander verbunden sind. Die Landeskunde soll:

- Die Kenntnisse vermitteln, über die der Lernende als Voraussetzung für einen adäquaten Gebrauch der deutschen Sprache als Kommunikationsmittel verfügen muß.
- einen Beitrag zur Persönlichkeitsbildung des Lernenden, insbesondere zu seiner politisch-ideologischen Erziehung leisten.
- die Motivation zum Erlernen der deutschen Sprache verstärken.

Die sprachliche Kommunikation vollzieht sich jeweils unter ganz bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen. Die Sprache spiegelt dabei die objektive Realität im Bewusstsein der Menschen wieder.

Daraus ergibt sich für den Fremdsprachenunterricht die Schlußfolgerung, dass Landeskunde im Fremdsprachenunterricht ein Prinzip ist, das sich durch die Kombination von Sprachvermittlung und kultureller Information konkretisiert und durch besondere Aktivitäten über den Deutschunterricht hinaus wirken soll, z.B. durch Austausch und Begegnung. Insofern ist Landeskunde kein eigenes Fach. Landeskunde ist nicht auf Staaten – und Institutionenkunde zu reduzieren, sondern bezieht sich exemplarisch und kontrastiv auf den deutschsprachigen Raum mit seinen nicht nur nationalen, sondern auch regionalen und grenzübergreifenden Phänomenen.

Der Deutschunterricht leistet einen Beitrag zum friedlichen Zusammenleben der Menschen im Sinne der Charta der Vereinten Nationen. Der Landeskunde kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu in dem sie die Wirklichkeit der Zielsprachenländer und die kulturelle Identität der dort lebenden Menschen zum Thema macht.

Der Begriff „Landeskunde“ umfasst also ganz unterschiedliche Bereiche: Kultur, Geschichte, Geographie, Politik, das Wissen um Alltagssituationen wie etwa den Kauf einer Fahrkarte, das Verhalten in einem Cafe bei einer Einladung, kurz, alles, was man braucht, um sich in einem fremden Land weniger fremd zu fühlen.

Für alle genannte Bereiche gilt: bei der Landeskunde geht es nicht nur um Fakten über die Zielkultur, des Ziellandes, wie die Zahl der Einwohner, sondern auch um Vorstellungen, Glauben, Konzepte von Raum und Zeit, um Einstellungen.

Primäre Aufgabe der Landeskunde ist also nicht die Information, sondern die Sensibilisierung der Lernenden sowie die Entwicklung von Fähigkeiten, Strategien und Fertigkeiten im Umgang mit fremden Kulturen. Landeskunde steht in engem Zusammenhang mit dem Spracherwerb. Als integraler Bestandteil des Sprachunterrichts erfordert sie Fremdsprachenlehrerinnen und -lehrer, die durch eigene Erfahrung, vielfältige Materialien, eine gute Ausbildung und entsprechende Fortbildung in die Lage versetzt werden, alle deutschsprachigen Regionen im Deutschunterricht lebendig werden zu lassen.

Landeskundevermittlung im Rahmen des Deutschunterrichts vollzieht sich als Prozess der aktiven Auseinandersetzung mit fremden Kulturen. Das bedeutet, die Lernenden an der Auswahl der Materialien und der Gestaltung des Unterrichts zu beteiligen und sie zu schöpferischer Arbeit anzuregen und zu ermutigen. Informationen über die deutschsprachigen Regionen sollten möglichst anhand authentischer Materialien erarbeitet und vermittelt werden.

Bei den Lernenden sollen Neugier und der Lust auf Entdeckungen erweckt werden. Die Möglichkeit, sich eine eigene Meinung zu bilden, darf nicht durch manipulierende Kommentare der Autoren verstellt werden. Die Vielfalt von regionalen Varianten der deutschen Sprache stellt, eine wichtige Brücke zwischen Spracherwerb und Landeskunde dar.

Diese Vielfalt darf nicht zugunsten einheitlicher Normen (weder phonologischen, noch lexikalischen, morpho-syntaktischen) aufgegeben werden, sondern soll für die Lernenden am Beispiel geeigneter Texte und Materialien erfahrbar werden.

Landeskunde ist in hohem Maße auch Geschichte im Gegenwärtigen. Daher ergibt sich die Notwendigkeit, auch historische Themen und Texte im Deutschunterricht zu behandeln.

In der Begegnung mit fremden Kulturen wird dem Lernenden die eigene Kulturbewusst. Der Landeskundeunterricht soll daher an Spuren der fremden Kultur im eigenen Land anknüpfen, Vorkenntnisse und Klischees aufgreifen und Gelegenheit zur Überprüfung und Korrektur geben, d.h. kontrastiv angelegt sein. Eine fremde Kultur wird von den Lernenden oft eher emotional und subjektiv erfahren. Der Landeskundeunterricht muss daher eine Verarbeitung von Erlebnissen und subjektiven Meinungen ermöglichen und einen emotionalen Zugangraum geben.

Landeskunde weist über den Sprachunterricht hinaus und vernetzt ihn mit anderen Lernbereichen und Unterrichtsfächern, in denen korrespondierende

Aufgaben entwickelt werden sollten. Methodenvielfalt im Sprachunterricht wie in den anderen Lernbereichen ist hierfür eine ebenso wichtige Voraussetzung wie die Förderung des selbstständigen und autonomen Lernens.

Bei der Entwicklung landeskundlicher Materialien ist die Kooperation der deutschsprachigen Länder notwendig. Eine besonders wichtige Rolle kommt dabei dem Informationsaustausch, der Bereitschaft zur Berücksichtigung der erhaltenen Informationen und ihrer korrekten Wiedergabe zu.

Personen und Institutionen, die ein fachliches Interesse an Informationen über ein deutschsprachiges Land haben, sollten auf ihr Verlangen hin von diesem mit den erforderlichen landeskundlichen Materialien versorgt werden können. Dafür ist eine entsprechende Infrastruktur in allen deutschsprachigen Ländern Voraussetzung. Für die Lehreraus – und Fortbildung sind zu fordern:

- landeskundliche Themen, die sich an allen deutschsprachigen Regionen orientieren;
- eine entsprechende Didaktik und Methodik landeskundlichen Unterrichts;

Fachleute verschiedener deutschsprachiger Länder sollten an solchen Fortbildungsveranstaltungen aktiv beteiligt sein. Wenn, immer möglich, sollten solche Veranstaltungen gemeinsam mit Partnern dieser Länder geplant und durchgeführt werden. Die Deutschlehrerverbände und der internationale Deutschlehrerverband sollten es als eine ihrer vordringlichen Aufgaben betrachten, internationale Kooperation auf landeskundlichem Gebiet anzuregen, entsprechende Wünsche ihrer Mitglieder und Lehrbuchautoren weiterzugeben, bi- und multilaterale Fortbildung zu fördern sowie Fortbildungsveranstaltungen in den verschiedenen deutschsprachigen Ländern bekanntzugeben und terminlich zu koordinieren.

Landeskunde will u.a. Kenntnisse vermitteln,

- a) die der Lehrer benötigt, um die fremde Sprache als Kommunikationsmittel angemessen verwenden zu können und sich im fremden Land zu behaupten,
- b) die ihm erlauben, das fremde Land und seine Bewohner besser zu verstehen und sich mit dessen Gegebenheiten und Entwicklungen auseinander zu setzen,
- c) sie will auch durch das Verständniss des fremden Landes und seiner Bewohner die Motivation des Lerners zum Erwerb der Fremdsprache stärken.

Aus all dem folgt, dass Landeskunde ein untrennbarer Bestandteil des Fremdsprachenunterrichts sein sollte.

Deutschunterricht und jeder Sprachunterricht bleiben unvollständig ohne Landeskunde. Die Bedeutung von Wörtern wie „Frühstück“, „Währungsreform“, „Gymnasium“, „Bundestag“ – ist Landeskunde – ohne Landeskunde kann man diese Wörter nicht richtig verstehen.

Damit fängt Landeskunde an.

Und natürlich soll sie auch darin bestehen, möglichst systematisch Kenntnisse über das Land zu erwerben, dessen Sprache man lernt. Ohne Landeskunde muss Sprachunterricht blass und formal bleiben.

Tatsächlich gibt es auch keinen Sprachunterricht ohne Landeskunde.

Bilder und Inhalte verbinden sich immer mit Wörtern und Aussagen.

Um die Zielsprache und Zielkultur „richtig“ zu verstehen, benötigen wir Quellen, möglichst „Authentische Quellen“.

Solche Quellen können natürlich die Medien des eigenen Landes sein:

Bücher, Zeitungen, Radio, Fernsehen oder Film.

Das Beste ist natürlich, man lernt das Land der Zielsprache durch einen Besuch kennen.

Zukünftige Deutschlehrer, Dolmetscher und Übersetzer haben Landeskunde als selbstständiges Fach in ihrem Sprachprogramm. Aber auch schon in Alltagssituationen ist oft eine landeskundliche Komponente enthalten.

So muss man z.B. lernen, welche Anredeformen man verwenden kann, wie man sich am Telefon meldet, was man sagt, wenn man eine Fahrkarte kaufen möchte.

Neben sprachlichem Wissen benötigt man aber auch das Wissen darüber, welches außersprachliche Verhalten angemessen ist.

(Begrüßt man sich mit Hände schütteln oder mit Kuß, oder einfach mit Kopfnicken, oder wie?)

Man muss wissen, wann eine Einladung ernst gemeint ist und ob man pünktlich oder lieber etwas später kommen sollte; man muss soziale Stellung des Gesprächspartners richtig einschätzen können; man muss Gestik und Mimik verstehen können (Bedeutet Kopfschütteln „Ja“ oder „Nein“, oder was bedeutet es?)

Neben sprachlichem und außersprachlichem Wissen benötigen die Lerner aber auch Sachwissen, wenn sie mit Erfolg kommunizieren wollen.

Zum Sachwissen gehören auch Informationen darüber, wie man in spezifischen Kommunikationssituationen angemessen reagiert und welche sprachlichen Mittel man verwenden kann. z.B.:

- d) in Bezug auf die Absicht des Sprechers
- e) in Bezug auf den Kommunikationspartner;
- f) in Bezug auf den Kommunikationsgegenstand.

In bestimmter Kommunikationssituation müssen ganz bestimmte sprachliche Mittel verwendet werden. Anhand einiger Beispiele aus verschiedenen Lehwerken zum Thema „Essen“ möchte ich Sie mit unterschiedlichen Konzeptionen zur Landeskunde vertraut machen.

Beispiel: Wo essen die Studenten?

1.2. Landeskundliche Ansätze.

Faktischer Ansatz

Zur Verdeutlichung dieses landeskundlichen Ansatzes geben wir einen Text als Beispiel für den faktischen Landeskundeansatz.

Beispiel 1:

Die Bundesrepublik produziert, exportiert und importiert viele Waren. Der Verkehr verbindet Norden und Süden, Osten und Westen. Lastkraftwagen (LKW)s transportierend die Produkte nach Nord-, Ost-, Süd- und Westeuropa und bringen die Importe in die Bundesrepublik. Im Sommer fahren Millionen Urlauber von Holland, Belgien und Skandinavien durch die Bundesrepublik nach Österreich,

Italien, Jugoslawien und Griechenland. Und vor allem: jeder vierte Bundesdeutsche hat ein Auto, und jeder siebte lebt vom Auto.

Beispiel 2:

Das große Fest in Deutschland ist Weihnachten. Man feiert es, wie in fast allen europäischen Ländern, am 25. und 26. Dezember. Aber schon der 24. Dezember, der Heilige Abend, ist ein halber Feiertag. Die Geschäfte sind nur bis mittags geöffnet, und am Abend dieses Tages versammelt sich die Familie unter dem Weihnachtsbaum. Feierliche Gottesdienste finden schon am späten Nachmittag oder um Mitternacht statt. Am Heiligabend sind Kinos, Cafes und Tanzlokale geschlossen, denn alle verbringen den Abend mit Verwandten und Freunden. Man macht seinen Anehörigen Geschenke, besonders viele Geschenke bekommen natürlich die Kinder, die schon wochenlang ungeduldig auf Weihnachten gewartet haben.

Weihnachten ist ein stilles Fest, aber im Silvesterabend, dem letzten Abend im alten Jahr, hört man auf den Straßen viele Lärm. Man feiert den Beginn des neuen Jahres mit Rufen, Schießen und Raketen; man ist fröhlich und lustig.

Beispiel 3:

In der Umgebung der Universitäten gibt es meist preiswerte, am billigsten ist aber die Mensa. Mensa heißt auf lateinisch „Tisch“ und ist ein Restaurant für die Studenten.

Es gibt dort meist zwei oder drei verschiedene Menüs: ein Stammessen für etwa zwei Euro und ein oder zwei teurere Menüs.

Das Essen ist nicht nur preiswert, sondern man bekommt das Essen auch sehr schnell. Man gibt eine Essenmarke ab, nimmt ein Plastiktablett mit dem Essen und sucht sich einen Platz an einem Tisch. Anschließend bringt jeder sein leeres Tablett weg. So „schaffen“ viele Studenten das Essen in einer Viertelstunde. Wer etwas mehr Zeit hat, geht noch in die Studentencafeteria und trinkt Kaffee.

In unseren drei Beispielen steht die Vermittlung von „Information“ im Mittelpunkt. Wir haben diese Beispiele ausgewählt, um zu zeigen, dass im faktischen Landeskundeansatz Information hauptsächlich gleichzusetzen ist mit: Fakten, Zahlen und Datenmaterialien zur politischen Struktur, Geographie oder Wirtschaft.

Zu der Vermittlung von Tatsachen gehören nicht nur Informationen über Politik, Wirtschaft, Geographie usw., sondern auch die Beschreibung bestimmter kultureller Phänomene. Im faktischen Landeskundeansatz werden unter Kultur zumeist Zeugnisse der „Hochkultur“ verstanden.

Kommunikativer Ansatz.

In diesem kurzen Text geht es nicht mehr nur um die Information, was man in Deutschland bestellen kann, sondern auch darum, wie man sich in einer bestimmten Situation verhalten kann, wie man die Situation auf Deutsch ausdrückt. Diesen Ansatz nennt man **kommunikative Landeskunde**.

Beispiel 1

Im Restaurant

A: Wir möchten gern bestellen.

B: Bitte, was bekommen Sie?

A: Ich nehme eine Gemüsesuppe und einen Schweinebraten.

B: Und was möchten Sie trinken?

A: Ein Glas Weißwein, bitte.

B: Und Sie, was bekommen Sie?

A: Ein Rindersteak, bitte. Aber keine Pommes frites, ich möchte lieber Bratkartoffeln. Geht das?

B: Ja, natürlich! Und was möchten Sie trinken?

A: Einen Apfelsaft, bitte.

Den oben zitierten Dialog kann man nachspielen. Dabei können sowohl die sprachlichen Strukturen wie das Verhalten in der vorgegebenen Situation verändert werden. Dieses Nachspielen von fiktiven Handlungssituationen fördert die kommunikative Kompetenz Ihrer Schüler/innen, d. h. die Fähigkeit, sich in einer Situation angemessen verhalten zu können.

Die Fähigkeit, in den Situationen des Alltags kommunizieren zu können, wird das neue globale Lernziel in der Fremdsprachendidaktik.

Beispiel 2

Auf dem Postamt

Herr Moll (M), der Beamte (B)

M: Kann ich hier ein Telegramm aufgeben?

B: ja. Haben sie das Formular schon ausgefüllt?

M: Hoffentlich habe ich das richtig gemacht.

B: Sie haben aber sehr undeutlich geschrieben, und die Unterschrift kann ich nicht lesen. Die Adresse müssen Sie besonders deutlich schreiben.

M: Entschuldigen Sie bitte, ich mache es noch mal. – Ist es nun gut so?

B: Ja. Das Telegramm hat nun 10 Wörter. Es kostet 8 Euro.

M: Wann kommt das Telegramm an?

B: Ein Telegramm von hier nach Hamburg braucht etwa zwei Stunden.

M: Kann ich bei Ihnen auch Geld einzahlen.

B: Ein am Schalter vier biete!

Beispiel 3

Am Schalter vier:

M: Ich möchte Geld einzahlen wie mache ich das?

B: Hat der Empfänger ein Postscheckkonto?

M: Ich weiß es leider nicht.

B: Dann füllen Sie diese Postanweisung aus, da genügt die Adresse des Empfängers. Den Absender müssen Sie zweimal schreiben, oben in die Mitte und hier links auf diesen Abschnitt. Den Betrag und die Adresse des Empfängers schreiben Sie in die Mitte und auf den Abschnitt rechts. Dann bekommen Sie, Ihre Quittung.

M: Haben Sie auch Briefmarken? Ich habe hier drei Briefe.

B: Wohin?

M: ich habe einen Brief nach Frankfurt, einen nach London und einen nach Usbekistan.

B: im Inland sowie innerhalb der EU kostet ein Brief 1 Euro. Den Brief nach Usbekistan schicken Sie mit der Luftpost, sonst dauert es zu lange. Zusammen 6,40 Euro.

M: Hier ist das Geld, bitte!

B: Danke! Werfen Sie die Briefe bitte dort in den Briefkasten. Hier habe Sie noch einen Zettel mit den Postgebühren.

M: Danke schön!

Mit dem Vergleich der Beispiele wollten wir Ihnen die unterschiedlichen landeskundlichen Ansätze und vor allem die jeweils dahinter stehende andere Perspektive verdeutlichen. Obwohl die Überschriften in den 2 und 3. Beispielen fast gleich sind sie werden und in landeskundlicher als auch in sprachlicher Hinsicht mehr Informationen gegeben haben und vor allem Sprache und die Rolle der Lernenden anders definiert.

Das Gelingen sprachlicher Handlungen soll ebenso gefördert werden, wie das Verstehen alltagskultureller Phänomene. Die Vermittlung landeskundlichen Wissens und Verhaltens berücksichtigt, dass die Lernenden über bestimmte Handlungsabläufe bereits Erfahrungen mitbringen. (Alltags- und Weltwissen).

Unsere Beispiele bieten dem Lernenden landeskundliche Informationen aber in den Dialogen kann man einige nützliche Wendungen finden. **z.B.** Kann ich hier ein Telegramm aufgeben? Ich möchte Geld einzahlen.

Also, bei der kommunikativen Landeskunde ist es notwendig bestimmte deutsche Redemittel zu Realisierung entsprechender Sprechintention.

Redemittel sollen so angeboten werden, wie sie von den meisten Sprechern der deutschen Sprache in bestimmten Situationen verwendet werden können.

Daraus ergibt sich dass sich Landeskunde an dem übergeordneten Ziel der kommunikativen Kompetenz orientiert.

Interkultureller Ansatz.

Interkulturelles Lernen im Sprachunterricht hat die Aufgabe, Bedingungen mit Sprechern anderer Sprache innerhalb und außerhalb des eigenen Landes vorzubereiten. Globales Ziel ist es, fremde Lebenswelten und Verhaltensweisen besser zu verstehen, „Brücken zur Verständigung“ zu bauen. Der Versuch den anderen zu verstehen, schließt aber gleichzeitig die Beschäftigung mit der eigenen Kultur und Gesellschaft ein.

Das Ziel der interkulturellen Landeskunde ist die interkulturelle Kompetenz, d.h. die Fähigkeit zur Verständigung zwischen Angehörigen verschiedener Kulturkreise und Nationen. Eine Methode, um dies zu erreichen, ist das interkulturelle Lernen. Es geht über die nur sprachliche Kommunikation hinaus: Nicht nur die Sprache eines anderen Landes soll gelernt werden, sondern auch die Fähigkeit, die Kultur eines anderen Landes zu verstehen. Dazu ist es notwendig, auch über eigene Kultur nachzudenken, über Begriffe (wie Frühstück), über Verhaltensweisen (z.B. im Café), Rituale (etwa sich begrüßen), über Gebräuche u.s.w.

Fremdsprachen im Unterricht werden häufig in nicht authentischen Situationen geübt. Um Ziele des interkulturellen Lernens zu erreichen, muss sich

die Institution Schule nach außen öffnen: Schüler sollen vom Leben in anderssprachigen Ländern so direkt wie möglich etwas erfahren.

Klar ist aber, dass ein großer Prozentsatz aller Deutschlehrer nicht die Möglichkeit haben wird, ein deutschsprachiges Land zu besuchen.

Im Unterricht kann man Anregungen geben, wie man Kontakt zu deutschsprachigen Kulturraum aufnehmen können. Im Unterricht können deutsche Kalender, deutsche Produkte, deutsche Briefmarken, deutsche Zeitungen und Zeitschriften, deutsche Prospekte, deutsche Anzeigen verwendet werden.

Insgesamt plädieren wir für eine Verwendung des interkulturellen Ansatzes, weil er eine Verständigung zwischen Angehörigen verschiedener Kulturkreise ermöglicht. Eine Möglichkeit, dieses Ziel zu erreichen, bietet die Aufnahme direkter Kontakte zu Menschen aus anderen Kulturen.

Das Verhältnis Fremdsprachenunterricht – Landeskunde lässt sich durch folgende Punkte charakterisieren:

– Der Fremdsprachenunterricht und die Vermittlung landeskundlicher Inhalte sind voneinander abhängig, da Sprache ein elementarer Bestandteil der jeweiligen Kultur ist. Sprache wird für die Konkretisierung und Bildung von Meinungen, Einstellungen, Werten, Erwartungen, Ritualen und vor allem von Wissen gebraucht/verwendet.

– Ein Sprachunterricht, der sich darauf konzentriert, die Schüler im Bereich des interkulturellen Lernens zu fördern, kann dazu beitragen, existierende Klischeevorstellungen und Vorurteile über die andere Nation zu beseitigen.

– Der Fremdsprachenunterricht muss sich bemühen, den Schülern durch die Erfahrung anderer Kulturkreise Gelegenheit zu geben, im Vergleich mit der Zielkultur die Werke der eigenen Gesellschaft deutlich herauszuarbeiten. Die Schüler entwickeln auf diese Art und Weise ein kritisches Bewußtsein, in dem sie beide Länder miteinander vergleichen, Unterschiede abwägen, Gemeinsamkeiten entdecken und vor allem auch aus dieser Auseinandersetzung lernen die Fremde als etwas „anderes“ zu akzeptieren. Toleranz, Verständnis und Einfühlungsvermögen in andere Gesellschaften sowie Flexibilität, tragen zur internationalen Völkerverständigung bei. **Fragen:**

1. Was versteht man unter der Landeskunde?
1. Welche Aufgaben hat die Landeskunde?
2. Spielt die Landeskunde eine wichtige Rolle im Fremdsprachenunterricht?
3. Worin besteht die primäre Aufgabe der Landeskunde?
4. Hat die Landeskunde eine Beziehung zu Fremdsprachenunterricht?
5. Welche Kenntnisse vermittelt Landeskunde?
6. Was erfahren Sie aus den Beispielen 1,2,3?
 - a. Wie muss man sich in einer bestimmten Situation verhalten?
 - b. Was verstehen Sie unter „Brücken zur Verständigung“?
 - c. Also, welche Kenntnisse vermittelt Landeskunde?

Aufgaben:

1. Was stellen Sie sich unter Landeskunde vor? Notieren Sie spontan einige Ideen.

2. Vergleichen Sie Ihre Auffassung Ihrer Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie die Möglichkeit dazu haben.
3. Führen Sie ein Beispiel zu jedem landeskundlichen Ansatz.
4. Vergleichen Sie die Kulturkreise der beiden Länder (Deutschland und Usbekistan). Sprechen Sie über die Gemeinsamkeiten und Unterschiede.

Wörterklärungen

1. Gelegenheit – eine Situation, die günstig für jemanden ist.
2. Voraussetzung – eine Erwartung, die das weitere Tun oder Denken leitet.
3. Kommunikation – Verständigung zwischen Menschen mit Hilfe der Sprache oder Zeichen.
4. Sensibel – sehr empfindsam, feinfühlig.

Vorlesung II Deutschland und die deutschen Bundesländer



Fläche: 357112 km²
Einwohner: 82 110 000
Hauptstadt: Berlin
Amtssprache: Deutsch
Währung: Euro

2.1. Geographischer Überblick.

Plan:

1. Die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland.
2. Die Fläche
3. Die Bevölkerung
4. Landschaften

Stichwörtergrenzen an, die Grenzelänge, die Küste, die Fläche, Die Ausdehnung, der Altersaufbau, die Bevölkerungsdichte, dicht besiedelt, die Gesamt-bevölkerung, die Gemeinde

Die Bundesrepublik Deutschland liegt im Herzen Europas. Sie ist umgeben von neun Nachbarstaaten: Dänemark im Norden, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg und Frankreich im Westen, der Schweiz und Österreich im Süden und der Tschechischen Republik und Polen im Osten.

Das Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland umfasst rund 357 000 km². Die größte Nord-Süd-Ausdehnung beträgt 876 km. Die äußersten Grenzpunkte sind: List auf der Insel Sylt im Norden, das sächsische Deschka im Osten, das bayerische Oberstdorf im Süden und Selfkant (Nordrhein-Westfalen) im Westen. Die Grenzen der Bundesrepublik haben eine Länge von insgesamt 3758 km.

Deutschland zählt rund 82,1 Millionen Einwohner. Die Bundesrepublik ist nach der Russischen Föderation (rund 148 Millionen) der bevölkerungsreichste Staat Europas, vor Großbritannien und Nordirland mit 59, Frankreich mit 58,6 und Italien mit 57,5 Millionen Menschen. Flächenmäßig ist Deutschland allerdings kleiner als Frankreich mit 544 000 km² und Spanien mit 506 000 km².

Die deutschen Landschaften sind außerordentlich vielfältig und reizvoll. Niedrige und Hohe Gebirgszüge wechseln mit Hochflächen, Stufenländern, Hügel-, Berg- und Seelandschaften sowie weiten, offenen Ebenen. Von Norden nach Süden unterteilt sich Deutschland in fünf große Landschaften: das Norddeutsche Tiefland, die Mittelgebirgsschwelle, das Südwestdeutsche Mittelgebirgsstufenland, das Süddeutsche Alpenvorland und die Bayerischen Alpen.

Klimatisch liegt Deutschland im Bereich der gemäßigt-kühlen Westwindzone zwischen dem Atlantischen Ozean und dem Bereich des Kontinentalklima im Osten.

Deutschland wird von rund 82,1 Millionen Menschen (darunter 7,3 Millionen Ausländern) bewohnt und gehört mit einer Bevölkerungsdichte von 230 Menschen pro Quadratkilometer zu den am dichtesten besiedelten Ländern Europas. In Belgien, den Niederlanden und Großbritannien ist die Bevölkerungsdichte noch größer.

Die Bevölkerung in Deutschland ist regional sehr unterschiedlich verteilt. Der seit der deutschen Vereinigung schnell wachsende Einzugsbereich von Berlin umfasst derzeit mehr als 4,3 Millionen Einwohner. Im Industriegebiet an Rhein und Ruhr, wo die Städte ohne deutliche Abgrenzung ineinander übergehen, leben mehr als elf Millionen Menschen – etwa 1100 pro Quadratkilometer.

Der Westen Deutschlands ist wesentlich dichter besiedelt als der Osten. Dort leben auf rund 30 Prozent der Fläche weniger als ein Fünftel (15,3 Millionen) der Einwohner Deutschlands. Von den 20 Städten mit mehr als 300 000 Einwohnern liegen nur drei im östlichen Teil Deutschlands.

Deutsch gehört zur Großgruppe der indogermanischen Sprachen, innerhalb dieser zu den germanischen Sprachen, und ist mit der dänischen, der norwegischen und der schwedischen Sprache, mit dem Niederländischen und Flämischen, aber auch mit dem Englischen verwandt. Die Ausbildung einer gemeinsamen Hochsprache geht auf die Bibelübersetzung durch Martin Luther zurück.

Außerhalb Deutschlands wird Deutsch als Muttersprache in Österreich, in Liechtenstein, im größten Teil der Schweiz, in Südtirol (Norditalien), in Nordschleswig (Dänemark) und in kleineren Gebieten in Belgien, Frankreich (Elsass) und Luxemburg entlang der deutschen Grenze gesprochen. Auch die deutschen Minderheiten in Polen, Rumänien und in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion haben die deutsche Sprache zum Teil bewahrt. Deutsch ist die Muttersprache von mehr als 100 Millionen Menschen. Etwa jedes zehnte Buch, das weltweit erscheint, ist in deutscher Sprache geschrieben. Unter der Sprachen, aus denen übersetzt wird, steht Deutsch nach Englisch und Französisch an dritter Stelle, und ins Deutsche wird am meisten übersetzt.

Fragen

1. Wie groß ist das Territorium Deutschlands?
2. Wo liegt Deutschland klimatisch?
3. Wie hoch ist die Bevölkerungsdichte Deutschlands?
4. Zu welcher Sprachgruppe gehört Deutsch?

Aufgaben

1. Vergleichen Sie Deutschlands Territorium und Einwohnerzahl mit Usbekistan.
2. Führen Sie ein Beispiel zu einem landeskundlichen Ansatz anhand des Textes.

2.2. die deutschen Bundesländer.

Die Bundesrepublik Deutschland besteht aus 16 Ländern jeweils mit Verfassung, Parlament und Regierung:

Baden- Württemberg (Stuttgart), Bayern (München), Berlin, Brandenburg (Potsdam), Bremen, Hamburg, Hessen (Wiesbaden), Mecklenburg-Vorpommern (Schwerin), Niedersachsen (Hannover), Nordrhein-Westfalen (Düsseldorf), Rheinland-Pfalz (Mainz), Saarland (Saarbrücken), Sachsen (Dresden), Sachsen-Anhalt (Magdeburg), Schleswig-Holstein (Kiel), Thüringen (Erfurt). Berlin, Bremen und Hamburg sind Stadtstaaten.

Deutschland war immer in Länder gegliedert, aber die Landkarte änderte im Laufe der Jahrhunderte häufig ihre Gestalt. Die größten Veränderungen brachten in neuerer Zeit die Napoleonischen Kriege zu Beginn des 19. Jahrhunderts, der Preußisch Österreichische Krieg von 1866, der Erste und der Zweite Weltkrieg. Dieser hatte die Besetzung und Teilung Deutschlands und die Auflösung Preußens, des größten deutschen Landes, zur Folge. Die Bundesländer in ihrer heutigen Gestalt sind größtenteils nach 1945 gebildet worden; alte landmannschaftliche Zusammengehörigkeit und geschichtliche Grenzziehungen wurden dabei zum Teil berücksichtigt.

Bis zur Vereinigung Deutschlands im Jahre 1990 bestand die Bundesrepublik aus 11 Ländern, die in den ehemals westlichen Besatzungszonen gegründet wurden und sich in den Jahren zwischen 1946 und 1957 demokratische Verfassungen gegeben hatten.

Auch in der sowjetischen Besatzungszone wurden auf dem Gebiet der späteren DDR fünf Länder gebildet, die aber bald einer zentralistischen

Gebietsverwaltung weichen mußten. Nach der ersten freien Wahl am 18. März 1990 wurde beschlossen, fünf neue Bundesländer zu bilden. Sie erhielten im wesentlichen die Gestalt aus der Zeit vor 1952. am 3. Oktober 1990 wurde der Beitritt der DDR und damit der Länder Brandenburg, Mecklenburg- Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zur Bundesrepublik vollzogen; Ost-Berlin wurde mit West-Berlin vereinigt.

FREISTAAT THÜRINGEN

Plan:

1. Deutschlands Mitte
2. Kleinstaaterei und Kultur
3. Industrie und Handwerk
4. Deutschlands „Grünes Herz“

Stichwörter:

die Kernlandschaft, die Zersplitterung, die Industrialisierung, die Kulturschätze, die Publikumskunst, die Sonierung, die Ackerfläche Thüringen liegt in der geographischen Mitte Deutschlands und umfasst als Kernlandschaft das schüsselförmige Thüringer Becken und den Thüringer Wald. Im Westen reicht das Land bis zur Werra, im Südosten über die Saale hinweg bis zur Weißen Elster. Im Südwesten liegt die Rhön, und im Süden grenzt der Frankenwald an.

Thüringen ist Nachbar von fünf Ländern; der weitere Ausbau des Verkehrsnetzes ist deshalb eines der vordringlichsten Ziele der Landesregierung. Die beiden Autobahnen A4 und A9, die Thüringen in West-Ost- und Nord-Süd-Richtung durchziehen, werden derzeit sechsspurig ausgebaut. Mit dem Bau einer neuen Verkehrsachse durch den Thüringer Wald entsteht eine dringend notwendige Verbindung, die der zentralen Lage Thüringens gerecht wird und die ohne die Teilung Deutschlands schon sehr viel früher verwirklicht worden wäre. Landeshauptstadt ist das als "Blumenstadt" bezeichnete Erfurt (208 000 Einwohner) mit seiner an Patrizierhäusern, Kirchen und Klöstern ungewöhnlich reichen Altstadt – ein architektonisches Freilichtmuseum.

In Thüringen war einst die territoriale Zersplitterung Deutschlands besonders stark ausgeprägt. Die Herrscher wetteiferten vor allem auf kulturellem Gebiet miteinander und ließen sich als Mäzene der Schönen Künste feiern. Ihr bedeutendster war Herzog Carl August von Sachsen-Weimar-Eisenach (1757-1828). Er holte den Schriftsteller und Shakespeare-Übersetzer Christoph Martin Wieland (1733-1813), den Dichter und Sprachforscher Johann Gottfried Herder (1744-1803) und vor allem Johann Wolfgang von Goethe (1749-1832) in seine Residenzstadt, die um 1800 zu einem Zentrum des deutschen und europäischen Geisteslebens wurde. In Weimar entstanden einige von Goethes berühmtesten Werken, so zum Beispiel die endgültige Fassung des „Faust“. Von 1787 bis 1789 und von 1799 bis 1805 lebte auch Friedrich Schiller in Weimar und schrieb hier u.a. seiner „Wilhelm Tell“. In der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts konzertierte und komponierte Franz Liszt (1811- 1886) in der kunstsinnigen Stadt. 1919 wurde hier von Walter Gropius das „Bauhaus“ gegründet, eine Unterrichtsstätte, in der die Trennung von Kunst, Handwerk und Technik

überwunden werden sollte. Das "Bauhaus" siedelte 1925 nach Dessau über, einige Jahre später nach Berlin, wo es der im Jahr 1933 mit Hitlers Machtergreifung einsetzenden Barbarei zum Opfer fiel. Sie besiegelte den Untergang der ersten deutschen Republik, der "Weimarer Republik", deren Verfassung 1919 in Weimar ausgearbeitet und verabschiedet worden war.

Weimar wurde 1999 zur Kulturstadt Europas gewählt, dem Jahr, in dem sich Goethes Geburtstag zum 250. Mal jährt. In Eisenach wurde 1685 Johann Sebastian Bach als Sohn einer bekannten Musikerfamilie geboren. Auf der nahegelegenen Wartburg übersetzte 1522 Martin Luther das Neue Testament ins Deutsche – ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur neuzeitlichen deutschen Schriftsprache. Der 450. Todestag des Reformators war Anlass eines „Luther-Jahres 1996“ in Thüringen.

Auf der Wartburg beschworen 1817 Vertreter der studentischen Burschenschaften ein einiges Deutschland. Am Schnittpunkt wichtiger Handels-Straßen fanden Handel und Handwerk in Thüringen einen guten Nährboden; die Grundlage des früheren Reichtums bildete der Waid, eine Pflanze, aus der blauer Farbstoff gewonnen wurde. Aus handwerklicher Tradition heraus entwickelte sich die Stadt Suhl zur „Waffenschmiede“ für Jagd- und Sportwaffen.

Die Industrialisierung in Deutschland im 19. Jahrhundert nahm ihren Anfang in Sachsen und in Thüringen; bedeutende Branchen waren Bergbau (Kali), Porzellan, Glas, Spielwaren, vor allem aber Werkzeugmaschinenbau und die optische Industrie, die mit den Namen Zeiss und Schott in Jena verbunden ist.

An diese Traditionen hat Thüringen angeknüpft. Nach dem Ende der DDR und dem Umbruch der Wirtschaft in Folge der Wende wurden neue, marktgerechte Strukturen entwickelt, die es ermöglichen, zukunftsweisende Technologien in den Freistaat zu holen. So hat die "Jenoptik" nach ihrer Sanierung den Aufstieg zum international handelnden High-Tech-Konzern geschafft. Mit vier Universitäten (Jena, Weimar, Erfurt, Ilmenau), weiteren Fachhochschulen, rund 50 Forschungseinrichtungen und 20 Technologiezentren weist Thüringen eine dichte Wissenschaftslandschaft auf. In Jena (100 000 Einwohner) hat heute weiterhin die optische Industrie ihr Zentrum. Maschinen werden vor allem in Gera und Erfurt gebaut. In der Landeshauptstadt hat auch die Mikroelektronik ihren Schwerpunkt. In Eisenach überwiegt traditionell die Automobilindustrie mit ihren Zulieferern; das neue Opelwerk ist das Automobilwerk mit der höchsten Produktivität in Europa. Als weitere Großindustrien finden sich in Thüringen Elektrotechnik, Glashütten, Feinkeramik, Holzverarbeitung, Textil- und Bekleidungs- sowie chemische Industrie. Die Fläche Thüringens wird zur Hälfte landwirtschaftlich genutzt, die Ackerflächen haben zum Teil höchste Bodenqualität. Angebaut werden Getreide, Raps, Kartoffeln und Zuckerrüben. Das Land genießt seit jeher auch einen ausgezeichneten Ruf in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte zu Lebensmitteln.

Ausgedehnte Wälder und weite Wiesenflächen, romantische Täler und Schluchten machen den Thüringer Wald zu einem attraktiven Wander und Wintersportgebiet. Der Rennsteig, auf 168 Kilometern Länge über die Kammlagen des Thüringer

Waldes führend, ist neben dem Eselsweg im Spessart Deutschlands ältester und berühmtester Wanderweg. In der Nähe der reichen Vorkommen von Heil- und Mineralquellen haben sich viele Kurorte entwickelt. Rund 170 Talsperren bieten beste Bedingungen für Wassersportler. Natürlich kommen die Besucher auch wegen der reichen Kulturschätze. Die 1992 eröffnete, 300 km lange „Klassikerstraße Thüringen“ führt zu den schönsten Plätzen, zu Burgen und Schlössern, zu Museen und Gedenkstätten, immer in Erinnerung an die Zeit, als Thüringen das Zentrum des deutschen Geisteslebens war.

In Meiningen ist das Theater zu neuer Blüte erweckt worden, nachdem die Stadt durch das Ensemble ihres Hoftheaters, „Die Meininger“, im vergangenen Jahrhundert in ganz Europa Berühmtheit erlangt hatte. Der spektakuläre Erfolg war Herzog Georg? Von Meiningen zu verdanken, der als Regent auch das künstlerische Zepter übernommen hatte. Heute steht das Theater mit an der Spitze der Publikumskunst in Deutschland.

Die Fragen:

1. Welche Stadt bezeichnet man mit seiner Altstadt voller Patrizierhäusern, Kirchen und Klöstern als „Blumenstadt“?
2. Welche bedeutenden Branchen waren im 19. Jahrhundert in Thüringen?
3. Warum nennt man Freihstadt Thüringen als Deutschlands „Grünes Herz“?

Die Aufgaben:

1. Nennen Sie die hervorragenden, prominenten Wissenschaftler Deutschlands. Surfen Sie Internet.
2. Nennen Sie den Schriftsteller, der in Weimar lebte und hier seinen „Wilhelm Tell“ schrieb.
3. Wo befindet sich das neue Opelwerk- das Automobilwerk mit der höchsten Produktivität in Europa? Erzählen Sie darüber.

Worterklärungen

1. Freistaat – die Bezeichnung für ein die Zustimmung
2. Herzog – germanischer Herführer, dem König verantwortlicher fränkischer Beamter mit den Rechten eines Grafen.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Plan :

1. Drehscheibe im Ostseeraum
2. Städte mit Tradition
3. Wirtschaft im Wandel
4. „Sanfter Tourismus“
5. Museen und Musik

Stichwörter:

Drehscheibe, der Naturschutz, die Umwelttechnik, das Urlaubsparadies, die Informations- und Kommunikationsbranche

Schleswig-Holstein liegt als einziges deutsches Land an zwei Meeren: an Nord und Ostsee. Das mit 2,7 Mio. Einwohnern dünn besiedelte Land nutzt seine geographische Lage zwischen Skandinavien und Osteuropa. Es ist Drehscheibe für die Länder rund um die Ostsee, die mit mehr als 50 Mio. Einwohnern zu den

Zukunftsregionen Europas gehören. Damit die natürliche Schönheit dieses Landes bewahrt werden kann, wird der Erhaltung der Umwelt große Bedeutung beigemessen. Anstrengungen zur Reinhaltung der Meere, aber auch Natur und Bodenschutz sind deshalb wichtige Ziele der Landespolitik.

Bereits 1460 heißt es in einem Vertrag, die beiden Landesteile Schleswig und Holstein sollten auf ewig ungeteilt bleiben*. In Schleswig-Holstein wird nicht nur Deutsch und Niederdeutsch, sondern auch Dänisch und Friesisch gesprochen. Die friesische Volksgruppe zählt 40 000 Menschen, die an der Westküste mit ihren Inseln und Halligen zu Hause sind. Die historischen Verflechtungen sind Grund dafür, dass 50 000 Dänen in Schleswig-Holstein leben. Diese Mischung der Nationalitäten bringt es mit sich, dass das Land Besuchern weltoffen gegenübersteht: Rund 13 Mio. Gäste kommen jedes Jahr ins Land.

Die Landeshauptstadt Kiel wird alljährlich während der „Kieler Woche“ im Sommer zum Treffpunkt für die internationale Segler-Elite, verbunden mit einem großen Volksfest. Schiffbau und Fährverkehr- vor allem nach Skandinavien- gehören zu Kiel ebenso wie das imposante Segelschiff „Gorch Fock“, das die Verbundenheit der Stadt zur Marine dokumentiert. Die „Königin der Hanse“, von der UNESCO wegen der sehenswerten mittelalterlichen Baukunst in die Liste des „Weltkulturerbes der Menschheit“ aufgenommen, ist Lübeck. In die Weltliteratur gingen die Romane der Lübecker Brüder Heinrich und Thomas Mann ein. Lübeck-Travemünde ist einer der wichtigsten europäischen Fährhäfen. Flensburg versammelt einmal im Jahr originalgetreu restaurierte oder nachgebaute Segelschiffe zur „Rum-Regatta“.

In den zurückliegenden Jahren hat sich in Schleswig-Holstein ein tiefgreifender Wandel vom Agrar- und Fischereiland zu einem modernen Wirtschafts- und Technologiestandort vollzogen. Die einst vor allem die Landeshauptstadt Kiel prägende Werftindustrie überstand die Strukturkrisen durch den Bau von Spezialschiffen. Rund eine Million Hektar des Landes werden landwirtschaftlich genutzt; die Zukunft gehört indessen den modernen Technologien wie Meeres- und Medizintechnik, Software-Produktion sowie Energie- und Umwelttechnik. Schleswig-Holstein ist mit über 1500 Anlagen Windenergie-Land Nummer 1 in Deutschland, nimmt eine der Spitzenpositionen bei der Ausstattung mit Technologiezentren ein und zählt allein im Bereich der Informations- und Kommunikationsbranche weit über 1000 Unternehmen. Gleichzeitig wurde die erforderliche Infrastruktur geschaffen. Autobahnen bilden nicht nur die wichtige Nord-Süd-Achse, auch die Anbindung an die Westküste ist für Fremdenverkehr und Wirtschaft gleichermaßen wichtig. Um den wissenschaftlichen Nachwuchs im eigenen Land auszubilden, gibt es drei Universitäten und vier staatliche sowie zwei private Fachhochschulen.

Alles dies trägt dazu bei, dass Schleswig-Holstein eine anerkannt gute Position als Wirtschaftsstandort im Kreis der Länder genießt.

Die Nordseeinsel Helgoland mit dem berühmten roten Kliff bot dem Dichter Heinrich Hoffmann von Fallersleben 1841 die Kulisse, als er das Deutschlandlied

* Spätere Kriege. Deutsches Reich 19 Jh.

verfaßte. Urlaubsparadiese sind die Nordfriesischen Inseln, darunter das weltoffene Sylt, das familiäre Föhr und das sympatische Amrum, ebenso wie die Ostseebäder – das moderne Damp nicht anders als das verträumte Hohwacht oder das mondäne Timmendorf. Naturfreunde lockt der Nationalpark Wattenmeer an der Nordsee. Erholung im Binnenland bietet die Holsteinische Schweiz mit ihren zahlreichen Seen. Besuchenswert sind Orte wie die Till-Eulenspiegel-Stadt Mölln oder die Domstadt Schleswig mit dem 1514-21 von Hans Brüggemann geschaffenen spätgotischen Bordesholmer Altar, einem Meisterwerk der Holzschnitzerei und selbstverständlich Lübeck.

Ein Heimatmuseum ist in jedem größeren Ort vorhanden, doch Schloß Gottorf bei Schleswig genießt als Landesmuseum bundesweit einen besonderen Ruf. Anziehungspunkte sind auch das Freilichtmuseum Molfsee bei Kiel, in dem man das Landleben vergangener Zeiten nicht nur sehen, sondern auch erleben kann, und das Museum auf dem Gelände der alten Wikingerstadt Haithabu. Acht Wochen im Sommer – 1998 bereits zum 13. Mal – verwandelt sich ganz Schleswig-Holstein in einen Konzertsaal. Das Schleswig-Holstein Musik Festival, von dem Pianisten Justus Frantz mit Hilfe der Landesregierung aus der Taufe gehoben, lockt Weltstars und Publikum in so ungewöhnliche Aufführungsorte wie Scheunen und Ställe, aber auch in Gutshöfe, Herrenhäuser und Schlösser. Nicht nur Musiker zieht es in den Norden; zahlreiche prominente Literaten haben Schleswig-Holstein zu ihrem Wohnsitz erkoren: Günter Grass, Günter Kunert, Siegfried Lenz und Sarah Kirsch finden hier ihre Muse und Muße.

Die Fragen:

1. An welchen zwei Meeren liegt das Land Schleswig-Holstein?
2. Welche Stadt wird auch die „Königin der Hanse“ genannt?
3. Welche Stadt wird alljährlich während der „Kieler Woche“ im Sommer zum Treffpunkt für die internationale Segler-Elite?
4. Warum nennt man Schleswig-Holstein als Drehscheibe?

Die Aufgaben:

1. Charakterisieren Sie Drehscheibe Schleswig-Holstein.
2. Sprechen Sie über „Königin der Hanse“.
3. Was ist Heinrich Hoffmann von Fallersleben? Erzählen Sie von ihm.

Wörterklärungen.

1. Prominent – bekannt, gesellschaftlich herausragend.
2. Taufe – einen Namen geben.

Vorlesung III

Über die wichtigsten Epochen der Geschichte von Deutschland

3.1. Geschichte von Deutschland

Plan:

1. Ein Fürst des germanistischen Stammes.
2. Der Übergang vom Ostfränkischen zum deutschen Reich.
3. Ein Habsburger – auf den Thron.

4. Die Revolution in Frankreich .

5. Der Wiener Kongreß.

Stichwörter:

Vorgänger, regieren, aus den Thron kommen, Wahlmonarchie, erblich sein, der Stoß, ausbrechen, zusammenbringen, übergreifen, scheitern, kläglich, Neuordnung, loser Zusammenschluss, handlungsfähig, übereinstimmen, Niederhaltung, in großem Elend sein, erbliche Kaiserkrone, der Norddeutsche Bund, der Reichstag, Ausbruch.

Die Entstehung des deutschen Volkes war ein Prozeß, der der Jharhundert dauerte. Das Wort „deutsch“ ist wohl erst im 8. Jahrhundert ausgekommen, und bezeichnete zunächst nur die Sprache, die im östlichen Teil des Frankreichs gesprochen wurde. Dieses Reich, das unter Karl dem Großen seine größte Machtenfaltung erlangte, umfaßte Völkerschaften, die teils germanische, teils romanische Dialekte sprachen. Nach Karls Tod (814) brach es bald auseinander. Im Laufe verschiedener Erbteilungen entstanden ein West- und ein Ostreich, wobei die politische Grenze annähernd mit der Sprachgrenze zwischen Deutschen und Französisch zusammenfiel. Erst nach und nach entwickelte sich bei den Bewohnern des Österreichs ein Gefühl der Zusammengehörigkeit. Die Bezeichnung „deutsch“ wurde von der Sprache auf die Sprecher und schließlich auf ihr Wohngebiet („Deutschland“) übertragen.

Die deutsche Westgrenze wurde verhältnismäßig früh fixiert und blieb auch recht stabil. Die Ostgrenze hingegen war lahrhundertlang fließend. Um 900 verlief sie etwa an den Flüssen Elbe und Saale. In den folgenden Jahrhunderten wurde das deutsche Siedlungsgebiet weit nach Osten ausgehnt. Diese Bewegung kam erst in der Mitte des 14. J.h. zum Stillstand. Die damals erreichte Volksgrenze, zwischen Deutschen und Slawen hatte bis zum Zweiten Weltkrieg Bestand.

Den Übergang vom ostfränkischen zum deutschen Reich setzt man gewöhnlich mit dem Jahre 911 an, in dem nach Aussterben der Karolinger der Frankenherzog Konrad I. zum König gewählt wurde. Er gilt als der Erste deutsche König. (Der offizielle Titel war „fränkischer König“; der Reichsname lautete seit dem 11. J.h. „Römisches Reich“, im 15. J.h. kam der Zusatz „deutscher Nation“ auf). Das Reich war eine Wahlmonarchie; der König wurde vom hohen Adel gewählt. Der neue König sollte mit seinem Vorgänger verwandt sein. Konrads Nachfolger, der Sachsenherzog Heinrich 1. (919-936), dann Heinrich III, IV., V., VI. u.a.

1789 brach in Frankreich die Revolution aus. Unter dem Druck des Bürgertums wurde die seit dem Frühmittelalter bestehende feudale Gesellschaftsordnung beseitigt. Der Versuch Preußens und Österreichs, mit Waffengewalt in die Verhältnisse im Nachbarland einzugreifen, führte zum Gegenstoß der Revolutionsarmeen.

Die Mittelstaaten waren die Gewinner. Die meisten von ihnen schlossen sich 1806 unter französischen Protektorat zum „Rheinbund“ zusammen. Im gleichen Jahr legte Kaiser Franz II. der Krone nieder ; damit endete das Heilige Römische

Reich Deutscher Nationen. Die Französische Revolution griff nicht auf Deutschland über. Aus dem Kampf gegen Napoleon erwuchs vielmehr eine neue nationale Bewegung, die schließlich in den Befreiungskriegen gipfelte.

Nach dem Sieg über Napoleon regelte der Wiener Kongreß 1814/15 die Neuordnung Europas. Die Hoffnungen vieler Deutschen auf einen freien, einheitlichen Nationalstaat wurden nicht erfüllt. Der deutsche Bund, der an die Stelle des alten Reiches trat, war ein loser Zusammenschluss der souveränen Einzelstaaten. Einziges Organ war der Bundestag in Frankfurt, kein gewähltes Parlament, sondern ein Gesandtenkongress, handlungsfähig war der Bund nur, wenn die beiden Großmächte Preußen und Österreich übereinstimmen. Seine Aufgabe sah er in den folgenden Jahrzehnten in der Niederhaltung aller auf Freiheit gerichteter Bestrebungen.

1834 wurde der deutsche Zollverein gegründet und damit ein Einheitlicher Binnenmarkt geschaffen. 1835 wurde die erste deutsche Eisenbahnstrecke in Betrieb genommen. Die Industrialisierung nahm ihren Anfang. Mit den Fabriken entstand die neue Klasse der Fabrikarbeiter, da zudem jegliche Sozialgesetzgebung fehlte, lebte die Masse der Fabrikarbeiter in großem Elend. Spannungen entluden sich gewaltsam wie etwa 1844 beim Aufstand der schlesischen Weber, der von preußischem Militär niedergeschlagen wurde.

Mit Rudolf I. (1273-1291) kam erstmals ein Habsburger auf den Thron. Materielle Grundlage des Kaisertums waren jetzt nicht mehr die verloren gegangenen Reichsgüter, sondern die „Hausgüter“ der jeweiligen Dynastie; Haumachtpolitik wurde das Hauptinteresse eines jeden Kaisers.

Seit 1438 war die Krone – obwohl das Reich formell eine Wahlmonarchie blieb – praktisch erblich im Hause Habsburg, das unterdessen zur stärksten Territorialmacht geworden war. Im 15. Jahrhundert erhoben sich zunehmend Forderungen nach einer Reichsreform. Maximilian I. (1493-1519), der als Erster den Kaisertitel ohne Krönung durch den Papst annahm, suchte eine solche Reform zu verwirklichen, aber ohne Erfolg. Die von ihm geschaffenen oder neu geordneten Einrichtungen – Reichstag, Reichskreise, Reichskammergericht – hatten zwar Bestand bis zum Ende des Reiches (1806), vermochten aber dessen fortschreitende Zersplitterung nicht aufzuhalten. Es entwickelte sich ein Dualismus von „Kaiser und Reich“: dem Reichsoberhaupt standen die Reichsstände – Kurfürsten, Fürsten und Städte – gegenüber. Die Macht der Kaiser wurde durch „Kapitulationen“, die sich bei ihrer Wahl mit den Kurfürsten vereinbarten, begrenzt und zunehmend ausgehöhlt. Die Fürsten, insbesondere die großen unter ihnen, dehnten ihre Rechte auf Kosten der Reichsgewalt kräftig aus. Dennoch hielt das Reich weiter zusammen: Der Glanz der Kaiserkrone war noch nicht verblichen, die Reichsidee war lebendig geblieben, und den kleinen und mittleren Territorien bot der Reichsverband Schutz vor Übergriffen mächtiger Nachbarn.

Zur Zeit des Augsburger Religionsfriedens war Deutschland zu vier Fünfteln protestantisch. Der Kampf zwischen den Konfessionen war damit jedoch nicht beendet. In den folgenden Jahrzehnten konnte die katholische Kirche viele Gebiete

zurückgewinnen (Gegenreformation). Die konfessionelle Gegensätze verschärften sich; es kam zur Bildung von Religionsparteien, der protestantischen Union (1608) und der katholischen Liga (1609). Ein lokaler Konflikt in Böhmen löste den Dreißigjährigen Krieg aus, der sich im Laufe der Jahre zu einer europäischen Auseinandersetzung weitete, in der politische wie konfessionelle Gegensätze aufeinander prallten. Dabei wurden zwischen 1618 und 1648 weite Teile Deutschlands verwüstet und fast völlig entvölkert.

Seither hatte der deutsche König Anwartschaft auf die Kaiserwürde. Das Kaisertum war der Idee nach universal und verlieh seinem Träger die Herrschaft über das gesamte Abendland. Volle politische Wirklichkeit wurde diese Idee freilich niemals. Zur Kaiserkrönung durch den Papst musste sich der König nach Rom begeben. Damit begann die Italienpolitik der deutschen Könige. 300 Jahre lang konnte sie ihre Herrschaft in Ober- und Mittelitalien behaupten, wurden jedoch dadurch von wichtigen Aufgaben in Deutschland abgelenkt. So kam es schon unter den Nachfolgern Ottos zu schweren Rückschlägen.

Ein neuer Aufschwung trat unter der folgenden Dynastie der Salier auf. Mit Heinrich III. (1039-1056) stand das deutsche König- und Kaisertum auf dem Höhepunkt der Macht; vor allem behauptete es entschieden seinen Vorrang gegenüber dem Papstum.

Heinrich IV. (1056-1106) konnte diese Stellung nicht halten. In der Auseinandersetzung um das Recht zur Bischofseisetzung (Investiturstreit) siegte er zwar

Fragen:

1. Wann begann die deutsche Geschichte?
2. Wie wurde das deutsche Volk entstanden?
3. Wer wurde im Jahre 911 zum König gewählt?
4. Wie war der offizielle Titel des ersten deutschen Königs?
5. Womit ist verbunden der hohe Punkt der Macht?
6. Wer kam erstmal auf den Thron?
7. Wie wurde Reichstag gewählt?

Aufgaben:

1. Nennen Sie die Mittelstaaten. Sprechen Sie über ihre Geschichte.
2. Erzählen Sie vom Kampf zwischen der Konfessionen. Was wollten sie?

Wortklärung:

1. Kapitulation (f) – Vertrag über die Dienstverlängerung eines Soldaten; Vertrag, durch den sich ein Staat, eine Stadt oder eine Festung dem siegreichen Feind unterwirft.
2. Aufschwung (m) – Wechsel der Position an einem Gerät; eine Phase der Konjunktur, die dem unteren Wendepunkt folgt, aufsteigt; Entwickelt sich schnell und gut.

Die Revolution von 1848

Plan:

1. Die Nationalversammlung in der Paulskirche.
2. Die Zeit des großen Aufschwungs.

3. Der neuernannte Ministerpräsident
4. Die Ermordung des österreichischen Thronfolgers.

Stichwörter:

Zsammentreffen, Reichsverwiser, die konstitutionelle Monarchie, erbliche Kaiserkrone, anbieten, Wiederherstellen, Aufschwung, auf die Kraftprobe eingehen, Genehmigung, aufgelöst sein, der Norddeutsche Bund, Der Reichstag, entlassen, Ausbruch, Kriegsziele.

Im Mai 1848 trat in der Frankfurter Paulskirche die Nationalversammlung zusammen. Sie wählte den österreichischen Erzherzog Johann zum Reichsverweser und setzte ein Reichsministerium ein, das allerdings keine Machtmittel besaß und keine Autorität gewann. Dann wurde eine demokratische Verfassung fertig gestellt. Es waren „großdeutschen“ und „kleindeutschen“.

Die Kleindeutsche Auffassung siegte und die Nationalversammlung bot, dem preußischen König Friedrich Wilhelm IV. Die erbliche Kaiserkrone an. Der König lehnte ab; er wollte die Kaiserwürde nicht einer Revolution verdanken. Im 1849 scheiterten in Sachsen, der Pfalz und Baden Volksaufstände, die die Durchsetzung der Verfassung „von unten“ erzwingen wollten. Damit war die Niederlage der deutschen Revolution besiegelt. 1850 wurde der Deutsch Bund wieder hergestellt.

Die Fünfzigerjahre waren eine Zeit großen wirtschaftlichen Aufschwungs. Deutschland wurde zum Industrieland. Es war zwar im Produktionsumfang noch weit hinter England zurück, überholte dieses aber im Wachstumstempo. Schrittmacher waren ohne Schwerindustrie und der Maschinenbau Preußen wurde auch wirtschaftlich zur Vormacht Deutschlands.

1861 entstandene Deutsche Fortschrittspartei wurde in Preußen die stärkste Partei im Parlament.

Der neuernannte Ministerpräsident Otto von Bismarck (1862) ging auf die Kraftprobe ein und regierte mehrere Jahrlang ohne die nach der Verfassung erforderliche Genehmigung des Haushalts durch das Parlament. Seine innenpolitische prekäre Stellung konnte Bismarck durch außenpolitische Erfolge festigen.

Im Deutsch-Dänischen Krieg (1864) zwangen Preußen und Österreich die Dänen zur Abtretung Schleswig-Holsteins, das sie gemeinsam verwalteten. Bismarck steuert den offenen Konflikt mit Österreich an. Im deutschen Krieg (1866) wurde Österreich geschlagen und musste die deutsche Szene verlassen. Der deutsche Bund wurde aufgelöst; an seine Stelle trat der alle deutschen Staat nördlich des Mains umfassende Norddeutsche Bund mit Bismarck als Bundeskanzler.

Bismarck arbeitete auf die Vollendung der deutschen Einheit im kleindeutschen Sinne hin. Den Widerstand Frankreichs brach er im Deutsch-Französischen Krieg (1870/71), der durch einen diplomatischen Konflikt um die Thronfolge in Spanien ausgelöst wurde.

Frankreich sollte Elsass-Lothringen abtreten und eine hohe Reparationssumme zahlen. Die Süddeutschen Staaten schlossen sich mit dem

Norddeutschen Bund zum Deutschen Reich zusammen. Im Versailles wurde am 18. Januar 1871 König Wilhelm 1. von Preußen zum Deutschen Kaiser ausgerufen. Die alte Einheit war nicht durch Volksbeschluss, „von unten“, zu Stande gekommen.

Der Reichstag wurde nach allgemeinen und gleichen Wahlrecht gewählt. Er hatte zwar keinen Einfluss auf die Regierungsbildung. Obgleich der Reichskanzler nur dem Kaiser und nicht dem Parlament verantwortlich war, musste er doch um seine Mehrheit für seine Politik im Reichstag bemühen. Die Entwicklung Deutschlands zu einem modernen Industrieland stärkte den Einfluss des wirtschaftlich erfolgreichen Bürgertums. Bismarck regierte 19 Jahre lang als Reichskanzler. Durch eine konsequente Friedens- und Bündnispolitik suchte er dem Reich eine gesicherte Stellung in dem neuen europäischen Kräfteverhältnis zu schaffen. Im Gegensatz zu dieser Außenpolitik stand seine Innenpolitik. Den demokratischen Tendenzen der Zeit stand er verständnislos gegenüber; politische Opposition galt ihm als „reichsfeindlich“. Erbittert, aber letztlich erfolglos bekämpfte er den linken Flügel des liberalen Bürgertums, den politischen Katholizismus und besonders die organisierte Arbeiterbewegung, die durch das „Sozialistengesetz“ zwölf Jahre lang (1878-1890) unter Ausnahmerecht gestellt war. Das mächtig anwachsende Arbeitertum wurde so, trotz fortschrittlicher Sozialgesetze, dem Staat entfremdet. Bismarck fiel schließlich dem eigenen System zum Opfer, als er 1890 von dem jungen Kaiser Wilhelm II. entlassen wurde. Wilhelm II. wollte selbst regieren, doch fehlten ihm dazu Kenntnisse und Stetigkeit. Mehr durch Reden als durch Handlungen erweckte er den Eindruck eines friedensbedrohenden Gewaltherrschers. Unter ihm erfolgt der Übergang zur „Weltpolitik“.

Die Ermordung des österreichischen Thronfolgers am 28. Juni 1914 führte zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Die Frage nach der Schuld an diesem Krieg ist nach wie vor umstritten. Sicher haben ihn Deutschland und Österreich auf der einen, Frankreich, Russland und England auf der anderen Seite nicht bewusst gewollt, doch waren sie bereit, ein entsprechendes Risiko auf sich zu nehmen. Alle hatten von Anfang an fest umrissene Kriegsziele, für deren Verwirklichung eine militärische Auseinandersetzung zumindest nicht unwillkommen war. Der Kaiser trat seit Kriegsbeginn in den Hintergrund; die schwachen Reichskanzler mussten sich im Verlauf des Krieges immer stärker dem Druck der Obersten Heeresleitung mit Feldmarschall Paul von Hindenburg als nominellem Chef und General Erich Ludendorff als eigentlichem Kopf beugen. Der Kriegsantritt der USA 1917 brachte schließlich, die sich schon längst abzeichnende Entscheidung, an der auch die Revolution in Russland und der Friede im Osten nichts mehr zu ändern vermochten. Obwohl das Land völlig ausgeblutet war, bestand Ludendorff in Verkennung der Lage noch bis zum September 1918 auf einem „Siegfrieden“, verlangte dann aber überraschend den sofortigen Waffenstillstand. Mit dem militärischen Zusammenbruch ging der politische einher. Widerstandslos räumten Kaiser und Fürsten im November 1918 ihre Throne; keine Hand rührte sich zur Verteidigung der unglaubwürdig gewordenen Monarchie.

Deutschland wurde Republik.

Die Macht fiel den Sozialdemokraten zu. Ihre Hauptaufgabe war darin den geordneten Übergang von der alten zur neuen Staatsform zu sichern.

Fragen:

1. Warum wurde der deutsche Bund wiederhergestellt?
2. Warum wurde der deutsche Bund aufgelöst und was trat an seine Stelle?
3. Welche Rolle spielt Otto von Bismarck in der Geschichte Deutschlands als Reichskanzler?
4. Was führte zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges?

Aufgaben

1. Erzählen Sie über den Deutsche- und Norddeutsche Bund, seine Rolle in der Geschichte.
2. Recherchieren Sie Materialien zu Otto von Bismarck, über innenpolitische präkere Stellung.
3. Sprechen Sie von Thron und Thronfolge.

Wörterklärung

1. Thron – Punkt voller Sessel eines regierenden Fürsten für feierliche Anlässe; Sinnbild der Herrschenwürde, des Herrschers, der monarchischen Regierung.

Übergang von alten zur neuen Staatsform

Plan:

1. Die Nationalversammlung in Weimar
2. Hitler Reichskanzler und das Verbot aller Parteien
3. Der Niedergang Weimarer Republik.
4. Hitlers- außenpolitische Ziele.
5. Der zweite Weltkrieg und seine Folgen.

Stichwörter

die Macht, zufallen, der geordnete Übergang, Staatsform, unangetastet bleiben, Anhänger, eine tiefe Skepsis entstellen lassen, die Wirren, Alleinherrschaft, verbieten, in die Emigration gehen, entfesseln, Kapitulation, vollziehen.

Die Macht fiel den Sozialdemokraten zu Ihre Hauptaufgabe war den geordneten Übergang von der alten zur neuen Staatsform zu sichern. Das Privateigentum in Industrie und Landwirtschaft blieb unangetastet. Im Januar 1919 tagte die Nationversammlung in Weimar und sie beschloss eine neue Reichsverfassung hatten drei republikanischen Parteien: Sozialdemokraten, Deutsche Demokratische Partei, und Zentrum - die Mehrheit. Die Weimarer war eine Republik ohne Republikaner. Sie war bekämpft von ihren Gegnern und nur halbherzig verteidigt von ihren Anhängern. Vor allem hatten die wirtschaftliche Not oder Nachkriegszeit und die drückenden Bedingungen des Friedensvertrags von Versailles, den Deutschland 1919 unterschreiben musste, eine tiefe Skepsis gegenüber der Republik entstehen lassen. Eine wachsende innenpolitische Instabilität war die Folge. 1923 erreichten die Wirren der Nachkriegszeit ihren Höhepunkt. 1925/26 Jahren war für die Kunst und Wissenschaft eine kurze intensive Blütezeit. Der erste Reichspräsident des Sozialdemokraten Friedrich Ebert wurde gestorben und dann wurde 1925 der ehemalige Feldmarschal

Hindenburg als Kandidat der Rechten zum Staatsoberhaupt gewählt. Er hielt sich zwar strikt an die Verfassung, fand aber nie ein inneres Verhältnis zum republikanischen Staat. Der Wiedergang der Weimarer Republik begann mit der Weltwirtschaftskrise 1929. Linker und rechter Radiokalismus machten sich auch Arbeitslosigkeit und allgemeine Not zu Nutze. Im Reichstag fanden sich keine regierungsfähigen Mehrheiten mehr: die Kabinette waren abhängig von der Unterstützung des Reichspräsidenten. Die bisher bedeutungslose nationalsozialistische Bewegung Adolf Hitlers gewann 1930 sprunghaft an Gewicht und wurde 1932 stärkste Partei. Am 30. Januar 1933 wurde Hitler Reichskanzler.

Hitler entledigte sich nach rasch Bundesgenossen, sicherte sich durch ein Ermächtigungsgesetz und verbot alle Parteien außer der eigenen. Die Gewerkschaften wurden zerschlagen.

Tausende verschwanden ohne Gerichtsverfahren in eilig errichteten Konzentrationslagern.

Als 1934 Hindenburg starb, vereinigte Hitler in seiner Person das Kanzler- und das Präsidentenamt. In den wenigen Jahren der Weimarer Republik hatte das Verständnis für die freiheitlich – demokratische Ordnung bei der Mehrheit der Deutschen noch kleine tiefen Wurzeln geschlagen. Hitler gelang es, mit Arbeitbeschaffungs und Rüstungsprogrammen die Wirtschaft wieder zu beleben und die Arbeitslosigkeit schnell abzubauen. Dabei wurde er durch das Ende des Weltwirtschaftskrieges begünstigt. 1938 wurde Österreich dem Reich einverleibt und gestatteten die Westmächte

Hitler die Annexion Sudetenlandes. Das alles erleichterte ihm die Verwirklichung seiner weiteren Ziele. Nach und nach wurden die Juden aller Menschen – und Bürgerrechte beraubt.

Die Verfolgung politischer Gegner und die Unterdrückung der Meinungsfreiheit trieben gleichfalls Tausende aus dem Lande. Viele der besten deutschen Intellektuellen, Künstler und Wissenschaftler gingen in die Emigration.

Doch Hitler wollte mehr. Er betrieb von Anfang an die Vorbereitung eines Krieges, denn er bereit war zu führen, um die Herrschaft über ganz Europa zu erringen. Dies stellte er bereits im März 1939 unter Beweis, als er seine Truppen in die Tschechoslowakei einmarschieren ließ.

Im März 1939 entfesselte er mit dem Angriff auf Polen den Zweiten Weltkrieg. Zunächst besiegten die deutschen Armeen Polen, Dänemark, Norwegen, Holland, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Jugoslawien und Griechenland: in der Sowjetunion drangen sie bis kurz vor Moskau vor. In den eroberten Ländern wurde ein hartes Besatzungsregime errichtet. 1942 begann das Regime „Endlösung“ der Judenfrage. Fast alle Juden wurden in Konzentrationslager gebracht und ermordet. Die Gesamtzahl der Opfer wird auf 6 Mill. geschätzt. Der Terror des Regimes und die militärischen Rückschläge stärkten den inneren Widerstand gegen Hitler.

Hitler überlebte ein Bombenattentat in seinem Hauptquartier und nahm blutige Rache.

Der Krieg ging weiter. Unter riesigen Opfern setzte Hitler den Kampf fort, bis das ganze Reichsgebiet von den Alliierten besetzt war ; am 30. April 1945 beging der Diktator Selbstmord.

Fragen:

1. Worin bestand die Hauptaufgabe der Sozialdemokraten?
2. Warum nennt man die Weimarer Republik eine Republik ohne Republikaner?
3. Worin bestand das Ziel A. Hitlers?
4. Was bedeutet „Entlösung“ der Judenfrage?

Aufgaben:

1. Sprechen Sie über die Sozialdemokraten und ihre Hauptaufgaben.
2. Erzählen Sie von Westmächte.

Worterklärung:

1. Skepsis (f) – Zweifel, Unglaublickeit;
2. Reichstag (m) – Vertretung der Reichsstände zur Gesetzgebung; das machtlose Parlament des Reichs unter Hitler.

Geschichte (von 1945 bis zur Gegenwart)

Plan

1. Die oberste Gewalt.
2. Auf der Konferenz von Jalta.
3. Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland.
4. Die Errichtung des Sozialismus.
5. Der Eintritt der Bundesrepublik in die NATO.

Stichwörter: Übernehmen, die oberste Gewalt, Aufteilung, Besatzungszone, Zuweisung, Handhabung, die Reparation, ausschließen, manifestieren, Anschubhilfe, Vorgehen, durchsetzen, provisorieren, in Karft treten.

Nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Truppen am 8/9 Mai 1945 blieb die letzte Reichsregierung unter Großadmiral Dönitz noch zwei Wochen im Amt. Dann wurde sie verhaftet.. Im Reichsgebiet übernahmen die Siegermächte – die USA , Großbritannien, die Sowjetunion und Frankreich – am 5. Juni die oberste Gewalt. Ihr Kernziel war die totale Verfügungsgewalt über Deutschland. Grundlage dieser Politik bildete die Aufteilung des Landes in drei Besatzungszonen mit einer dreigeteilten Hauptstadt Berlin und einem gemeinsamen Kontrollrat der drei Oberbefehlshaber.

Auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 wurde Frankreich von der großen Drei in ihren Kreis als Vierte Kontrollmacht unter Zuweisung einer eigenen Besatzungszone aufgenommen.

Die Differenzen zwischen den Siegermächten vergrößerten sich immer mehr. Deshalb trat das ursprüngliche Ziel der Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) – die Schaffung einer europäischen Nachkriegsordnung – bald in den Hintergrund: Einig war man sich nur in der Frage der Entnazifizierung, Entmilitarisierung, ökonomischen Dezentralisierung sowie der Erziehung der Deutschen zur Demokratie umstritten blieb. Die unterschiedlichen Entwicklungen in der sowjetischen besetzten und den westlichen besetzten Zonen Deutschlands

sowie die Regelung der Reparationsfrage blieb eine einheitliche Behandlung praktisch ausgeschlossen.

Die Frage der Reparationen war besonders für die Sowjetunion, die durch den deutschen Überfall schwere Opfer erlitten hatte, von zentraler Bedeutung. Moskau forderte, dass Deutschland Gesamtereparationsleistungen – vor allem Demontagen und Entnahmen aus laufender Produktion – von 20 Milliarden Dollar, davon zehn für die UdSSR, erbringen sollte. Diese Regelung trug zur wirtschaftlichen Teilung Deutschlands bei. Tatsächlich hat die SBZ/DDR an die Sowjetunion auch westlichen Berechnungen insgesamt 14 Milliarden Dollar Reparationen und Besatzungskosten geleistet. Mit der Handhabung der Reparationen sowie mit der Anbindung der vier Zonen an unterschiedliche politische und wirtschaftliche Systeme wurde Deutschland zu dem Land, in dem sich nirgendwo anders in der Welt der kalte Krieg manifestierte.

In der Nacht vom 23. auf den 24. Juni 1948 wurde jegliche Landverbindung zwischen den Westzonen und West Berlin gesperrt.

Bereits seit 1946 hatte Westdeutschland amerikanische Auslandshilfe erhalten. Aber erst mit dem Kampfprogramm gegen „Hunger, Armut, Verzweiflung und Chaos“ (Marshall-Plan) erhielt Westdeutschland die entscheidende Anschubhilfe von 1948 bis 1952 1,4 Mio. Dollar für seinen Wiederaufbau. Während in der sowjetischen Besetzten Zone die Sozialisierung der Industrie voranging, setzte sich in Westdeutschland mit der Währungsreform zunehmend das Modell der „Sozialen Marktwirtschaft“ durch.

Das ausgearbeitete Verfassung wurde bewusst als „Grundgesetz“ bezeichnet, um den Profitorischen Charakter zu unterstreichen. Das Grundgesetz trat in Bonn am 23. Mai 1949 in Kraft. Im Juli 1951 erklärte Großbritannien, Frankreich und die USA den Kriegszustand mit Deutschland für beendet; die UdSSR folgte damit im Januar 1955. In der Sowjetischen Besatzungszone war am 7. Oktober 1949 unter dem Namen „Deutsche Demokratische Republik“ ein eigener Staat proklamiert worden.

Seit 1952 begann – nun auch offiziell – die Errichtung des Sozialismus, parallel wurde die Grenze zur Bundesrepublik gesperrt. Als Ergebnis des Ost- West-Konflikts waren zwei Staaten im Deutschland entstanden.

Am 5. Mai 1955 trat die Bundesrepublik in die NATO ein. Parallel dazu betrieb man den gemeinsamen Ausbau der Europäischen Gemeinschaften. Beim NATO – Beitritt wurde zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten der „Deutschland – Vertrag“ geschlossen.

Im Westen intensivierte sich die Zusammenarbeit zur Bildung der Europäischen Gemeinschaft (EG, so bezeichnet seit 1967) aus der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EURATOM) und der Europäischen Wirtschafts-gemeinschaft (EWG; beide begründet durch die „Römischen Verträge“, 25. März 1957). Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel trotz panarabischen Protests war ein wichtiger Schritt deutscher Verständigungspolitik. Anfang 1967 nahm Bonn

diplomatische Beziehungen zu Rumänien auf. Im Juni 1967 folgte die Errichtung von Handelsmissionen in Bonn und Prag.

Am 19. März 1970 trafen erstmals die Regierungschefs beider deutscher Staaten, Brandt und Stoph, in Erfurt zusammen. Die Begegnung fand am 21. Mai 1970 ihre Fortsetzung in Kassel. Im August 1970 konnte in Moskau der Vertrag über Gewaltverzicht und die Anerkennung des Status quo unterzeichnet werden. Beide Unterzeichner versicherten, keine Gebietsansprüche gegen „irgendjemand“ zu haben.

Am 7. Dezember desselben Jahres folgte die Unterzeichnung der bestehenden Grenze (Oder-Neiße-Linie) bekräftigt wurde. Warschau und Bonn versicherten, keine Gebietsansprüche gegeneinander zu haben, und bekundeten die Absicht, die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern zu verbessern. In einer „Information“ über humanitäre Maßnahmen stimmte Warschau der Aussiedlung Deutscher aus Polen und ihrer Familienzusammenführung durch das Rote Kreuz zu.

Nach dem gescheiterten Misstrauensvotum gegen Brandt billigte der Bundestag am 17. Mai 1972 die Verträge mit der Sowjetunion und Polen. Die meisten Abgeordneten der CDU/CSU enthielten sich der Stimme. Der Bundestag bekräftigte in einer „Interpretierenden EntschlieÙung“ zu den Verträgen, dass diese nicht im Widerspruch zur friedlichen Wiederherstellung der deutschen Einheit stünden.

Ergänzt und abgerundet wurden die Ostverträge schließlich mit dem deutsch-deutschen Grundlagenvertrag, dem Gespräche und Verhandlungen seit Juni 1972 vorausgegangen waren. Nach Willy Brandts Wiederwahl zum Bundeskanzler am 14. Dezember 1972 war der Weg frei zur Vertragsunterzeichnung im Dezember desselben Jahres. In dem Vertrag schrieben die Partner den Verzicht auf die beiderseitige Androhung und Anwendung von Gewalt fest, ebenso die Unverletzlichkeit der deutsch-deutschen Grenze sowie die Respektierung der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit beider Staaten. Ferner bekräftigten sie die Bereitschaft zur Regelung praktischer und humanitärer Fragen. Auf Grund der besonderen Qualität ihrer Beziehungen wurde die Errichtung von „Vertretungen“ statt der üblichen Botschaften vereinbart. Das Bundesverfassungsgericht, von den Bayerischen Staatsregierung angerufen, bestätigte die Verfassungskonformität des Vertrages bei sachgerechter Interpretation: Die Bundesrepublik sei rechtlich identisch, territorial teilidentisch mit dem rechtlich nicht untergegangenen „Deutschen Reich“; das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes und die Vorbehaltsrechte der Vier Mächte für Deutschland als Ganzes blieben durch den Vertrag unberührt. Die DDR könne nicht als Ausland, sondern nur als Innland gelten.

1973 wurde der Prager Vertrag zwischen der Tschechoslowakei und der Bundesrepublik unterzeichnet. Darin wurde das Münchener Abkommen von 1938 „nach Maßgabe dieses Vertrages“ als nicht erkannt. Die

Unverletzlichkeit der Grenzen und der Gewaltverzicht gehören ebenfalls zu den Vereinbarungen.

Am 15. Januar 1990 demonstrierten in Leipzig 150.000 Menschen. Die Menschen in der DDR misstrauten ihrer neuen Regierung, die von Hans Modrow geführt wurde; der Sog des Westens verstärkte sich, die Destabilisierung der DDR nahm rapide zu.

Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik gemäß Artikel 23 GG erfolgte am 3. Oktober 1990. Die – wieder neu geschaffenen – Länder der DDR, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, wurden Länder der Bundesrepublik Deutschland. Berlin wurde zur Hauptstadt bestimmt, und das Grundgesetz trat, mit gewissen Änderungen, für das Beitrittsgebiet in Kraft.

Die Einheit war möglich geworden, nachdem im Juli 1990 Gorbatschow bei seinen Gesprächen mit Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher in Moskau und im Kaukasus seine Zustimmung zur Vereinigung beider deutscher Staaten gegeben hatte.

Fragen:

1. Worin bestand die Grundlage der Politik der Siegermächte?
2. Warum forderte Moskau Demontagen und Entnahmen?
3. Worauf wurde die neue wirtschaftliche Ausrichtung verhindert?
4. Wie wurde die Verfassung bezeichnet? Wann wurde sie in Kraft getreten?

Aufgaben:

1. Erzählen Sie von Deklaration über das befreite Europa.
2. Sprechen Sie über das Ziel der Potsdamer Konferenz.
3. Diskutieren Sie über Ost- West Konflikte.

Wortklärung:

1. Kapitulation (f) – Vertrag durch den sich ein Staat, eine Stadt, Festung dem siegreichen Feind unterwirft.
2. Demontage (f) – Abbau, Abbruch, besonders von Industrieanlagen.
3. Reperation (f) – dem besiegten auferlegte Geld-, Sach- oder Arbeitsleistungen als wieder Gutmachung von Kriegsschäden im feindlichen Staat.
4. Votum (n) – Abgabe der Stimme; Äußerung der Meinung; Gutachten; Urteil.

Vorlesung IV Österreich: seine Geographie, Bundesländer



Fläche: 83879 km²

Einwohner: 8.337000

Hauptstadt: Wien

Amtssprachen: Deutsch, Slowenisch (regional), Kroatisch (regional), Ungarisch (regional).

Währung: Euro

Staats-und Regierungsform – Parlamentarisch-demokratische Bundesrepublik.

Parlament: Nationalrat, Bundesrat

Bundespräsident: Heinz Fischer, seit 8.7.2004

Plan:

1. Ein Bundesstaat in Mitteleuropa
2. Landschaften von Österreich
3. Die Berge, Seen, Flüsse, Klima von Österreich

Stichwörter

Bundesstaat, gebirgig sein, Großlandschaften, Flüsse entwässern, Tauwetter.

4.1. Geographischer Überblick.

Die Republik Österreich ist ein Bundesstaat in Mitteleuropa mit der Staatsform einer demokratischen Republik. Das Land ist seit 1955 Mitglied in der UNO und seit 1995 in der Europäischen Union, wo es während des ersten Halbjahres 2006 die Ratspräsidentschaft innehatte. Es grenzt im Norden an Deutschland und Tschechien, im Osten an die Slowakei und Ungarn, im Süden an Slowenien und Italien und im Westen an die Schweiz und Liechtenstein.

Etwa 60 Prozent des Landes sind gebirgig und haben Anteil an den Ostalpen (vor allem Tiroler Zentralalpen, Hohe Tauern und Niedere Tauern, Nördliche Kalkalpen, Südliche Kalkalpen und Wienerwald). In Ober- und Niederösterreich liegt, bereits nördlich der Donau, die Böhmisches Masse, ein altes Rumpfgebirge, das auch nach Tschechien und Bayern hinüberreicht, und an der Ostgrenze die Kleinen Karpaten.

Die fünf Großlandschaften Österreichs:

Die Ostalpen (52.600 km², 62,8 % der Staatsfläche), Das Alpen- und Karpatenvorlandes (9.500 km², 12,3 %), Die Randgebiete des Pannonischen

Tieflands (9.500 km², 12,3 %), Granit- und Gneisplateau, das Mittelgebirgslandes der Böhmisches Masse (8.500 km², 10,1 %), Das Wiener Becken (3.700 km², 4,4 %).

Von der Gesamtfläche Österreichs (rd. 84.000 km²) entfällt etwa ein Viertel auf Tief- und Hügelländer. Nur 32 % liegen tiefer als 500 m.

Die sieben höchsten Berge Österreichs sind:

	Name	Höhe	Gebirge
1	Großglockner	3.798 m	Hohe Tauern
2	Wildspitze	3.768 m	Ötztaler Alpen
3	Weißkugel	3.739 m	Ötztaler Alpen
4	Großvenediger	3.674 m	Hohe Tauern
5	Hinterer Brochkogel	3.628 m	Ötztaler Alpen
6	Hintere Schwärze	3.624 m	Ötztaler Alpen
7	Similaun	3.606 m	Ötztaler Alpen

Die großen Ebenen liegen im Osten entlang der Donau, vor allem das Alpenvorland und das Wiener Becken mit dem Marchfeld, sowie in der südlichen Steiermark, die wegen ihrer Ähnlichkeit mit der Toskana auch oftmals Steirische Toskana genannt wird.

Der größte See ist der Neusiedler See im Burgenland, der mit ca. 77 % seiner Gesamtfläche von 315 km² in Österreich liegt, gefolgt vom Attersee mit 46 km² und dem Traunsee mit 24 km² in Oberösterreich. Auch der große Bodensee mit seinen 536 km² im Dreiländereck mit Deutschland (Freistaat Bayern und Land Baden-Württemberg) und der Schweiz liegt zu einem kleinen Anteil auf österreichischem Staatsgebiet. Allerdings sind die Staatsgrenzen innerhalb des Bodensees nicht genau bestimmt.

Für den Sommertourismus in Österreich haben die Seen neben den Bergen die größte Bedeutung, insbesondere die Kärntner Seen und jene des Salzkammerguts. Die Bekanntesten davon sind der Wörthersee, der Millstätter See, der Ossiacher See und der Weißensee. Weitere bekannte Seen sind der Mondsee und Wolfgangsee an der Grenze von Salzburg und Oberösterreich.

Der größte Teil Österreichs wird über die Donau zum Schwarzen Meer entwässert, nur kleine Gebiete über Rhein oder Elbe zur Nordsee. Große Nebenflüsse der Donau sind (von Westen nach Osten):

Lech und Inn (entwässern Tirol) mit Salzach (entwässert Salzburg, sowie den Lungau und Teile des Pongaus).

Der Rhein entwässert die größten Teile Vorarlbergs entwässert, durchfließt den Bodensee und weiter in die Nordsee mündet.

Die Ager, Traun, Enns, Ybbs, Erlauf, Traisen, Wien, und Fischa entwässern die südlich der Donau gelegenen Gebiete von Oberösterreich und Niederösterreich sowie Wiens.

Die Große und Kleine Mühl, Rodl und Aist, der Kamp, Göllersbach und Rußbach, sowie die March an der Ostgrenze entwässern die nördlich der Donau gelegenen Gebiete von Oberösterreich und Niederösterreich

Die Mur entwässert den Salzburger Lungau, die Steiermark und mündet in Kroatien in die Drau, die wiederum Kärnten und Osttirol entwässert. Die Drau mündet in Kroatien in die Donau.

Das Klima wird vom Westen nach Osten immer trockener (In Wien sind die Niederschläge nur noch halb so hoch wie in Salzburg) und erreicht in den östlichen und südöstlichen Landesteilen das pannonische Kontinentalklima, das teilweise im südlichen Seengebiet mediterran beeinflusst wird. Die schneereichen Winter bringen dem Tourismus eine zweite Saison. Die Sonnenscheindauer ist etwa um 10 bis 20 Prozent länger als beispielsweise in Norddeutschland.

Die niederschlagsreichsten Gegenden sind das gesamte Alpenvorland sowie das Tiroler Unterland, das Außerfern und der Bregenzer Wald. Dort fallen bis zu 3.000 mm Regen pro Jahr (Durchschnitt 900 mm). In diesen Regionen kann es auch sehr oft zu Überschwemmungen kommen.

Österreichs Klima ist im Wesentlichen von zwei großen Faktoren abhängig: dem Einfluss des kontinentalen Klimas aus dem Osten (Pannonisches Klima) und jenem des ozeanischen Klimas aus dem Westen. Gemäß den Eigenheiten dieser Klimatypen ist der Osten Österreichs von kalten Wintern und heißen Sommern geprägt und es fällt ganzjährig nur mäßig Niederschlag. Der Westen des Landes unterliegt in der Regel weniger strengen Gegebenheiten, die Winter sind meist milder und die Sommer eher warm. Hier liegen auch die niederschlagsreichsten Gegenden. Es ist allerdings schwer, Österreich in diese zwei Klimazonen zu trennen und sie klar voneinander abzugrenzen, denn die Lage des Landes im Herzen Europas erlaubt weder dem einen noch dem anderen Extrem Fuß zu fassen. Erschwerend kommen geographisch bedingte Gegebenheiten hinzu: Die Winter wirken im Zentrum und im Westen Österreichs strenger als im Osten weil sich hier die Alpen erstrecken und weite Teile des Landes höher liegen als in den Ebenen des Ostens. Weitere Unsicherheitsfaktoren sind gelegentliche Nord- und Südeinflüsse, die einerseits polare Kälte, andererseits Saharastaub bringen können. Es ist demnach angebracht, Österreich in die Zone des mitteleuropäischen Übergangsklimas einzuordnen, mit Rücksicht auf die Alpen im Zentrum und Westen und das Flachland im Osten.

Die unbeständigeren Jahreszeiten sind Frühling und Herbst, in denen von Schneefall bis großer Wärme alles möglich ist. Der Sommer ist die wärmste Jahreszeit und auch die niederschlagsreichste. Die Tagestemperaturen steigen im Juli und August nicht selten auf und über 30°C, die Luftfeuchtigkeit ist aber meist sehr hoch, was oft zur Bildung von Quellwolken und anschließenden Gewittern führt. Wenn ein stabiles Hoch aus dem Osten wirkt (Idealfall „Omega-Hoch“ in der Form des letzten Buchstabens des griechischen Alphabets) kann man mit langem, ungetrübtem Sonnenschein und bis zu 2 Wochen andauernder Hitze rechnen. Im Fall eines Westwettereinbruchs ist es zwar mild (20-25°C) aber oft regnerisch. Der Winter ist die kälteste und trockenste Zeit des Jahres und durch Schnee und Frost geprägt. Während die alpinen Regionen als „Schneelöcher“ bekannt und gefürchtet sind, fällt die weiße Pracht im Osten oft nur sehr spärlich. Im Winter kann der gleiche Fall wie im Sommer eintreten: ein Osthoch verspricht

Sonnenschein und klirrende Kälte (bis -20°C), Westwetter bringt dagegen Niederschlag und gelegentlich **Tauwetter**.

Tiefste in Österreich gemessene Temperatur: Zwettl (NÖ), $-36,6^{\circ}\text{C}$ (11. Februar 1929)

Höchste in Österreich gemessene Temperatur: Dellach im Drautal (K), $+39,7^{\circ}\text{C}$ (27. Juli 1983)

Die Heizperiode reicht von Mitte Oktober bis Mitte April und verursacht einen hohen Energieverbrauch.

In den letzten Jahren war Österreich, wie auch die Nachbarländer, häufig Opfer von Wetterkapriolen, die von vielen Experten auf eine Klimaerwärmung zurückgeführt werden (die Durchschnittstemperaturen werden beständig nach oben korrigiert). Durch heftige Regenfälle gab es mehrmals verheerende Überschwemmungen und Vermurungen, die auch Todesopfer forderten. Gelegentlich kam es zu orkanartigen Stürmen und gewaltigen Schneefällen, die dazu führten, dass viele Orte von der Außenwelt abgeschnitten wurden und vermehrt Lawinen abgingen. Aber auch Dürre plagte das Land manchmal in den letzten Jahren. Dennoch kann man sagen, dass das Klima, im Vergleich zu anderen Ländern, gemäßigt ist und Naturkatastrophen kaum statt finden.

Fragen:

1. Wo liegt Österreich?
2. Welche Staatsform hat Österreich?
3. Welche Landschaften gibt es in Österreich?
4. Wie heißt der größte See?
5. Worüber wird der größte Teil Österreichs entwässert?
6. Was ist charakteristisch für Österreichs Klima?

Aufgaben:

1. Beschreiben Sie die Großlandschaften Österreichs und zeigen Sie sie an der Karte.
2. Sprechen Sie über die größte Bedeutung der Bergen und Seen für den Sommertourismus.
3. Vergleichen Sie das Klima in Österreich und in Usbekistan.

Wortklärung:

1. Tauwetter (n) – milde Witterung, bei der Schnee und Eis tauen.
2. Dürre (f) – große Trockenheit.

4.2. Die österreichischen Bundesländer

Plan:

1. Bundesländer
2. Metropolregion
3. Sprache
4. Zuwanderung
5. Prognose, Religion

Stichwörter:

Bundesländer, Metropolregion, Ballungsräume, Bevölkerungserwartung, Amts-, Muttersprache, Zuwanderung, Asylgesetze

Die österreichischen Bundesländer: B - Burgenland, K - Kärnten, NÖ - Niederösterreich, OÖ - Oberösterreich, S - Salzburg, St - Steiermark, T - Tirol, V - Vorarlberg, W - Wien.

Die neun österreichischen Bundesländer sind in 84 Bezirke und 15 Statutarstädte aufgeteilt. Die Bezirke wiederum teilen sich in Gemeinden auf.

Burgenland:

Fläche	3965 km ²
Einwohner	275 282
Landeshauptstadt	Eisenstadt 158
Amtsperiode	2010-15
Landeshauptmann:	Hans Niessl
Parlament	Landtag mit 36 für fünf Jahre gewählten Abgeordneten
Stellvertreter:	Mag. Franz Steindl (ÖVP)

Kärnten:

Fläche	9533 km ²
Einwohner	562 814
Landeshauptstadt	Klagenfurt
Landeshauptmann:	Gerhard Dörfler (BZÖ)
Parlament	Landtag mit 36 für fünf Jahre gewählten Abgeordneten
Stellvertreter:	Dipl.-Ing. Uwe Scheuch (BZÖ) Dr. Peter Kaiser (SPÖ)

Niederösterreich:

Fläche	19 173 km ²
Einwohner	1, 52 Mio
Landeshauptstadt	Pölnen
Landeshauptmann:	Dr. Erwin Pröll (ÖVP)
Parlament	Landtag mit 56 für fünf Jahre gewählten Abgeordneten
Stellvertreter:	Mag. Wolfgang Sobotka (ÖVP); Dr. Josef Leitner (SPÖ)
Landesräte:	Dr. Petra Bohuslav (ÖVP); Mag. Johanna Mikl-Leitner (ÖVP); Dr. Stephan Pernkopf (ÖVP); Barbara Rosenkranz (FPÖ); Mag. Karin Scheele (SPÖ)

Oberösterreich

Fläche	11 979 km ²
Einwohner	1.38 Mio

Landeshauptstadt	Linz
Landeshauptmann:	Dr. Josef Pühringer (ÖVP)
Parlament	Landtag mit 56 für sechs Jahre gewählten Abgeordneten
Stellvertreter:	Josef Ackerl (SPÖ); Franz Hiesl (ÖVP)
Landesräte:	Rudolf Anschöber (Grüne); Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ); Mag. Doris Hummer (ÖVP); Dr. Hermann Kepplinger (SPÖ); Viktor Sigl (ÖVP); Dr. Josef Stockinger (ÖVP)
Salzburg	
Fläche	7154 km ²
Einwohner	509 409
Landeshauptstadt	Salzburg
Landeshauptfrau:	Mag. Gabi Burgstaller (SPÖ)
Parlament	Landtag mit 36 für fünf Jahre gewählten Abgeordneten
Stellvertreter:	Dr. Wilfried Haslauer (ÖVP); Mag. David Brenner (SPÖ)
Landesräte:	Walter Blachfellner (SPÖ); Doraja Elberle (ÖVP); Josef Eisl (ÖVP); Erika Scharer (SPÖ)

4.3. Städte von Österreich

Das mit Abstand größte Siedlungsgebiet in Österreich ist die Metropolregion Wien mit einer Einwohnerzahl von 2.067.652 (Stand 1. Januar 2005). Damit konzentriert sich ein Viertel der Bevölkerung des Landes in der Hauptstadtregion. In Österreich besitzen rund 200 Gemeinden das Stadtrecht. Ein großes Problem, vor allem in wirtschaftlich schwachen Gegenden, ist die Abwanderung (Landflucht) der ländlichen Bevölkerung in die städtischen Ballungsräume.

Lebenserwartung

Die durchschnittliche Lebenserwartung in Österreich beträgt zur Zeit (2005) bei den Frauen 82,1 Jahre und bei den Männern 76,4 Jahre (im Vergleich 1971: 75,7 Frauen und 73,3 Männer). Die Kindersterblichkeit beträgt 0,45 %. siehe auch:

Österreichisches Gesundheitssystem

Deutsch ist Amts- und Muttersprache von etwa 98 % der österreichischen Bevölkerung. Die deutsche Sprache wird vielfach in Form eines der vielen oberdeutschen Dialekte gesprochen, die zu den Mundartfamilien des Alemannischen (gesprochen in Vorarlberg sowie dem Tiroler Außerfern) und Bairischen (gesprochen in allen anderen Bundesländern – siehe Sprachgebrauch in Österreich) gehören. Sieben Millionen Österreicher sprechen einen mittel- oder südbairischen Dialekt.

Daneben werden slawische und andere Sprachen von autochthonen Minderheiten gesprochen. Die alteingesessenen burgenlandkroatischen, slowenischen und ungarischen Bevölkerungsanteile in Österreich haben einen Anspruch auf

muttersprachlichen Schulunterricht und Behördenverkehr. Burgenlandkroatisch und Slowenisch sind zusätzliche Amtssprachen in jenen Verwaltungs- und Gerichtsbezirken der Steiermark, des Burgenlandes und Kärntens mit kroatischer oder slowenischer, bzw. gemischter Bevölkerung. Weiters ist in den Gemeinden Oberpullendorf, Oberwart, Rotenturm und Unterwart Ungarisch neben Deutsch gleichberechtigte Amtssprache.

Auch die alteingesessene Roma-Bevölkerung hat ihre eigene Sprache.

Außerdem leben 35.000 Jenische in Österreich, wovon gerade noch 3.500 ein fahrendes Leben führen. Sie wurden in den 1960er Jahren im Burgenland, im Mühlviertel, im Waldviertel, auf dem Hausruck, im Toten Gebirge, in den Seetaler Alpen und Fischbacher Alpen angesiedelt.

Das Land beherbergt Menschen aus vielen anderen Ländern, die aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen ins Land gekommen sind. Diese Zuwanderer oder vorübergehend im Land lebenden Menschen stammen vornehmlich aus Russland, dem ehemaligen Jugoslawien (v.a. Serbien und Montenegro), Deutschland, Georgien, dem asiatischen Raum (Indien, Türkei, Afghanistan, Pakistan, China u.a.), aber auch aus anderen Weltregionen; Deren Anteil an der einheimischen Bevölkerung beträgt etwa 12,5 % (Anfang 2005). Bereits in den 1960er und 1970er Jahren wurden viele damals noch als Fremdarbeiter wegen des herrschenden Arbeitskräftemangels von den Unternehmen direkt in den Herkunftsländern angeworben um in Österreich zu arbeiten. Viele dieser Familien leben mittlerweile in der zweiten oder dritten Generation im Land.

Ungefähr die Hälfte aller Menschen mit Migrationshintergrund bzw. deren Nachkommen lebt im Großraum Wien, wo etwa ein Viertel der gesamten Bevölkerung Österreichs ansässig ist. Der Rest verteilt sich vorwiegend auf die übrigen Ballungszentren, in denen ihr Anteil zwischen 10 % und 20 % ausmacht. In einigen ländlichen Regionen liegt der Anteil der Migranten und Migrantinnen zwischen 0 und 5 %. In den vergangenen Jahren wurde pro Jahr an etwa 30.000 - 40.000 Menschen die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen.

Die mit 1. Januar 2006 in Österreich in Kraft tretende Novelle neuer Asylgesetze bringt einerseits eine Festlegung der gängigen Praxis und andererseits eine massive Verschärfung nicht nur für künftige EinwanderInnen, sondern betrifft auch schon lange in Österreich lebende Menschen. Eine Antragstellung auf einen Aufenthaltstitel (Aufenthalts- bzw. Niederlassungsbewilligung) ist nur mehr bei legaler Einreise möglich - oder über eine Ausreise und Antragstellung aus dem Ausland.

Abschiebehaft wird zukünftig länger dauern - statt wie bisher sechs, nun bis zu zehn Monaten - und ist während eines laufenden Asylverfahrens jederzeit anwendbar. Dies eröffnet den Beamten sehr viele Möglichkeiten. Allein der Verdacht, eine Person sei über einen sicheren Drittstaat bzw. Dublinstaat eingereist, reicht zur Verhängung von Abschiebe. Es werden in Zukunft wohl mehr Menschen in Abschiebe genommen werden, und auch die Bedingungen werden

verschärft, was sich vor allem an der geplanten Anwendung von Zwangsernährung für Hungerstreikende zeigt.

So können nach dem neuen Fremdenrecht wieder Menschen abgeschoben werden, die als Kinder von MigrantInnen in Österreich geboren und zu einer mindestens zweijährigen Haftstrafe verurteilt wurden. Hier tritt die Bedeutung des Geburtsortes zurück, um dem Prinzip des "ius sanguinis" Platz zu machen, nach dem die StaatsbürgerInnen einer Person an die ihrer Eltern gekoppelt wird. Die Aufnahme und Unterstützung illegalisierter Menschen wird mit bis zu einem halben Jahr Gefängnis geahndet. In jedem Fall mit einer Haftstrafe - und die kann bis zu zehn Jahre dauern - zu rechnen hat jemand, der/die Fluchhilfe gewährt.

Von den drei möglichen Arten von Arbeitsbewilligungen können AsylwerberInnen ab 1.1.2006 nur die maximal ein Jahr gültige Beschäftigungsbewilligung erhalten. Sie muss jedes Jahr neu vom Arbeitgeber beantragt werden und ist nur für dieses eine Unternehmen gültig. Auch Asylwerber, die jetzt bereits einen Befreiungsschein oder eine Arbeitserlaubnis besitzen, können diese nicht mehr verlängern. Nach Ablauf der Gültigkeit muss das Unternehmen um Ausstellung einer Beschäftigungsbewilligung ansuchen, will sie den Asylwerber oder die Asylwerberin weiter beschäftigen.

Insgesamt bedeutet die Gesetzesnovelle eine verstärkte Illegalisierung. So wird es bei der Ablehnung eines Asylantrages keine Möglichkeit zur Legalisierung mehr geben. Denn auch das Recht auf Familienleben von EU-StaatsbürgerInnen mit Nicht-EU-BürgerInnen wird massiv eingeschränkt.

Laut Prognosen der Statistik Austria, dem statistischen Amt der Republik Österreich, halten sich Geburten und Sterbefälle in Österreich noch für etwa 20 Jahre die Waage, danach werden die Geburten- voraussichtlich unter den Sterbezahlen liegen, was zu einem höheren Altersdurchschnitt führen wird. Durch Zuwanderung kann die Bevölkerung bis zum Jahr 2050 auf rund 9 Millionen anwachsen und das Geburtendefizit teilweise ausgeglichen werden. Nur in Wien, als einzigem der neun Bundesländer, wird der Altersdurchschnitt niedriger und das Bevölkerungswachstum höher als im Bundesdurchschnitt sein; bis 2050 kann Wien demnach wieder zur Zweimillionenstadt werden. Als Grund führt Statistik Austria an, dass die Geburtenraten höher liegen und rund 40% der Immigration nach Österreich auf die Bundeshauptstadt entfallen.

73,6 % der Bevölkerung gehören der römisch-katholischen Kirche und 4,7 % einer der evangelischen Kirchen (Protestantismus; überwiegend Augsburgischer Bekenntnis, seltener Helvetisches Bekenntnis: Evangelische Kirche A.B. bzw. H.B.) an. Etwa 180.000 Christen und Christinnen sind Mitglieder orthodoxer Kirchen. Zum jüdischen Glauben bekennen sich etwa 8.140 Menschen (Stand: Volkszählung 2001); nach Angaben der Israelitischen Kultusgemeinde Wien sind es sogar 15.000. Rund 338.998 Personen gehören verschiedenen muslimischen Glaubensrichtungen an. Zum Buddhismus, der in Österreich 1983 als Religionsgemeinschaft anerkannt wurde, bekennen sich etwas über 10.000 Menschen. 20.000 Personen sind aktive Mitglieder der Zeugen Jehovas. Letztere streben die volle gesetzliche Anerkennung als Religionsgemeinschaft an. Etwa 12

% der Bevölkerung gehören keiner der in Österreich gesetzlich anerkannten Religionsgemeinschaften an.

Fragen:

1. Wie ist die administrative Gliederung von Österreich?
2. Worin besteht das Problem der Abwanderung der ländlichen Bevölkerung?
3. Noch welche Sprachen gibt es neben des Deutschen?
4. Wie ist Religion in Österreich?

Aufgaben:

1. Zeigen Sie an der Karte 9 Bundesländer von Österreich.
2. Was meinen Sie, aus welchen Gründen sind die Zuwanderer ins Land gekommen. Sprechen und diskutieren Sie darüber.
3. Charakterisieren Sie die Bundesländer von Österreich (Fläche, Einwohnernzahl, Hauptstadt, Sprache und Parlament)

4.4. Wirtschaft von Österreich

Österreich hat eine sehr kleinstrukturierte Landwirtschaft, die vor allem auf Qualität anstatt Quantität spezialisiert ist, weil sie im Billigbereich unter anderem durch den EU-Beitritt kaum mehr konkurrenzfähig ist. Deshalb setzt Österreich verstärkt auf biologische Landwirtschaft: Mit einem Gesamtanteil von knapp 10% hat Österreich die höchste Dichte von biologischen landwirtschaftlichen Betrieben in der Europäischen Union. Das landwirtschaftlich wichtigste Gebiet im Anbau von Feldfrüchten ist das Marchfeld in der Nähe von Wien

Wein ist ein wichtiges landwirtschaftliches Exportprodukt Österreichs. Der Hauptabnehmer des Weines ist, neben der Schweiz und den USA, zu zwei Dritteln Deutschland. Im Jahr 1985 wurde der Weinbau durch den so genannten Weinskandal zwar stark in Mitleidenschaft gezogen, in der Zwischenzeit haben die Weinbauern ihre Qualitätsweine jedoch wieder so stark verbessert, dass wesentlich mehr Wein exportiert werden kann als vergleichsweise vor dem Skandal.

Durch die großen Waldflächen ist auch die Forstwirtschaft ein bedeutender Faktor, die auch die verarbeitende Holz- und Papierindustrie dementsprechend beliefert. Holz als Rohstoff wird vor allem in den südeuropäischen Raum exportiert.

Österreich verfügt über eine sehr moderne und dynamische Industrie, die vor allem in der letzten Zeit durch die Privatisierung der Staatsindustrie und durch große Investitionen wie u.a. jene des Magna-Konzerns, gefördert wurden. Österreich hat nunmehr (2005) die niedrigsten Unternehmenssteuern der EU und tritt somit in offene Konkurrenz zur Slowakei.

Das größte österreichische Industrieunternehmen ist die OMV AG. In letzter Zeit wurden einige Industriebetriebe von ausländischen Investoren aufgekauft. Darunter fallen z.B. der Hersteller Steyr Daimler Puch und die Jenbacher Werke (GE Jenbacher).

Die Dienstleistungen machen in Österreich den größten Anteil der Wirtschaftsleistungen aus. Dies wird vor allem durch den Tourismus, den Handel und die Banken erzielt. Die österreichischen Banken profitieren noch heute vom sehr strengen österreichischen Bankgeheimnis. Nach dem EU-Beitritt wurde die Anonymität der Sparkonten abgeschafft. Aufrecht bleibt aber, dass Konten durch

Behörden nicht ohne ausdrückliche richterliche Anordnung geöffnet werden dürfen.

Das Bruttosozialprodukt Österreichs betrug im Jahr 2004 231,8 Mrd. Euro. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wurde im Vorjahr mit 235,1 Mrd. Euro beziffert, das entspricht einem BIP von ca. 28.880 Euro pro Einwohner. Bemerkenswert dabei ist die Tatsache, dass rund 5% des BIP direkt oder indirekt mit dem Wintersport zusammenhängen.

Anteile am Bruttosozialprodukt und der Erwerbstätigkeit:

Bruttosozialprodukt	Beschäftigte
Industrie	33% 27%
Landwirtschaft	2% 1%
Dienstleistungen	65% 68%

Im Januar 2006 sind in Österreich 326.747 Personen arbeitslos gemeldet, was nach nationalen Berechnungskriterien 7,7 Prozent entspricht (5,9 Prozent nach EU-Berechnung). Einschließlich den in Schulungen befindlichen Personen sind insgesamt rund 395.000 Personen ohne Arbeit (9,3 Prozent nach nationaler Berechnung, 7,1 Prozent nach EU-Berechnung). Die im europäischen Vergleich günstige Beschäftigungslage erkauft Österreich mit einer ungewöhnlich starken Verdrängung älterer Arbeitnehmer aus dem Arbeitsleben: In Österreich stehen nur noch 30% der 55 - 64-jährigen in einem Beschäftigungsverhältnis (zum Vergleich: Deutschland 38,6 %, Schweden 68 %, Großbritannien 53,5 %). Die Zunahme der frühzeitigen Pensionierungen steht auch in einem – schwer zu beziffernden - Zusammenhang mit dem Personalabbau in Staatsunternehmen bzw. Unternehmen mit privatem Rechtsmantel, die dem Staat ganz oder zu bedeutenden Teilen gehören.

136.962 arbeitslosen Männern stehen 120.308 Frauen gegenüber im November 2005. Bedenklich ist aber die seit Jahren anhaltende starke Zunahme an arbeitslosen Frauen. Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen (Personen unter 25 Jahren) liegt im Januar 2006 bei 49.948.

Am stärksten ist der Dienstleistungssektor betroffen. Viele Personen, die im Fremdenverkehr tätig waren, verloren im Jahr 2005 ihre Arbeit. Des Weiteren ist auch die Industrie betroffen, die wegen zu hoher Produktions- und Lohnkosten verstärkt in die neuen EU-Mitgliedsländer abwandert.

Die Verkehrsinfrastruktur ist geprägt einerseits durch die Lage in den Alpen und andererseits durch die zentrale Lage in Mitteleuropa. Dies gilt für Straßen- und Bahnverbindungen gleichermaßen. Die logistische Erschließung der Alpen erfordert viele Tunnel- und Brückenbauten, die extremen Witterungsbedingungen standhalten müssen. Durch die zentrale Lage gilt Österreich als typisches Transitland, vor allem in Nord-Süd- und Nord-Südost-Richtung, durch die Öffnung des Eisernen Vorhangs auch in Ost-Westrichtung. Das bedeutet aber oft eine wesentlich größere Dimensionierung der Verkehrswege, auch in ökologisch sensiblen Gebieten, was oft zu Widerständen der Bevölkerung führt.

Um diese Gratwanderung zwischen Ökonomie und Ökologie zu bewältigen, sind oft Maßnahmen notwendig, welche dem Land eine Vorreiterrolle im

Umweltschutz gebracht haben, vor allem am Kraftfahrzeugsektor. Es wurde in der Alpenrepublik beispielsweise vergleichsweise früh gesetzlich vorgeschrieben, in jedem Kraftfahrzeug einen Katalysator einzubauen. Ebenso wurden auf bestimmten Strecken nur Lärmarme LKW zugelassen. Durch verschiedene Deregulierungen fühlen sich die Bewohner jedoch in bestimmten Regionen, wie im Inntal, von den verkehrsregelnden Institutionen auf nationaler und internationaler Ebene, vor allem von der EU, im Stich gelassen.

Die Elektrische Energie wird zum größten Teil aus Wasserkraft (ca. 70%), sowohl aus Laufkraftwerken an der Donau, der Enns, Drau und vielen kleineren, als auch aus Pumpspeicherkraftwerken, wie dem Kraftwerk Kaprun oder den Maltakraftwerken gewonnen. Zur Deckung von Spitzenstrom werden auch Gasturbinenkraftwerke betrieben. Strom aus Atomkraftwerken wird auf Grund des Atomsperrgesetzes nicht hergestellt. Das einzige Kernkraftwerk wurde zwar in Zwentendorf errichtet, ging aber nach einer Volksabstimmung 1978 nie in Betrieb. Die Verteilung erfolgt hauptsächlich durch neun Landesgesellschaften, die auch die letzte Meile zum Endverbraucher haben. Daneben gibt es einige kleinere Versorger, die meist auch im Besitz der öffentlichen Hand sind.

Bei der Erdgasversorgung ist Österreich weitgehend vom Ausland abhängig. Zwar gibt es auch in Österreich Erdgasvorkommen, hauptsächlich im Marchfeld und Weinviertel, wo sich auch unterirdische Pufferspeicher als Sicherheitslager befinden, doch tragen diese nur rund 20 % des Jahreserdgasverbrauchs Österreichs bei. Traditionellerweise erfolgt die Hauptversorgung aus Russland, von wo aus Österreich seit 1968 als erstes europäisches Land westlich des Eisernen Vorhangs sein Erdgas bezieht.

Im Falle eines Lieferausfalls von ausländischem Erdgas kann Österreich laut Angaben der OMV die Gasversorgung für 2 Monate durch eigene Lagertanks sicherstellen.

Hauptimportland bei Erdöl ist mit Stand 2003 Saudi-Arabien. Die einzige Raffinerie befindet sich in Schwechat und wird von der OMV AG betrieben.

In Österreich existieren für jeden Notrufdienst separate Leitzentralen. Notrufnummern können von jeder Telefonzelle kostenlos gewählt werden. Die Notrufnummern gelten österreichweit und lauten für die Feuerwehr „122“, für die Polizei „133“ und für den Rettungsdienst „144“. Zudem gibt es noch weitere Notrufnummern, die ebenfalls kostenlos gewählt werden können, wie beispielsweise der Euronotruf „112“.

Österreichweit wurde 2005 die für ländliche Gebiete zuständige Bundesgendarmerie mit den in den Städten vorhandenen Bundessicherheitswachekorps und Kriminalbeamtenkorps zum neuen Wachkörper Bundespolizei zusammengelegt. Dadurch wurde versucht, Zweigleisigkeiten in der Organisation zu beseitigen und die Effizienz zu erhöhen. Der Beweis dieses Anspruchs konnte bis dato nicht erbracht werden.

Das österreichische Feuerwehrsysteem basiert fast vollständig auf Freiwilligen Feuerwehren. Nur in den sechs größten Städten wird der Brandschutz von Berufsfeuerwehren wahrgenommen. Der Brandschutz fällt in die Kompetenz der

einzelnen Bundesländer, während der Katastrophenschutz Kompetenz des Bundes ist, er wird aber neben dem Bundesheer über den Katastrophenhilfsdienst ebenfalls von den Feuerwehren wahrgenommen.

Bei Unfällen mit Verletzten wird in Österreich die Rettung informiert. Vor allem in den ländlichen Gebieten übernimmt das Österreichische Rote Kreuz den Rettungsdienst. Daneben unterhalten andere Hilfsorganisationen wie der Arbeiter-Samariter-Bund, die Johanniter-Unfall-Hilfe, der Malteser Hospitaldienst Austria und das Grüne Kreuz Rettungswachen. In Wien teilen sich die städtische Wiener Rettung und die Hilfsorganisationen die Aufgabe. Rettungshubschrauber spielen eine sehr wichtige Rolle im österreichischen Rettungsdienst. Das Land dürfte über die größte Dichte an Rettungshubschraubern weltweit verfügen. Flächendeckend stellt der Christophorus Flugrettungsverein des ÖAMTC 16 Hubschrauber, daneben sind vor allem in den Tourismus-Regionen mehrere private Anbieter tätig. Wetterstationen befinden sich übers ganze Land verteilt, in größeren Städten und in allen Landeshauptstädten. Die nationale Einrichtung für meteorologische und geophysikalische Dienste ist die Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG) mit mehreren Zweigstellen in den Bundesländern. Die aktuellen Wetterdaten und Wetterentwicklungen lassen sich, auf Internetseiten gesammelt, für viele Orte abrufen und außerdem über Radio und Fernsehen verfolgen. In Zukunft soll außerdem ein zuverlässiger Unwetterwarndienst im Internet angeboten werden. Zusätzlich gibt es noch die Flugwetterdienste oder spezielle Systeme, wie das Blitzortungssystem ALDIS, die auch mit der ZAMG zusammenarbeiten und Daten austauschen.

Fragen:

1. Was ist die größte Bourse?
2. Warum wurde in Österreich auf biologische Landwirtschaft verstärkt?
3. Über welche moderne und dynamische Industrie verfügt Österreich?
4. Wodurch ist Verkehrsinfrastruktur geprägt?

Aufgaben:

1. Nennen Sie das wichtigste Exportprodukt von Österreich.
2. Führen Sie ein Gespräch über österreichische Banken. Wovon profitieren Sie?
3. Diskutieren Sie über die anderen Zweige der Wirtschaft.

Wörterklärung:

1. Investition – staatlichen materiellen und finanziellen Fonds, Kreditsystem.
2. Dimension – Erstrückung; Abmessung; Ausdehnung;
3. Im Stich lassen – treulos verlassen; einem Schicksal Preis geben.

Vorlesung V

Politische System Deutschlands, Österreichs, der Schweiz und von Liechtenstein

5.1. Geschichte Österreichs

Plan:

1. Franken- und Ostfrankenreich.
2. Heiliges Römisches Reich.
3. Kaisertum Österreich.
4. Doppelmonarchie.
5. Eine austrofaschistische Diktatur.

Stichwörter:

Neue Herzogtümer und Markgrafschaften, Heiliges Römisches Reich, die Babenberger, die Habsburger, sein Überleben sichern, die Doppelmonarchie, Juliputsch, das Dritte Reich.

Weite Gebiete des heutigen Österreich gehörten im späten 8. Jahrhundert zum bayrischen Stammesherzogtum im fränkischen Reich Karls des Großen. Im folgenden Ostfrankenreich, in der Region des heutigen Niederösterreich, war seit 856 eine Marchia Orientalis den Karolingern unterstellt. Diese Grenzmark im Südosten des Reiches wurde zur Keimzelle des späteren Österreich. Dieses Gebiet ging 907 allerdings an die Ungarn verloren. Erst nach der Schlacht auf dem Lechfeld 955 konnte das ostfränkische Reich wieder nach Osten expandieren und es entstanden neue Herzogtümer und Markgrafschaften. Damit begann auch eine weitere Welle bajuwarischer (bayerischer) Siedlungstätigkeit.

Friedrich I. Barbarossa

Im Jahr 976 wurde die Marchia Orientalis von Kaiser Otto II. einem Babenberger-Grafen übereignet. In einer Urkunde von 996 wurde diese Marchia Orientalis erstmals Ostarrichi genannt; Aussprache und Schreibweise wandelten sich später zu Österreich. Das Gebiet wurde auch als Ostland (lat. Austria) oder Osterland bekannt und 1156 von Kaiser Friedrich I. (Barbarossa) zu einem Herzogtum erhoben.

Den Babenbergern folgten ab 1278 die Habsburger, die bis 1526 ihr Herrschaftsgebiet weiter ausdehnten und ein Erzherzogtum schufen, das ein bedeutender Faktor im Heiligen Römischen Reich wurde. Schon die späten Babenberger hatten die Steiermark mit Österreich verbinden können, die Habsburger schufen davon ausgehend mit der Erwerbung Kärntens, Tirols, Krains und anderer Gebiete einen Länderkomplex in den Ostalpen, der Herrschaft zu Österreich genannt wurde. Ab 1438 besaß das Fürstenhaus fast durchgehend die römisch-deutsche Königs- und die damit verbundene Kaiserwürde.

Vom späten 15. Jahrhundert bis 1690 waren die habsburgischen Länder von ständigen militärischen Auseinandersetzungen mit dem Osmanischen Reich geprägt. Die Reformation der Kirche konnte sich anfangs schnell durchsetzen, wurde aber im Laufe des 17. Jahrhunderts zurückgedrängt. 1713 wurde mit der Pragmatischen Sanktion erstmals ein für alle Länder gleichermaßen gültiges

Grundgesetz in Kraft gesetzt. Im Österreichischen Erbfolgekrieg konnte das neue Haus Habsburg-Lothringen die Erbländer größtenteils für sich behaupten.

Die Kriege gegen Napoleon und seine Kaiserkrönung führten 1804 dazu, dass Kaiser Franz II. den Titel als Kaiser Franz I. von Österreich für seine Erbländer annahm und 1806 unter dem Druck Napoleons auf die Kaiserkrone des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation verzichtete.

Das neue Kaiserreich Österreich war ein Vielvölkerstaat und reichte von Böhmen und Mähren über die heutige Republik hinweg weiter über Ungarn bis tief in den Balkan hinein. 1815 erhielt Österreich den Vorsitz im Deutschen Bund.

Mit der Niederschlagung der Märzrevolution 1848 sicherte sich das Kaiserreich sein Überleben. Auch der ungarische Aufstand gegen die österreichische Vorherrschaft wurde niedergedrückt. Der Krieg des Deutschen Bundes unter dem Vorsitz Österreichs gegen Preußen (Deutscher Krieg) führte 1866 nach dem Sieg Moltkes bei Königgrätz zur Auflösung des Bundes der deutschen Staaten.

1867 wurde im Zuge des Ausgleiches mit Ungarn eine österreich-ungarische Doppelmonarchie unter der Herrschaft vom österreichischen Kaiser Franz Joseph I. geformt, der zugleich als König von Ungarn galt und über 40 Jahre an der Macht bleiben sollte. Da hierbei die Forderungen der „K.u.K.“-Völker nach mehr Selbstständigkeit außer Acht gelassen wurden spitzten sich die Nationalitätenprobleme zu und trieben das Reich an den Rand der Unregierbarkeit. Ausgelöst vom Attentat von Sarajevo und weitergetrieben von den europäischen Beistandspakten begann 1914 der erste Weltkrieg, der 1918 zum Ende der „kaiserlich-königlichen Monarchie“ führte.

Nach dem Ende des 1. Weltkrieges wurde Österreich-Ungarn aufgelöst. Auf dem vorwiegend von Menschen mit deutscher Muttersprache bewohnten Gebiet der Doppelmonarchie entstand die Republik „Deutschösterreich“, wobei einige Gebiete, in welchen ebenfalls eine große Bevölkerungszahl vorwiegend Deutsch sprach (z.B.: Egerland, Südmähren, Südtirol) abgetrennt wurden. Im Vertrag von Saint-Germain wurde dieser Staatsname „Deutschösterreich“ und der von vielen angestrebte Zusammenschluss mit der neuen Deutschen Republik untersagt. Am 21. Oktober 1919 wurde der Name in „Republik Österreich“ geändert und 1920 die neue österreichische Verfassung beschlossen. In den folgenden Jahren führten die schlechte Wirtschaftslage und politische Auseinandersetzungen Österreich immer tiefer in eine Krise.

Nachdem Bundeskanzler Engelbert Dollfuß 1933 den Nationalrat aufgelöst hatte („Selbstausschaltung des Parlaments“), wurde in Österreich eine austrofaschistische Diktatur in Form eines autoritären Ständestaates etabliert. Im Februar 1934 fanden die bis dahin schwelenden Auseinandersetzungen zwischen den regierenden Christlichsozialen (Vaterländische Front) und den oppositionellen Sozialdemokraten im Österreichischen Bürgerkrieg ihren gewaltsamen Höhepunkt. Wenige Monate danach kam es zum Juliputsch von Anhängern der in Österreich seit 1933 verbotenen NSDAP. Einigen Putschisten gelang es in das Bundeskanzleramt vorzudringen, wo Dollfuß so schwer verletzt wurde, dass er

kurz darauf verstarb. Der Putschversuch wurde innerhalb weniger Tage vereitelt. Neuer Bundeskanzler wurde Kurt Schuschnigg.

1938 erfolgte der Anschluss an das Deutsche Reich. Österreich blieb zunächst als Land erhalten, wurde dann aber ab Mai 1939 in 7 Reichsgaue und einen Verwaltungsbezirk (Vorarlberg) aufgeteilt. Österreich wurde zunächst als „Ostmark“ und bald danach als „Alpen- und Donaugau“ bezeichnet. Der gebürtige Österreicher Adolf Hitler führte nach seinem Scheitern als Künstler in seinem Heimatland und seiner politischen Karriere in Deutschland Österreich in die nationalsozialistische Willkürherrschaft und ließ in der Folge alle Hinweise auf eine Eigenständigkeit des Landes tilgen. Der 1939 ausgebrochene Zweite Weltkrieg führte schließlich zum Untergang des „Dritten Reiches“.

Mit dem Kriegsende 1945, der Niederlage des Großdeutschen Reiches und der Befreiung von der nationalsozialistischen Diktatur Hitlers, wurde Österreich von den Siegermächten als Staatsgebilde wiederhergestellt. Bereits am 27. April trat eine provisorische Staatsregierung mit Karl Renner als Staatskanzler zusammen und proklamierte die Wiedererrichtung der Republik. Nach Renners Tod wurde Theodor Körner als Kandidat der SPÖ am 27. Mai 1951 zum Bundespräsidenten gewählt. Dies war die erste Volkswahl des Staatsoberhauptes in der österreichischen Geschichte.

Bis 1955 war das neue Österreich, wie auch die neue Bundesrepublik Deutschland und die neue DDR, in Besatzungszonen aufgeteilt. Mit der Unterzeichnung eines Staatsvertrages am 15. Mai 1955 durch die Bundesregierung und Vertreter der Siegermächte und mit dem Bekenntnis bzw. der Verpflichtung zur Neutralität und dem entgeltigen Verzicht auf einen Anschluss an Deutschland, erlangte die Republik ihre volle Souveränität.

Bis zum 25. Oktober 1955 verließen die letzten alliierten Truppen das Land. Tags darauf wurde die „immerwährende Neutralität“ im Nationalrat in Form eines Verfassungsgesetzes festgeschrieben. Seit 1965 ist der 26. Oktober, in Erinnerung an den Beschluss der Neutralität, österreichischer Nationalfeiertag.

1960 war die Republik Mitbegründer der EFTA, die einen Wirtschaftszusammenhalt anstrebte. Bedingt durch die Neutralität konnten sowohl mit den westlichen Ländern als auch mit den damaligen Ostblockländern gute kulturelle und wirtschaftliche Bande geknüpft werden, was dem Land in der Zeit des Wiederaufbaues noch lange half. Nach dem Ende des Kalten Krieges 1991 wurde die strikte Neutralitätspolitik zwar gelockert, aber die angemessene Interpretation der Neutralität in der geänderten Weltordnung ist seitdem ein umstrittenes innenpolitisches Thema. 1995 trat Österreich der Europäischen Union (EU) bei. 1999 schaffte es seine bisherige Währung, den Schilling als Buchgeld ab und führte am 1. Januar 2002, zusammen mit anderen EU-Staaten, den Euro als Bargeld ein.

Fragen:

1. Was sind Franken- und Ostfrankenreich?
2. Was für eine Rolle spielten die Babenberger in Österreich?
3. Wozu führten die Kriege gegen Napoleon und seine Kaiserkrönung?

4. Was geschah in Österreich nach dem Ende des ersten Weltkrieges?
5. Ist Österreich heutzutage auch Neutralitätsland?

Aufgaben:

1. Erklären Sie den Begriff „Die Neutralität“.
2. Sprechen Sie über Doppelmonarchie.

Wortklärung:

1. Babenberger – fränkisches Grafengeschlecht, (976-1246); Herzog von Österreich.
2. Reich – großer Staat, großes Imperium, in dem alle Gebiete einem Herrscher unterstehen.
3. Habsburger – Angehörige des Geschlechts von Habsburg, Habsburg – im schweizerischen Kanton.
4. Neutralität – diese Staaten nehmen an einem Krieg zwischen anderen Staaten nicht teil; das Territorium neutraler Staaten ist unverlätzlich; die Staaten dürfen den kriegführenden Staaten keine Durchmarschrechte gewähren und sie nicht mit Waffen oder Kriegsmaterial versorgen.

5.2. Staatlicher Aufbau.

Plan:

1. Österreich ist eine föderale, parlamentarisch- demokratische Republik.
2. Das österreichische Parlament.
3. Politische Parteien in Österreich
4. Das Verfassungsgerecht.
5. Militärwesen und Staatsverschuldung.

Stichwörter:

Staatsoberhaupt, Bundesregierung, Nationalrat, die Politik, Wehrpflicht, Verschuldungsquote,

Österreich ist nach der Bundesverfassung von 1920, die 1945 wieder eingeführt wurde, eine föderale, parlamentarisch-demokratische Bundesrepublik, bestehend aus neun Bundesländern. Staatsoberhaupt ist ein Bundespräsident, der für 6 Jahre direkt von der Bevölkerung gewählt wird. "Regierungschef" und Vorsitzender der Bundesregierung ist ein Bundeskanzler, der vom Bundespräsidenten, de facto entsprechend den Mehrheitsverhältnissen im Nationalrat, ernannt wird. Die Bundesregierung kann durch ein Misstrauensvotum des Nationalrates abberufen oder durch den Bundespräsidenten (gem. Art. 70(1) B-VG) entlassen werden.

Das österreichische Parlament besteht aus zwei Kammern. Die Zusammensetzung des Nationalrates mit seinen 183 Mitgliedern wird alle 4 Jahre durch freie und allgemeine Bürgerwahlen bestimmt. Eine 4-Prozent-Hürde verhindert eine zu große Zersplitterung der Parteienlandschaft im Nationalrat.

Der Bundesrat wird von den einzelnen Landtagen (Parlamente der Bundesländer) beschickt.

Der Nationalrat ist die dominierende Kammer in der österreichischen Gesetzgebung. Der Bundesrat besitzt in den überwiegenden Fällen nur ein aufschiebendes Vetorecht, das durch einen Beharrungsbeschluss des Nationalrates außer Kraft gesetzt werden kann. Nur in Fällen in denen in die Rechte der

Bundesländer eingegriffen wird, besitzt der Bundesrat ein absolutes Veto. Vom 1. Juli 2003 bis 31. Januar 2005 tagte ein Verfassungskonvent ("Österreich-Konvent") unter Franz Fiedler, der Vorschläge für eine Reform der österreichischen Bundesverfassung erarbeitete. Dabei kam man aber nicht zu einer einheitlichen Meinung über die zukünftige Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern. Diese muss in Verhandlungen der verschiedenen politischen Ebenen ausgearbeitet werden.

Seit der Gründung der Republik Österreich wird die Politik von zwei großen Parteien, der christlich-konservativen Volkspartei ÖVP (vor dem 2. Weltkrieg unter dem Namen Christlichsoziale Partei) sowie der sozialdemokratischen SPÖ (vorher Sozialistische Arbeiterpartei Österreichs), geprägt. Beide entstanden schon während der Monarchie und erlebten jeweils nach dem 2. Weltkrieg eine Neugründung, der eine intensivierete Zusammenarbeit folgte. Die positiven Auswirkungen dieser Kooperation wurde unter dem Begriff der Sozialpartnerschaft, die negativen als Parteipolitischer Proporz bekannt. Drittes, allerdings wesentlich kleineres, parteipolitisches Kontinuum ist das deutschnationale Lager, welches sich in der ersten Republik vor allem in der Großdeutschen Volkspartei, danach in der FPÖ, der Freiheitlichen Partei Österreichs, sammelte. In den ersten Jahren der zweiten Republik spielte auch die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) eine Rolle in der Politik des Landes, seit den 60er Jahren ist sie jedoch als Kleinstpartei auf Bundesebene relativ bedeutungslos. Bei regionalen Wahlen, wie zB. in Graz, erreicht sie aber auch heute noch nennenswerte Stimmanteile.

In den 80er-Jahren brach das starre, manchmal auch als hyperstabil bezeichnete Parteiensystem (mit einer der höchsten Dichte an Parteimitgliedern weltweit) auf. Einerseits durch den Eintritt der Grünen Partei auf dem linken Parteienspektrum, andererseits durch die Forcierung der FPÖ als rechtspopulistische Partei. Von der bis zum Regierungseintritt im Jahr 2000 stark wachsenden Partei spaltete sich 1993 das Liberale Forum ab, das allerdings bald wieder von der politischen Bühne verschwinden sollte. Im Jahr 2005 erlebte die FPÖ mit der Gründung des BZÖ ihre zweite Spaltung.

Derzeit ist der Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler ist Werner Faymann. (SPÖ-Vorsitzender) seit 2. 12. 2008., Koalition aus SPÖ und ÖVP; Parlament: Wahlen zum Nationalenrat vom 28.9.2008: Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ), Österreichische Volkspartei (ÖVP), Freiheitliche Partei Österreichs-Die Freiheitlichen (FPÖ), Bündnis Zukunft Österreich (BZO), Die Grünen – Die Grüne Alternative (Die Grünen).

Auch das Verfassungsrecht ist zersplittert, da es - im Gegensatz etwa zum deutschen Grundgesetz - kein Inkorporationsgebot gibt, wonach Verfassungsbestimmungen nur in den Text der Verfassungsurkunde aufgenommen werden dürfen. Als solche kann das Bundesverfassungsgesetz vom 1. Oktober 1920 angesehen werden, welches sozusagen den "Kern" des Bundesverfassungsrechts enthält; daneben bestehen jedoch mehr als 1.300 Verfassungsgesetze und Verfassungsbestimmungen in einfachen Gesetzen sowie

Staatsverträge im Verfassungsrang. Als die wichtigsten sind das Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger vom 21. Dezember 1867, das Finanz-Verfassungsgesetz vom 21. Januar 1948, das Neutralitätsgesetz vom 26. Oktober 1955 sowie die Europäische Menschenrechtskonvention vom 4. November 1950 zu nennen.

Das Strafrecht ist in einer modernen Kodifikation, dem Strafgesetzbuch vom 23. Januar 1974, geregelt. Es kennt außer Strafen auch "vorbeugende Maßnahmen" (= Unterbringung von geistig abnormen, entwöhnungsbedürftigen oder potentiell rückfälligen Tätern in entsprechende Anstalten), beide dürfen nur wegen einer Tat verhängt werden, die schon zur Zeit ihrer Begehung mit Strafe bedroht war (Nulla poena sine lege, §1 StGB). Die Todesstrafe ist im ordentlichen Verfahren seit 1950, im außerordentlichen Verfahren seit 1968 abgeschafft.

Die Gerichtsbarkeit wird in Zivilrechts- und Strafrechtssachen von Bezirksgerichten, Landesgerichten, Oberlandesgerichten und dem Obersten Gerichtshof als höchste Instanz wahrgenommen. Die Gerichtsbarkeit des öffentlichen Rechts wird vom Verwaltungsgerichtshof und vom Verfassungsgerichtshof wahrgenommen.

Die militärische Landesverteidigung fußt auf einer allgemeinen Wehrpflicht aller männlichen Staatsbürger im Alter von 17 - 50 Jahren. Frauen können einen freiwilligen Wehrdienst ableisten. Das Bundesheer besteht aus ca. 35.000 Mann im Präsenzstand und ca. 75.000 Mann der Miliz. Der Präsenzdienst dauerte bisher acht Monate und seit 1. Januar 2006 sechs Monate. Bis zum Jahr 2009 wird voraussichtlich die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft und durch ein Berufsheer ersetzt. Das Militärbudget zählt mit 0,71% des BIP - rund 1,810 Milliarden Euro - zu den geringsten der Welt.

Wehrpflichtige, die einen Wehrdienst aus Gewissensgründen ablehnen, können einen Zivildienst ableisten. Dieser dauerte zwölf Monate und seit 1. Januar 2006 neun Monate.

Die Verschuldung des Gesamtstaates einschließlich Parafisken wird 2005 ihren bisher höchsten Stand mit 154,86 Mrd. EUR erreichen, danach sollen die Schulden über 154,5 (2006) auf 154,2 Mrd. EUR (2007) zurückgeführt werden.

Die Schuldenstandsquote wird für 2005 mit 64,3 % veranschlagt (durch die Revision der VGR (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung) fällt der Quotient niedriger aus als bisher). Österreich wird damit im EU-Vergleich wie auch schon 2004 weiterhin an der 18. Stelle liegen. Zum Zeitpunkt des EU-Beitritts hatte Österreich noch 69,2 % Schulden, gemessen am BIP. Der Grund für das absinken der Verschuldungsquote ist jedoch weniger der Schuldenabbau, welchem Österreich in der 2. Republik erst vor ein paar Jahren das einzige Mal mit einem Nulldefizit zumindest nahe kam, aber ansonsten jährlich neue Schulden aufwarf, sondern der stetige Anstieg des BIP, was wiederum zu einem großen Teil auf die starken Exportzuwächse seit dem EU-Beitritt, und noch mehr seit der EU-Osterweiterung, zurückzuführen ist.

Das Maastricht-Ziel eines Schuldenstands von höchstens 60% des BIP hatte Österreich zuletzt - vor dem Beitritt zur EU - 1992 erreicht.

Der Bundeshaushalt 2005 sieht bei Ausgaben in Höhe von 64,001 Mrd. EUR Einnahmen von 58,866 Mrd. EUR vor, so dass sich ein Defizit in Höhe von 5,135 Mrd. EUR oder 2,1% des BIP ergibt. Durch unerwartet höhere Steuereinnahmen wird das Defizit jedoch voraussichtlich nur 1,6 bis 1,7% des Bruttoinlandsproduktes betragen.

Fragen:

1. Wer ist der Regierungschef und von wem wird er ernannt?
2. Nennen Sie das österreichische Parlament.
3. Von welchen Parteien bestand die Politik der Republik Österreich vor dem 2. Weltkrieg?
4. Welche Parteien vertreten im Nationalrat?

Aufgaben:

1. Was verstehen Sie unter dem Vetorecht? Erklären Sie.
2. Was bedeutet die Abkürzung „ABGB“? Sprechen Sie über seine Aufgaben.

Wortklärung:

1. Das Veto – (Einspruch) eine offizielle Erklärung durch ein Mitglied einer Organisation sagt, dass es mit einer Entscheidung nicht einverstanden ist.
2. Quote – aus dem Verhältnis zum ganzen erreichter Anteil, Teilbetrag.

5.3. Wirtschaft Österreichs

Plan:

1. Die größte Börse in Österreich.
2. Ein wichtiges landwirtschaftliches Exportprodukt Österreichs.
3. Offene Konkurrenz.
4. Dienstleistungen.
5. Österreich – ein typisches Transitland.

Stichwörter:

Die Börse, konkurrenzfähig, der Weinbau, die Banken, der Rohstoff, Verkehrsinfrastruktur, Exportprodukt, Dienstleistung, offene Konkurrenz, das Transitland.

In Österreich waren 2001 3.420.788 Personen in 396.288 Arbeitsstätten beschäftigt. Die größte Börse in Österreich ist die Wiener Börse, dessen größter Index der ATX ist.

**Vorlesung VI
Bildungssysteme**

6.1. Das Bildungssystem Deutschlands

Plan:

1. Leitlinien der Bildungspolitik.
2. Kindergarten und Grundschule.
3. Haupt- und Realschule.
4. Berufliche Bildung.

Stichwörter:

Das Grundgesetz, Chancengleichheit, Elternbeiträge, Kindergarten, Vorschule, Grundschule, Zeugnisse, Sekundarbereich I, II, erweiterte allgemeine Bildung, vertiefte allgemeine Bildung, die getrennten Schulformen, das duale System.

Das Grundgesetz Deutschlands gibt jederman das Recht, seine Persönlichkeit frei zu entfalten und Schule, Ausbildungsstätte wie Beruf nach den jeweiligen Neigungen und Fähigkeiten frei zu wählen. Die Bildungspolitik verfolgt dabei das Ziel, jedem Einzelnen eine optimale Förderung und eine qualifizierte, seinen Interessen und Fähigkeiten entsprechende Ausbildung zu ermöglichen. Jedem soll sein Leben lang die Chance offen gehalten werden, sich persönlich, beruflich oder politisch zu bilden. Zu den Leitlinien der Bildungspolitik gehört die Erziehung der jungen Menschen zu mündigen Bürgern, die zur Mitverantwortung in der Demokratie bereit sind. Die Bundesrepublik Deutschland ist auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen. Daher werden in Deutschland hohe Geldsummen in die Bildung investiert.

Nach Artikel 7 des Grundgesetzes steht das gesamte Schulwesen unter der Aufsicht des Staates. Auf Grund des föderativen Aufbaus der BRD sind die Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern aufgeteilt. Für die Gesetzgebung und Verwaltung im Bildungswesen liegt der überwiegende Teil der Kompetenzen bei den Ländern. Dies gilt besonders für das Schulwesen, den Hochschulbereich und den Bereich der Erwachsenen Bildung und Weiterbildung.

Kindergarten und Grundschule

Etwa 80% aller Kinder zwischen drei und sechs Jahren besuchen einen Kindergarten. Kindergärten werden von der örtlichen Gemeinde, der Kirche, aber auch von Privatpersonen unterhalten. Der Besuch eines Kindergartens ist freiwillig. Seit 1992 gibt es ein Gesetz, wonach jedem Kind von drei Jahren bis zum Schuleintritt ab 1996 ein Platz im Kindergarten garantiert werden. Dies entspricht aber noch nicht ganz der Wirklichkeit. Für den Besuch des Kindergartens werden Elternbeiträge erhoben, deren Höhe nach dem Einkommen der Eltern gestaffelt ist. 1998 besuchten rund 78% aller Kinder zwischen drei und sieben Jahren einen Kindergarten oder Kinderkrippe.

Im letzten Jahr des Kindergartenbesuches werden die Kinder in einer Art Vorschule auf den Schulbesuch in der Grundschule vorbereitet. In der BRD besteht die allgemeine Schulpflicht, d.h., ab dem sechsten Lebensjahr müssen die Kinder die Grundschule besuchen. Um die Eignung festzustellen, werden ein Gesundheitstest und ein Schuleignungstest durchgeführt. Bestehen Bedenken gegen die Einschulung, so wird das Kind erst ein Jahr später eingeschult.

Die Grundschule umfasst im Allgemeinen vier Jahre, in Berlin und Brandenburg sechs Jahre. Dort werden die Kinder in den Fächern Deutsch, Mathematik, Sachkunde, Religion, Sport, Kunst und Musik unterrichtet.

Der Stundenplan der Kinder enthält 26-28 Wochenstunden. Eine Schulstunde dauert 45 Minuten. Die Schule beginnt frühmorgens um 7.30 oder 8.00 Uhr und dauert bis 12.30 oder 13.00 Uhr. Den Nachmittag haben die Schüler frei. In dieser Zeit müssen sie die aufgegebenen Hausaufgaben erledigen und sich auf die Klassenarbeiten vorbereiten, die ab der zweiten Klasse regelmäßig stattfinden. Einige Grundschulen haben am Nachmittag das zusätzliche Angebot für sportliche oder musikalische Aktivitäten.

Die Ergebnisse von Klassenarbeiten und die mündliche Mitarbeit entscheiden über die Noten in den einzelnen Fächern. Schüler ab der Klasse 2 erhalten zweimal im Jahr Zeugnisse: ein Halbjahrzeugnis und ein Jahresabschlusszeugnis.

In der BRD gibt es die Noten 1-6: 1=sehr gut, 2=gut, 3=befriedigend, 4=ausreichend, 5=mangelhaft, 6=ungenügend.

Nach der Grundschule können sich die Kinder –oder besser die Eltern zusammen mit den Lehrern –für eine von weiterführende Schulen entscheiden: die Hauptschule, die Realschule, das Gymnasium bzw. die Gesamtschule.

Etwa ein Fünftel aller Grundschüler besucht die Hauptschule. Von den verbleibenden Schülern entscheiden sich die meisten für Realschule und Gymnasium. Ein bisher nur kleiner Teil der Schüler besucht die Gesamtschule und bestimmte freie Schulen, wie z.B. Walddorfschulen.

In Deutschland gibt es Sekundarbereich 1 und 2.

Sekundarbereich 1 enthält die Sonderschule, die Hauptschule, die Realschule, die Gesamtschule und das Gymnasium.

Sekundarbereich 2 enthält die Berufsschule, die Fachoberschule, die Berufsoberschule und die gymnasiale Oberstufe.

Die Hauptschule Rund ein Fünftel der Kinder besucht im Anschluß an die Grundschule die Hauptschule. Sie dauert 5 bis 6 Jahre (je nach Bundesland). Die Hauptschule vermittelt ihren Schülern eine grundlegende allgemeine Bildung. Jeder Hauptschüler erhält Unterricht vor allem in Deutsch, Mathematik, Naturwissenschaften, Gesellschaftswissenschaften, einer Fremdsprache (meist Englisch) und in Arbeitslehre, um ihm den Weg in die Berufsausbildung zu erleichtern. Die Jugendlichen verlassen die Hauptschule mit ca. 15 Jahren und beginnen in der Regel eine Berufsausbildung, gleichzeitig müssen sie bis zum 18. Lebensjahr die Berufsschule besuchen. Sie haben ausserdem die Möglichkeit, ihre Schulausbildung an Realschule oder Gymnasium fortzusetzen, was auch einige tun, denn Schüler mit Hauptschuleabschluß haben nur noch wenige Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Die Sonderschule. Körperlich oder geistig behinderte Kinder werden in Sonderschulen aufgenommen, die auf ihre Schwächen abgestimmt sind, und die vorhandenen Fähigkeiten maximal zu fördern versuchen. Es gibt Schulen für die verschiedenen Behinderungsarten. Anderer Seits findet man in Deutschland Schulen mit ganz anderen pädagogischen Methoden und Strukturen als in herkömmlichen Schulen angewandten (Walddorfschulen, Montessorischulen).

Die Realschule. Die Realschule steht zwischen Hauptschule und Gymnasium und vermittelt ihren Schülern eine erweiterte allgemeine Bildung. Sie umfasst in der Regel sechs Jahre von der fünften bis zur zehnten Klasse und führt zu einem Mittleren Schulabschluss, der zum Eintritt in weiterführende schulische Bildungsgänge berechtigt, zum Beispiel spezielle Berufsfachschulen oder in die Fachoberschule.

Rund 40% aller Schulabgänger haben 1999 den Mittleren Schulabschluss erreicht.

Das Gymnasium Ein großer Teil der Grundschüler besucht nach dem 4. Schuljahr ein Gymnasium. Das in der Regel neunjährige Gymnasium vermittelt seinen

Schülern eine vertiefte allgemeine Bildung. Zunächst besuchen die Schüler das Gymnasium bis zur 10. Klasse. Danach entscheiden sie, ob sie bis zum Abitur drei weitere Jahre absolvieren oder mit der so genannten „mittleren Reife“ oder dem „mittleren Schulabschluss“ abgehen und z.B. eine mittlere Berufsaufbahn in Wirtschaft oder Verwaltung anstreben. Im Gymnasium müssen zwei Pflichtfremdsprachen erlernt werden. Die erste Fremdsprache ist meistens Englisch. Im 7. Schuljahr kommt entweder Latein oder Französisch als zweite Fremdsprache hinzu. Ab dem 9. Schuljahr können die Schüler wahlweise auch eine dritte Fremdsprache erlernen.

Die gymnasiale Oberstufe umfasst die Jahrgangsstufen 11-13; hier ersetzt ein Kurssystem die Klassenverbände. Innerhalb bestimmter Verpflichtungen für einzelne Fächer bzw. Fächergruppen hat der Schüler in der Oberstufe umfangreiche Möglichkeiten der individuellen Schwerpunktbildung auf Grund eines erweiterten Fächerangebots. Die Schulfächer sind jeweils einem Aufgabenfeld zugeordnet; es gibt das sprachlich-literarisch-künstlerische, das gesellschaftswissenschaftliche und das mathematisch-naturwissenschaftlich-technische Aufgabenfeld. Jedes der drei Aufgabenfelder muss durchgänglich bis zum Abschluss der Oberstufe einschliesslich der Abiturprüfung in der Schulaufbahn des Schülers vertreten sein. Der Pflichtbereich umfasst ausser den drei Aufgabenfeldern Religionslehre und Sport. Den Abschluss der gymnasialen Oberstufe bildet die Abiturprüfung, die in vier Fächern stattfindet. Mit der schriftlichen und mündlichen Abiturprüfung wird das „Zeugnis der Allgemeinen Hochschulreife“ in der Regel nach 13 Schuljahren erworben. Es berechtigt zum Studium aller Fachrichtungen an den Hochschulen.

Da es viel mehr Abiturienten gibt als Studienplätze, wurde eine Aufnahmebeschränkung „Numerus clausus“ für viele Fächer eingeführt. Die Studenten müssen einen bestimmten Notendurchschnitt im Abiturzeugnis erreichen, um zum Studium für das betreffende Fach zugelassen zu werden.

Die Gesamtschule Die meisten Bundesländer haben dieses Schulsystem eingeführt. Es umfasst meist die drei bisher voneinander getrennten Schulformen (Hauptschule, Realschule, Gymnasium). In dieser Schulart werden die Kinder in der Regel von der fünften bis zur zehnten Klasse unterrichtet. Einige Gesamtschulen haben eine eigene Oberstufe, die wie die gymnasiale Oberstufe gestaltet ist. Die drei Schulformen bilden in der Gesamtschule integrierter Form eine pädagogische und organisatorische Einheit. An der integrierten Gesamtschule wird der Unterricht in einem Teil der Fächer (Mathematik, erste Fremdsprache, Deutsch, Chemie/Physik) ab Klasse 7 nach Fächern unterschiedlich auf mindestens zwei Anspruchsebenen in Kursen erteilt. Das Niveau der Kurse richtet sich nach dem Abschluss, der am Ende der 9. oder 10. Klasse erlangt wird.

In einzelnen Ländern gibt es weitere Schularten mit mehreren Bildungsgängen. Zu diesen Schularten gehören die „Regelschule“ (Thüringen), die „Mittelschule“ (Sachsen), die „Sekundarschule“ (Sachsen-Anhalt), die „integrierte Haupt- und Realschule“ (Hamburg), die „Regionale Schule“ (Rheinland-Pfalz) sowie im Saarland die „Erweiterte Realschule“.

Der zweite Bildungsweg bietet die Möglichkeit, schulische Abschlüsse nachzuholen. So bieten z.B die Abendgymnasien und Realschulen befähigten Erwachsenen die Möglichkeit, sich neben ihrer Berufstätigkeit auf den Mittleren Schulabschluss bzw. Die Abiturprüfung vorz bereiten.

Berufliche Bildung In der BRD erlernen nach Beendigung der Schule einen staatlich anerkannten Ausbildungsberuf im dualen System. Diese Jugendlichen bezeichnet man als Auszubildende (früher Lehrling), in der Kurzform spricht man auch von „Azubi“.

Duales System der Ausbildung.

Die Ausbildungsberufe im dualen System werden nach dem Bedarf der Arbeitswelt in enger Zusammenarbeit von Bund, Ländern und den Sozialpartnern festgelegt. Je nach Beruf dauert die Ausbildung zwischen zwei und dreieinhalb Jahre.

Das duale System unterscheidet sich von der schulischen Ausbildung durch zwei charakteristische Merkmale:

-Lernen findet zu größten Teil nicht in der Schule, sondern in den Produktionsstätten oder Dienstleistungsbetrieben der Wirtschaft, in einem Betrieb einer Praxis der freien Berufe statt. Der Auszubildende wird zeitweise für den Besuch einer Berufsschule freigestellt, ist also auch gleichzeitig Berufsschüler

-Die Ausbildung ist auf zwei Ausbildungsträger verteilt: Betrieb und Berufsschule. Für die Ausbildung im Betrieb gilt Bundesrecht: der schulische Bereich ist Ländersache.

Am stärksten gesucht sind Ausbildungsplätze in kaufmännischen Berufen. Angeboten werden aber derzeit mehr Ausbildungsplätze in gewerblich-technischen Berufen. Die zehn am meisten gefragten Ausbildungsberufe sind: Kfz-Mechaniker, Elektroinstallateur, Berufe im Baugewerbe, Tischler, Maler und Lackierer, Gas-und Wasserinstallateur, Kaufmann im Gross-und Aussenhandel Kaufmann im Einzelhandel, Verkäufer, Bankkaufmann

Alle schulentlassenen Jugendlichen in der BRD sollen eine möglichst qualifizierte Berufsausbildung erhalten. Der Zugang zur beruflichen Bildung ist für alle offen. Das duale System hat sich für die Qualifizierung des Fachkräftenachwuchses bewährt und wird weiterentwickelt. Dazu gehören besonders die Entwicklung neuer Ausbildungsberufe in neuen Beschäftigungsfeldern und die Modernisierung der Ausbildungsordnungen für bereits bestehende Berufe. Ein Problem stellt die Jugendarbeitslosigkeit dar: viele Jugendliche finden nach ihrer abgeschlossenen Berufsausbildung keinen Arbeitsplatz. Spezielle Förderprogramme sollen die Situation verbessern helfen.

Die Hochschulen In Deutschland gibt es rund 350 Hochschulen, darunter mehr als 90 Universitäten und 180 Fachhochschulen. Die Hochschulen nehmen ein weit gefächertes Aufgabenspektrum in Forschung, Lehre und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses wahr.

Der Ausbau und Neubau der Hochschulen liegt nach der Verfassung in der gemeinsamen Verantwortung von Bund und Ländern. Hierdurch soll erreicht werden, dass die Hochschulen nach Aufgabestellung, Fachrichtung, Zahl, Grösse und Standort ein zusammenhängendes System bilden, durch das ein ausreichendes

und ausgeglichenes Angebot an Ausbildungs- und Forschungsplätzen gewährleistet ist. Nach dem die Phase der Erweiterung der Studienplatz- und Forschungskapazitäten in den westdeutschen Ländern heute weitgehend abgeschlossen ist, liegt der Schwerpunkt der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau heute auf der Modernisierung sowie der Erhaltung und Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Hochschulen. Hochschulreform 1998 wurde mit der vierten Novelle des Hochschulrahmengesetzes eine grundlegende Reform des Hochschulwesens eingeleitet. Wesentliche Bestandteile dieser Reform bilden unter anderen die Einführung einer leistungsorientierten Hochschulfinanzierung, einer Beurteilung von Forschung und Lehre, eines Leistungspunktsystems zur Sammlung und zum Transfer von Studien- und Prüfungsleistungen sowie die Verstärkung der Studienberatungspflicht der Hochschulen.

Die Hochschulen sind Einrichtungen der Länder. Die Hochschule hat das Recht zur Selbstverwaltung. Geleitet wird die Hochschule in der Regel von einem hauptamtlichen Rektor oder Präsidenten, der auf mehrere Jahre gewählt wird.

In der Selbstverwaltung gilt das Prinzip einer abgestuften Mitwirkung aller Hochschulmitglieder nach dem Modell der „Gruppenuniversität“.

Die immer noch grösste Säule des Hochschulwesens sind die Universitäten und ihnen gleichgestellte Hochschulen. Das Studium an diesen Hochschulen wird mit einer Diplom-, Magister- oder Staatsprüfung abgeschlossen; seit 1998 werden verstärkt auch Bachelor- und Masterabschlüsse angeboten.

Die Fachhochschulen als zweite Säule des deutschen Hochschulsystems vermitteln vor allem in den Bereichen Ingenieurwesen, Informatik, Wirtschaft, Sozialwesen, Design und Gesundheit eine praxisbezogene Ausbildung, die mit einer Diplomprüfung abschliesst; seit 1998 können auch Bachelor- und Masterstudiengänge eingerichtet werden.

Für fast alle Studiengänge gibt es Bundeseinheitliche Rahmenordnungen, auf deren Grundlage die örtlichen Studien- und Prüfungsordnungen erarbeitet und erlassen werden. Die Diplom- und Magisterstudiengänge verlangen in der Regel Zwischenprüfung. Die Studierende können bei vielen Studienfächern selbst entscheiden, welche Schwerpunkte und Lehrveranstaltungen sie wählen. Die Studierenden zahlen an den staatlichen Hochschulen grundsätzlich keine Studiengebühren.

Studierende haben Rechtsanspruch auf staatliche Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz „Bafög“, wenn ihnen die für den Lebensunterhalt und die Ausbildung notwendigen Mittel anderweitig, d.h. vorrangig aus dem Einkommen der Eltern, nicht zur Verfügung stehen.

Der gewaltige Andrang zu den Hochschulen hat trotz aller Ausbaumassnahmen dazu geführt, dass für einen Teil der Fächer bundesweite Zulassungsbeschränkungen (Numerus Clausus) eingeführt werden mussten, da die Studienkapazität nicht ausreicht. In der Regel entscheiden die Durchschnittsnoten des Abiturzeugnisses und die Wartezeit über die Zulassung.

Heute noch verbringt ein Student an der Universität bis zum berufsqualifizierenden Abschluss durchschnittlich rund 12 Semester, also sechs Jahre, an der Fachhochschule knapp 10 Semester. Das ist im internationalen Vergleich zu lang. Zudem werden die Studienanfänger immer älter. Manche haben zum Beispiel vor dem Studium eine mehrjährige Lehre oder Wehr- bzw. Zivildienst absolviert.

Der Deutsche Akademische Austauschdienst(DAAD).

Der 1925 gegründete DAAD als eine gemeinsame Einrichtung der deutschen Hochschulen hat die Aufgabe, die Hochschulbeziehungen mit dem Ausland vor allem durch den Austausch von Studierenden, Graduirten und Wissenschaftlern zu fördern. Seine Programme sind offen für alle Länder und alle Fachrichtungen und kommen Ausländern wie Deutschen zugute. 1999 wurden weltweit über 60 000 Personen gefördert. Zum Jahresende 1999 gehörten dem DAAD insgesamt 233 Hochschulen und 128 Studentenschaften an.

Die Aufgaben:

Vergabe von Stipendien an ausländische und deutsche Studierende, Praktikanten, jüngere Wissenschaftlern und Hochschullehrer zur Förderung sowohl der Aus- und Fortbildung im Hochschulbereich als auch von Forschungsarbeiten.

-Vermittlung und Förderung deutscher wissenschaftlicher Lehrkräfte aller Fachrichtungen zu Lang- und Kurzzeitdozenturen an ausländischen Hochschulen.

-Internationales Hochschulmarketing

-Betreuung der ehemaligen Stipendiaten, vor allem im Ausland, durch Wiedereinladung, durch Nachkontakt-Veranstaltungen und Publikationen, z.B. den „DAAD Letter-Hochschule und Ausland“

Das Goethe-Institut.

Das Goethe-Institut unterhält 128 Kulturinstitute in 76 Ländern sowie im palästinischen Autonomiegebiet und 15 Zweigstellen im Inland (Stand: Juni 2000). Seine Hauptaufgaben sind die Pflege der deutschen Sprache im Ausland und die Förderung der internationalen kulturellen Zusammenarbeit.

Die Erwachsenenbildung Weiterbildung im Sinne lebenslangen Lernens gewinnt immer grössere Bedeutung. Diese Entwicklung gilt sowohl für die Allgemeine als auch für die berufliche Weiterbildung. Die Teilnahme an Lehrgängen, Kursen und Seminaren ist in Deutschland in den letzten Jahren gestiegen und erreichte 1997 den höchsten Stand seit Beginn der Erhebungen im Rahmen des „Berichtssystems Weiterbildung“ (BSW). Fast jeder zweite Erwachsene hat in diesem Jahr Angebote zur Weiterbildung genutzt.

In der BRD gibt es riesige Menge verschiedener Weiterbildungsträger und -organisationen.

Die Volkshochschulen sind Tages-Bildungsstätten. Sie konzentrieren sich auf die Weiterbildung und bieten ein umfassendes Grundangebot für die allgemeine und die berufsbezogene Weiterbildung aller interessierten Bürgerinnen und Bürger an.

Die Betriebe sind die wichtigsten Träger der beruflichen Weiterbildung.

Die privaten Institute bzw. kommerziellen Weiterbildungseinrichtungen sind besonders aktiv in den Bereichen berufliche Umschulung, Erwerb bzw.

Erweiterung beruflicher Qualifikationen, EDV-Schulung, Erlernen von Fremdsprachen und Nachholen von Bildungsabschlüssen.

Die Hochschulen, Akademien und wissenschaftlichen Gesellschaften bemühen sich um die wissenschaftliche und fachspezifische Weiterbildung.

Die Kammern sowie die Verbände und Bildungswerke der Wirtschaft bieten die Möglichkeiten der beruflichen Anpassungs- und Aufstiegsfortbildung an und nehmen Prüfungen für anerkannte Abschlüsse ab.

Die Gewerkschaften konzentrieren sich auf die Befähigung zu aktiver politischer Mitwirkung und die betriebliche Interessenvertretung der Arbeitnehmer. Sie tragen eine breitere politische und berufliche Weiterbildungsarbeit mit.

Von 215 privaten Fernlehrinstituten wurden Mitte 1999 in rund 1600 Fernlehrgänger zeit- und ortsunabhängige Weiterbildungsmöglichkeiten sowohl im allgemeinen wie im beruflichen Bereich angeboten.

Die Bundeszentrale und die Landeszentralen für politische Bildung sowie die parteinahen Stiftungen: Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU), Friedrich-Erbert-Stiftung (SDP), Friedrich-Naumann-Stiftung (FDP), Hanns-Seidel-Stiftung (CSU), Heinrich-Böll-Stiftung (Bündnis 90/Die Grünen) und Rosa-Luxemburg-Stiftung (PDS) bieten vielseitige Weiterbildungsveranstaltungen besonders zu aktuellen politischen Fragen und Grundproblemen des demokratischen Gemeinwesens an.

Bibliotheken, Museen, soziokulturellen Zentren, selbst organisierte Gruppen, Bürgerinitiativen, Buchhandlungen und weitere Einrichtungen versuchen außerhalb etablierter Weiterbildungsorganisationen spezifische Lernbedürfnisse zu befriedigen.

Von besonderer Bedeutung für die Erwachsenenbildung sind weiterhin :

Das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung e.V. ist eine Einrichtung der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz. Dienstleistung, Entwicklungsforschung, Vernetzung und internationale Aktivitäten sind die Eckpfeiler der Institutsarbeit. Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) betreibt Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der beruflichen Aus- und Weiterbildung und nimmt Dienstleistungs- und Beratungsfunktionen gegenüber der Bundesregierung und der Berufsbildungspraxis wahr.

Fragen:

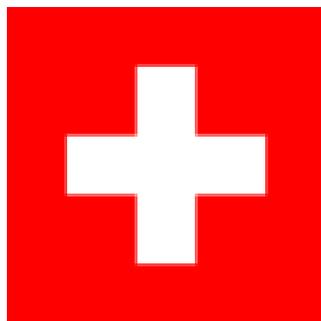
1. Wie ermöglicht man in Deutschland eine Ausbildung?
2. Wie lange besuchen die Kinder den Kindergarten?
3. Umfassen die Grundschulen gleiche Dauer in allen Bundesländern?
4. Wie stellt man die Eignung der Kinder fest?
5. Was ist duales System? Welche charakteristische Merkmale hat das duale System?

Aufgaben:

1. Vergleichen Sie die Einschulung in Deutschland und in ihrer Heimat.
2. Beschreiben Sie die Noten in Deutschland und vergleichen Sie sie in den DACH-Ländern.
3. Charakterisieren Sie Sekundarbereich I und II.

4. Sprechen Sie über den Unterschied der schulischen Ausbildung und dem dualen System.

Vorlesung VII Die Schweiz



Landesfläche	41 293 qv.km
Einwohner	7,3 Mlo.
Hauptstadt	Bern
Sprachen	Deutsch, Französisch, Italeinisch, Rätoromanisch
Währung	Schweizer Franken
Gliederung	26 Kantone
Staatsform	Parlamentarische Bundesrepublik
Regierung	Bundesstadt aus 7 gleichberechtigten Mitgliedern

7.1. Geographischer Überblick.

Plan:

1. Nachbarstaaten von der Schweiz.
2. Landschaften der Schweiz.
3. Die Quellen Europas.
4. Die Städte der Schweiz .

Stichwörter:

große Vielfalt, der Jura, die zentrale europäische Verbindung, aufeinander treffen, regionale und geographische Unterschiede, das Wasserschloss, die Bergsteiger.

Die Schweiz liegt zwar geografisch nicht genau mitten in Europa, spielt jedoch mindestens in verkehrstechnischer Hinsicht eine zentrale Rolle: durch die Alpen führt die zentrale europäische Verbindung von Norden nach Süden.

Ausserdem grenzt die Schweiz im Norden an Deutschland, im Osten an Österreich und das Fürstentum Liechtenstein, im Westen an Frankreich und im Süden an Italien. Auf diese Weise treffen in der Schweiz drei große europäische Kulturen aufeinander, nämlich die deutsche, die französische und die italienische.

Die Schweiz weist in geografischer Hinsicht eine große Vielfalt auf. Der Jura, das Mittelland und die Alpen bilden die drei geografischen Hauptregionen des Landes. Im Durchschnitt ist die kleine Schweiz sehr dicht bevölkert (183 Menschen pro Quadratkilometer), auch wenn es große regionale und geografische Unterschiede gibt.

Auch betreffend Wetter und Klima ist die Schweiz sehr abwechslungsreich: je nach geografischer Lage innerhalb des Landes kann man, je nach Jahreszeit, sowohl sibirische Temperaturen als auch Mittelmeerstimmung erleben.

Die Fläche der Schweiz beträgt 41'285 Quadratkilometer. Der Jura, das Mittelland und die Alpen sind die drei geografischen Hauptregionen des Landes. Die Schweiz ist sehr dicht bevölkert: im Durchschnitt leben auf einem Quadratkilometer 183 Menschen. Je nach Region gibt es jedoch große Unterschiede: so leben z.B. in den Alpen, die flächenmässig einen großen Teil des Landes abdecken, nur gerade 10% der gesamten Bevölkerung.

Es gibt in der Schweiz nichts, was man nicht auch in andern Ländern sehen kann. Finnland hat mehr Seen, die Gletscher in Island sind größer, die Berge in Nepal höher, in Italien sieht man mehr Aprikosenbäume. Aber in der Schweiz liegt das alles nah zusammen. Auf einer Bahnfahrt von 2 bis 3 Stunden sieht man ganz unterschiedliche Landschaften.

Zwei Drittel der Bevölkerung lebt im Mittelland zwischen Genfersee und Bodensee auf 30 Prozent der Landesfläche. Auf 1 km² leben 450 Personen. Nur wenige Regionen in Europa sind dichter besiedelt.

Die dichte Besiedlung und die Konzentration der Wirtschaft auf das Mittelland (30 Prozent der Landesfläche) führt dazu, dass immer mehr Kulturland verloren geht. Seit den 80-er Jahren verschwand jede Sekunde 1m² Boden unter Beton, Stein und Kunststoff. Drei Viertel der Bäche sind verbaut. 90 Prozent der Sumpfgebiete sind trocken gelegt.

Der Jura, ein flacher Gebirgsbogen aus Kalkstein vom Genfersee bis zum Rhein umfasst etwa 12 Prozent der Landesfläche. Auf einer Durchschnittshöhe von 700 Metern über Meer liegen landschaftlich reizvolle Hochebenen, durchbrochen von querliegenden Flusstälern.

Im Jura wurden viele Fossilien und Dinosaurierspuren gefunden. Der Name des Jurazeitalters stammt denn auch aus dieser Gegend: die Felsen des Jura bildeten sich vor etwa 200 Millionen Jahren. Felsen aus der Jurazeit wurden auch in

anderen Ländern gefunden, die Felsen im Schweizer Jura waren jedoch die ersten, die Ende des 18. Jahrhunderts wissenschaftlich erforscht wurden.

Die Durchschnittshöhe der Alpen beträgt 1700 m. Die Alpen bestimmen Klima und Vegetation und sie sind die kontinentale Wasserscheide. Die Alpen tragen viel zur Identität der Schweiz bei, wirtschaftlich konzentriert sich die Schweiz aber auf das Mittelland.

Es gibt keine riesigen Waldgebiete, aber es gibt auch keine Gebiete ohne Wald. Laubwald (Buchen, Eichen) wächst bis etwa 1300 Meter, Nadelwald (Tannen, Föhren, Fichten) bis etwa 1900 Meter.

Kastanienwälder gibt es nur auf der Alpensüdseite. Auch die Wälder sind gut mit Strassen erschlossen und gepflegt. Man darf keine Bäume fällen, ohne neue zu pflanzen.

Die Schweiz wird das Wasserschloss Europas genannt. Sechs Prozent der Süßwasservorräte von ganz Europa lagern hier, der Rhein entspringt hier, die Rhône, der Inn. Das Wasser fließt in die Nordsee, ins Mittelmeer, ins Schwarze Meer. Es gibt über 1500 Seen.

Das Wasser wird über gehalten. 95 Prozent der Haushalte sind an Kläranlagen angeschlossen.

Das Wasser ist der einzige Rohstoff des Landes. Im Jahr 2000 betrug der Anteil der Wasserkraft an der gesamten schweizerischen Elektrizitätsproduktion 58 Prozent. Die mächtige Grande Dixence ist mit 285 Metern der höchste Staudamm der Welt.

Die bekanntesten und höchsten Schweizer Berge liegen in den Alpen. Etwas weniger hoch sind die Berge des Jura, der vor allem durch zahlreiche Dinosaurierfunde berühmt geworden und nach dem die mittlere Periode des Erdmittelalters benannt ist.

Die durchschnittliche Höhe der Schweizer Alpen beträgt 1'700 Meter, die Schneegrenze liegt auf 2'500 Metern. Es gibt 1'800 Gletscher und 48 Berge, die 4'000 Meter oder höher sind.

In einem Land, das von Menschen bewohnt wird, die stolz auf ihre kontrollierbare Ordnung und Sauberkeit sind, bilden die Berge mit ihren Rissen, ihren Abgründen und dem unvorhersehbaren Wetter einen krassen Gegensatz.

Das Verhältnis der Menschen zu den Bergen hat sich über die Jahrhunderte verändert. Im Mittelalter nahm man an, dass sie von bösen Geistern bewohnt würden. Im 18. Jhd. begannen sich Wissenschaftler für die Berge zu interessieren und kurze Zeit später begannen sich - beeinflusst vom Zeitalter der Romantik - auch Künstler und Schriftsteller mit den Bergen zu beschäftigen und vor allem deren Schönheit zu preisen. Im Verlaufe des 19. Jahrhunderts wurden die Berge immer mehr zu einer Herausforderung für einheimische und ausländische Bergsteiger. Heute sind die Berge für den Tourismus eine der wichtigsten Einnahmequellen.

Fragen:

1. Wo liegt die Schweiz?
2. Welche Staatsform hat die Schweiz?

3. Wo liegt das Mittelland?
4. Was ist der Jura?
5. Welche Städte gibt es in der Schweiz?

Aufgaben:

1. Sprechen Sie über die Besonderheiten der Landschaften in der Schweiz.
2. Nennen Sie die größten Städte der Schweiz.

7.2. Kantone Schweiz. Aargau Appenzell-Außerrhoden

Landesfläche	243 km (Rang 23/CH)
Einwohner	53700 (Rang 21/CH)
Hauptstadt	Herisau (15900 Einwohner)
Amtssprache	Deutsch

Appenzell-Innerrhoden

Landesfläche	172 km (Rang 25/CH)
Einwohner	19400 (Rang 26/CH)
Hauptstadt	Appenzell (5630 Einwohner)
Amtssprache	Deutsch
Regierungschef	Carlo Schmid-Sutter (CVP), 1950

Bazell-Landschaft

Landesfläche	518 km (Rang 18/CH)
Einwohner	258500 (Rang 10/CH)
Hauptstadt	Liestal (12850 Einwohner)
Amtssprache	Deutsch

Bazell-Stadt

Landesfläche	37 km (Rang 26/CH)
Einwohner	188406 (Rang 14/CH)
Hauptstadt	Bazel (170000 Einwohner)
Amtssprache	Deutsch

Bern

Landesfläche	5964 km (Rang 2/CH)
Einwohner	944380 (Rang 2/CH)
Hauptstadt	Bern (126440 Einwohner)
Amtssprache	Deutsch, Französisch

Freiburg

Landesfläche	1671 km (Rang 8/CH)
---------------------	---------------------

Einwohner 234200 (Rang 12/CH)
Hauptstadt Freiburg (32400 Einwohner)
Amtssprache Deutsch, Französisch

Genf

Landesfläche 282 km (Rang 21/CH)
Einwohner 401950 (Rang 6/CH)
Hauptstadt Genf (176500 Einwohner)
Amtssprache Französisch

GLarus

Landesfläche 685 km (Rang 17/CH)
Einwohner 38700 (Rang 22/CH)
Hauptstadt Glarus (5900 Einwohner)
Amtssprache Deutsch

Graubünden

Landesfläche 7106 km (Rang 1/CH)
Einwohner 186800 (Rang 15/CH)
Hauptstadt Chur (33850 Einwohner)
Amtssprache Deutsch, Rätoro, Italienisch

Jura

Landesfläche 839 km (Rang 14/CH)
Einwohner 68900 (Rang 20/CH)
Hauptstadt Delsberg/Delemont (11500 Einwohner)
Amtssprache Französisch

Luzern

Landesfläche 1492 km (Rang 9/CH)
Einwohner 344400 (Rang 7/CH)
Hauptstadt Luzern (60000 Einwohner)
Amtssprache Deutsch

Neuenburg

Landesfläche 796 km (Rang 15/CH)
Einwohner 166651 (Rang 16/CH)
Hauptstadt Neuenburg (3200 Einwohner)

Amtssprache

Französisch

Nidwalden

Landesfläche

276 km (Rang 22/CH)

Einwohner

37480 (Rang 23/CH)

Hauptstadt

Stans (6750 Einwohner)

Amtssprache

Deutsch

Obwalden

Landesfläche

492 km (Rang 19/CH)

Einwohner

32200 (Rang 25/CH)

Hauptstadt

Sarnen (9200 Einwohner)

Amtssprache

Deutsch

St. Gallen

Landesfläche

2012 km (Rang 6/CH)

Einwohner

446400 (Rang 5/CH)

Hauptstadt

Sankt Gallen (69800 Einwohner)

Amtssprache

Deutsch

Schaffhausen

Landesfläche

298 km (Rang 20/CH)

Einwohner

73800 (Rang 19/CH)

Hauptstadt

Schaffhausen (33250 Einwohner)

Amtssprache

Deutsch

Schwyz

Landesfläche

907 km (Rang 13/CH)

Einwohner

128200 (Rang 17/CH)

Hauptstadt

Schwyz (14100 Einwohner)

Amtssprache

Deutsch

Solothurn

Landesfläche

791 km (Rang 16/CH)

Einwohner

245400 (Rang 11/CH)

Hauptstadt

Solothurn (15000 Einwohner)

Amtssprache

Deutsch

Tessin

Landesfläche 2912 km (Rang 5/CH)
Einwohner 308198 (Rang 8/CH)
Hauptstadt Bellizona (17500 Einwohner)
Amtssprache Italienisch

Thurgau

Landesfläche 990 km (Rang 12/CH)
Einwohner 227900 (Rang 13/CH)
Hauptstadt Frauenfeld (21000 Einwohner)
Amtssprache Deutsch

Uri

Landesfläche 1077 km (Rang 11/CH)
Einwohner 35560 (Rang 24/CH)
Hauptstadt Altdorf (8700 Einwohner)
Amtssprache Deutsch

Waadt

Landesfläche 3219 km (Rang 4/CH)
Einwohner 614800 (Rang 3/CH)
Hauptstadt Lausanne (125000 Einwohner)
Amtssprache Französisch

Wallis

Landesfläche 5254 km (Rang 3/CH)
Einwohner 276600 (Rang 9/CH)
Hauptstadt Sion (265000 Einwohner)
Amtssprache Deutsch, Französisch

Zug

Landesfläche 240 km (Rang 24/CH)
Einwohner 98100 (Rang 18/CH)
Hauptstadt Zug (22650 Einwohner)
Amtssprache Deutsch

Zürch

Landesfläche	1728 km (Rang 7/CH)
Einwohner	1,197 (Rang 1/CH)
Hauptstadt	Zürich (361000 Einwohner)
Amtssprache	Deutsch

7.3. Städte der Schweiz.

Zürich ist mit 342'850 Einwohnerinnen und Einwohnern die größte Schweizer Stadt. Die zweitgrösste Stadt ist Genf mit 178'500, gefolgt von Basel mit 164'800. In der Hauptstadt Bern leben 122'300 Einwohnerinnen und Einwohner und in Lausanne 116'800. Mit rund einer Million Einwohnern bildet die Stadt Zürich zusammen mit ihren Vororten die größte Agglomeration.

Etwa ein Drittel aller Schweizerinnen und Schweizer leben in den fünf grössten Städten, wobei in letzter Zeit ein Trend zur Abwanderung in die Vororte der Städte festzustellen war.

Die Schweizer Großstädte haben kleinstädtischen Charakter. Es sind Städte ohne imposante Skyline. Alles bleibt überschaubar, kontrollierbar und im Rahmen. Gestaltet und verwaltet, sicher und vertraut. Das Zentrum ist meist durch Jahrhunderte gewachsen. Zürich zum Beispiel ist 2000 Jahre alt. Die Berner Altstadt ist im UNESCO-Verzeichnis der Weltkulturgüter.

Es gibt noch viele Jahrhunderte alte, relativ intakte, kompakte Kleinstädte. Die dominanten Bauten in den Städten (vorwiegend Regierungsgebäude, Banken oder große Hotels) wurden zum größten Teil im 19. Jahrhundert errichtet.

Fragen

1. Wieviel Kantone hat die Schweiz?
2. Welche Besonderheiten gibt es in diesen Kantonen?
3. Warum ist die Schweiz mit ihren 26 Teilstaaten einer der komplexesten?

Aufgaben:

1. Nennen Sie die Hauptregionen der Schweiz und beschreiben Sie sie.
2. Sprechen Sie über die Besonderheiten der Landschaften in der Schweiz.
3. Nennen Sie die bekanntesten Exportartikel.
4. Die Banken der Schweiz sind weltbekannt. Warum? Sie locken an. Womit?

Vorlesung VIII Liechtenstein



Amtssprache	Deutsch
Hauptstadt	Vaduz
Staats- und Regierungsform	konstitutionelle Erbmonarchie
Fürst und Staatsoberhaupt	Hans-Adam II
Amtausübender Stellvertreter	Erbprinz Alois
Regierungschef	Otmar Hasler
Fläche	160 qv.km
Einwohnerzahl	34 600 (2005)

8.1. Geographischer Überblick

Plan:

1. Liechtenstein-im Herzen Europas.
2. Liechtensteins Nachbarstaaten.
3. Das Klima des Landes.
4. Die Bevölkerung des Landes.

Stichwörter:

Binnenstaat, alpinenregionen, die Gebirgslage, die Gesamtfläche, der Grauspitz, überwiegend, alemannischer Dialekt, die Landessprache.

Liechtenstein befindet sich im Herzen Europas umgeben von der Schweiz (Kanton St. Gallen) und Österreich (Vorarlberg). Die gesamte westliche Staatsgrenze zur Schweiz entspricht dem Rheinverlauf. Die östliche Staatsgrenze ist geprägt vom Alpen-Hochgebirge, dem Rätikon. Teilweise grenzt das kleine Land hier an die Schweiz (St. Luzisteig, Kanton Graubünden, Gesamtlänge der Grenze: 41,1 km) und an Österreich (Saminatal, Vorarlberg, Gesamtlänge der Grenze: 34,9 km). Der höchste Punkt Liechtensteins ist der [Grauspitz](#) mit einer Höhe von 2599 m. Der tiefste Punkt ist das Ruggeller Riet mit einer Höhe von 430 m. Das Land misst an seiner längsten Stelle 24,56 km und an seiner breitesten 12,36 km. Liechtenstein ist ein [Binnenstaat](#) zwischen zwei Nachbarbinnenstaaten.

Das Klima des Landes kann trotz der Gebirgslage als mild bezeichnet werden. Es wird stark durch die Einwirkung des Föhns (warmer, trockener Fallwind in den Alpen) geprägt. Er verlängert die Vegetationszeit im Frühling und im Herbst. Die Messungen der jährlichen Niederschlagsmengen ergeben rund 900 bis 1.200 Millimeter. Im Alpengebiet ergeben die Messungen Niederschläge bis zu 1.900 Millimeter. Im Winter sinkt das Thermometer selten unter minus 15 Grad, während im Sommer die mittleren Temperaturen zwischen 20 und 28 Grad schwanken.

Im Gegensatz zu anderen alpinen Regionen ist das Klima in Liechtenstein wegen des [Föhns](#) relativ mild. Im Winter wird in der Gebirgsregion um [Malbun](#) Wintersport betrieben. Weniger als zwei Drittel der Bevölkerung (65,8%) sind gebürtige Liechtensteiner; die ausländische Bevölkerung kommt mit 20,1% überwiegend aus dem deutschen Sprachraum (10,8% Schweizer, 5,9% Österreicher und 3,4% Deutsche), gefolgt von [Italienern](#) (3,3%), Einwohnern des früheren [Jugoslawien](#) (3,3%), [Türken](#) (2,6%) und anderen (4,8%).

In Liechtenstein wird - wie in der Schweiz (St. Galler Rheintal) und im österreichischen [Bundesland](#) Vorarlberg (Vorarlberger Rheintal) - ein [alemannischer Dialekt](#) als Variante des Deutschen gesprochen, wobei sich die [höchstalemannisch](#)-walserische Mundart von Triesenberg (deren Träger um 1300 im Zuge der [Walserwanderung](#) aus dem Kanton Wallis ins Land gekommen waren) bis heute deutlich abhebt von den [hochalemannischen](#) Dialekten der altansässigen Bevölkerung, die im Laufe des Mittelalters hier – wie im ganzen unterrätischen Raum – die alte [rätoromanische Landessprache](#) zugunsten des Alemannischen aufgegeben hatte. Die alemannischen Dialekte der einzelnen Gemeinden unterscheiden sich teilweise stark. Schrift- und Mediensprache ist Hochdeutsch. Liechtenstein ist der einzige Staat mit [Deutsch](#) als alleiniger (anerkannter) Amts- und Landessprache. Im übrigen deutschen Sprachraum sind auch nichtdeutsche Sprachen als Minderheitensprachen anerkannt.

Religionen

Im Juni 2003 gaben 75,7% der Bewohner ihre [Religion](#) mit [römisch-katholisch](#) an; 7,0% waren [evangelisch](#), 4,2% [islamisch](#), 10,9% machten keine Angaben.

Am [2. Dezember 1997](#) wurde das [Erzbistum Vaduz](#) von [Papst Johannes Paul II.](#) errichtet. Die Errichtung des Erzbistums ohne vorhergehende Konsultation oder Information der Regierung hat in Liechtenstein zu kritischen Äusserungen geführt. Engagierte Katholiken gründeten darum Anfang 1998 den Verein für eine offene Kirche.

Die [Katholische Kirche in Liechtenstein](#) war seit langem ein Teil der Katholischen [Kirche](#) in der [Schweiz](#). Erst am [2. Dezember 1997](#) erhielt das [Fürstentum](#) mit Erzbischof [Wolfgang Haas](#), Vaduz ein eigenes [Erzbistum](#). Manche sehen darin die eindeutige Bestrebung der Katholischen Kirche, kirchliche und politische [Grenzen](#) auf einen Nenner zu bringen. Allerdings sieht der Erzbischof die Sache etwas anders. Er plädiert für eine katholische Freikirche in Liechtenstein, so wie es in den USA praktiziert wird.

Vom [Bistum Chur](#) ([Schweiz](#)) abgetrennt, gab es zu Beginn heftige Auseinandersetzungen zwischen Gegnern und Befürwortern des päpstlichen Entscheids, auch das Fürstenhaus fühlte sich übergangen. Nach anfänglichen Verwicklungen, wobei die Person des neuen [Erzbischofs](#) sicherlich auch eine Rolle spielte, war er als [Bischof](#) von Chur bereits umstritten. Trotzdem konnte sich die [Diözese](#) recht bald etablieren.

25.362 von 32.863 Einwohnern (77,2%) des kleinen Fürstentums sind katholisch. Sie leben in 11 [Pfarreien](#), welche sich über 160 km² ausdehnen und werden von 19 Diözesan- und 12 Ordenspriestern seelsorglich betreut. Zugleich besitzt das Bistum 66 Ordensschwestern. Der katholische Feiertag [Maria Himmelfahrt](#) ist Nationalfeiertag.

8.2. Verwaltungsgliederung.

Plan:

1. Verwaltungsgliederung.
2. Die Besonderheiten der Gemeinden.

Stichwörter:

Wahlkreise, der Ausgangspunkt, sich weiten, beliebte Souvenirs, die einzige Gebetsstätte, närrische Fasnachtreiben, das Dorfmuseum.

Liechtenstein gliedert sich in elf Gemeinden, die auf die beiden Wahlkreise [Unterland](#) und [Oberland](#) verteilt sind:

Balzers

Fläche: 19.6 km²

Einwohner: 4511 (31. Dezember 2009)

Bevölkerungsdichte: 230 Einwohner pro km²

Man behauptet, dass der "stürmischste Balzner" der Föhn sei. Er ist für vieles verantwortlich: für das Gedeihen der Reben genauso wie für so manche Feuersbrunst.

Historisch und optisch besticht die Burg Gutenberg, um deren Hügel heute Kirche, Schulen und Gemeindehaus angesiedelt sind.

Balzers ist Ausgangspunkt für zahlreiche Wanderungen, auch ins nahe Graubünden.

Eschen-Nendeln

Fläche: 10.3 km²

Einwohner: 4201 (31. Dezember 2009)

Bevölkerungsdichte: 408 Einwohner pro km²

Am Südhang des Eschnerbergs liegt Eschen und weitet sich bis an den Westabhang der Dreischwesternkette aus, wo der Ortsteil Nendeln liegt.

Nendeln ist Ausgangspunkt für eine kleine Waldwanderung nach Planken. Von Eschen aus führt ein Rundweg zu den prähistorischen Siedlungsplätzen.

Die Keramik Werkstatt Schaedler in Nendeln gehört zu den ältesten Gewerbebetrieben des Landes. Ihre Produkte sind beliebte Souvenirs für Gäste aus aller Welt.

Gamprin-Bendern

Fläche: 6.1 km²

Einwohner: 1583 (31. Dezember 2009)

Bevölkerungsdichte: 260 Einwohner pro km²

Eingebettet in die Hügellandschaft westlich des Eschnerbergs finden sich in Gamprin-Bendern hier und da geschichtsträchtige Orte sowie ruhige Plätze unberührter Natur.

Das "Lotzagüetle" ist eine historische Besonderheit des Weilers Gamprin. Der Fundort belegt eine Besiedelung bis in die jungsteinzeitliche "Pyfner-Zeit", etwa 4000 vor Chr.

Blickfang des Weilers Bendern ist ein kleiner Hügel mit Pfarrhaus. Hier oben schworen am 16. März 1699 die Männer des Liechtensteiner Unterlandes erstmals dem Fürsten von Liechtenstein die Treue. Eine Mariengrotte am Westhang des Kirhhügels ist die einzige Gebetsstätte dieser Art in der Region.

Mauren-Schaanwald

Fläche: 7.5 km²

Einwohner: 3884 (31. Dezember 2009)

Bevölkerungsdichte: 518 Einwohner pro km²

Das Dorf der sieben Hügel, die als Schutt- und Geröllhalden vom letzten Gletscher am Ostfuss des Eschnerbergs gebildet wurden. Dank der privilegierten Lage bietet Mauren einen herrlichen Blick in alle Richtungen.

Von Mauren aus ist man zu Fuss in einer halben Stunde bei der Burgruine Schellenberg.

Die Freizeitanlage Weiherring mit einem Pavillon für verschiedene Anlässe, einer Halfpipe- und Beach-Volleyballanlage ist zum beliebten Treffpunkt für Jung und Alt geworden.

Auch für Naturfreunde gibt es mit dem Naturschutzgebiet und dem Vogelparadies Birka im Maurer Riet eine besondere Naturoase.

Sehenswert ist auch die neu renovierte Pfarrkirche mit den unter der Kirche befindlichen Ausgrabungen. Sie belegen, dass hier schon vor vielen hundert Jahren Menschen das Dorf bewohnten.

Planken

Fläche: 5.3 km²

Einwohner: 422 (31. Dezember 2009)

Bevölkerungsdichte: 79.6 Einwohner pro km²

Planken ist mit rund 360 Einwohnern die kleinste Gemeinde in Liechtenstein. Sie liegt an traumhafter Lage auf einer sonnigen Gebirgsterrasse hoch über dem Rheintal und am Fusse des Dreischwestern-Gebirgsmassivs.

Jedem Besucher bietet sich ein imposanter Blick auf die ganze Rheinebene sowie in die Schweizer Bergwelt, vom Pizol bis zum naheliegenden Bodensee.

Planken ist, wie übrigens auch Triesenberg, eine Walsergemeinde. Die Nachkommen der im 13. Jahrhundert eingewanderten Walliser Bergbauern erarbeiteten sich während Jahrhunderten ihr tägliches Brot im Existenzkampf mit der Natur.

Planken ist Ausgangspunkt für zahlreiche Spaziergänge und Wanderungen, die durch schöne Wälder bis hoch hinauf zum Dreischwestern-Massiv führen.

Ruggell

Fläche: 7.38 km²

Einwohner: 1966 (31. Dezember 2009)

Bevölkerungsdichte: 266 Einwohner pro km²

Im Norden des Ortes breitet sich eine Fläche von rund 90 Hektaren aus, die zum Naturschutzgebiet erhoben wurde. Im so genannten Ruggeller Riet erleben Sie eine unglaubliche Pflanzenvielfalt.

Gefährdete Tierarten wie der sehr selten gewordene Tagfalter oder der Grosse Brachvogel finden dort ideale Plätze zum Überleben. Ein Naturereignis ist die Zeit der Lilienblüte anfangs Juni.

Auch der kürzlich renaturierte Auslauf des Binnenkanals in den Alpenrhein zieht viele Naturfreunde an.

Schaan

Fläche: 26.8 km²

Einwohner: 5788 (31. Dezember 2009)

Bevölkerungsdichte: 216 Einwohner pro km²

Die einwohnermässig grösste Gemeinde des Landes bildet die "Grenze" zwischen Ober- und Unterland. Schaan wird von der Pfarrkirche St. Laurentius dominiert, die von weitem sichtbar ist.

Kunst und Kultur haben in Schaan einen hohen Stellenwert. Als Standort des Theaters am Kirchplatz (TaK) wurde Schaan weit über die Grenzen hinaus bekannt. Das Dorfmuseum (DoMuS) bietet einen interessanten Einblick in die Geschichte der Gemeinde und zeigt in Wechsellausstellungen Werke einheimischer Künstlerinnen und Künstler.

Als Hochburg närrischen Fasnachtstreibens (Monsterkonzert, Umzug, Strassenfasnacht) hat sich Schaan einen Namen gemacht und zieht zur närrischen Zeit alljährlich Einheimische und Gäste magisch an.

Schellenberg

Fläche: 3.5 km²

Einwohner: 1018 (31. Dezember 2009)

Bevölkerungsdichte: 291 Einwohner pro km²

Mit dem Namen der etwas höher gelegenen Gemeinde Schellenberg ist der Beginn der Geschichte des heutigen Fürstentums verknüpft: Im Jahre 1699 kaufte Fürst Johann Adam Andreas von Liechtenstein die Herrschaft Schellenberg, die aber das ganze heutige liechtensteinische Unterland umfasste. 13 Jahre später kaufte der Fürst dazu die Grafschaft Vaduz, das heutige Oberland.

1719 wurden Vaduz und Schellenberg schliesslich zusammen zum Reichsfürstentum Liechtenstein erhoben.

Die Gemeinde Schellenberg ist mit 355 Hektaren die flächenmässig kleinste Gemeinde im Fürstentum Liechtenstein. Sie zählt rund 950 Einwohner und liegt etwa 700 m ü.M. Schellenberg ist ein landschaftlich sehr reizvolles, durch Wälder reich gegliedertes Hügelgebiet mit schönen Ausblicken auf die umliegenden liechtensteinischen, österreichischen und schweizerischen Alpenketten. Drei gut geführte Gasthäuser bieten dem Wanderer eine reiche Palette an kulinarischen Köstlichkeiten.

Triesen

Fläche: 26.4 km²

Einwohner: 4806 (31. Dezember 2009)[1]

Bevölkerungsdichte: 182 Einwohner pro km²

Triesen, die drittgrösste Gemeinde des Landes, ist das südliche Nachbardorf von Vaduz und liegt zwischen dem Rhein und der liechtensteinischen Bergwelt in einer wundervollen Landschaft.

Der romantische Dorfkern mit alten Häusern, flankiert von Rebbergen und zwei stilvollen Kapellen, kündigt von der jahrhundertlangen Geschichte des Ortes. Vom Aufbruch in die Moderne hingegen zeugt die denkmalgeschützte Anlage einer im Jahre 1863 erbauten Weberei. Zusammen prägen sie das Nebeneinander von Alt und Neu. Das Triesner Oberdorf zählt zu den schönsten alten Dorfbildern Liechtensteins.

Auf einer ausgiebigen Rundwanderung erschliesst sich dem Neugierigen ein Dorf in idyllischer Landschaft und mit weitreichenden Ausblicken.

Triesenberg

Fläche: 29.8 km²
Einwohner: 2511 (31. Dezember 2009)
Bevölkerungsdichte: 84.3 Einwohner pro km²

Es waren einwandernde Walser, die 1280 diese Siedlung gegründet haben. Die Geschichte der Walser ist im Heimatmuseum Triesenberg dokumentiert. Die Einheimischen haben sich die Eigenart des Walserdialekts bis heute bewahrt.

Die Wintersportorte Steg und Malbun gehören zur Gemeinde Triesenberg. Das Feriengebiet entwickelt sich auch immer mehr zur Sommerdestination für Familien und ist beliebter Ausgangspunkt für Wanderungen im Berggebiet.

In Triesenberg genießt man den weiten Blick ins Rheintal und zu den Ostschweizer Alpen.

Vaduz

Fläche: 17.3 km²
Einwohner: 5204 (31. Dezember 2009)
Bevölkerungsdichte: 301 Einwohner pro km²

Mit Sitz des Fürstenhauses, der Regierung und des Parlaments ist Vaduz der Hauptort Liechtensteins, der sich immer mehr zum Zentrum der Region entwickelt. Der lebhafte Hauptort mit der Kultur- und Flaniermeile lädt zum Verweilen ein und bietet eine Vielzahl kultureller Attraktionen.

Das Kunstmuseum Liechtenstein, das Landesmuseum, attraktive Geschäfte, Kino, Galerien und die vielen kulinarischen Ecken in der Fussgängerzone von Vaduz bündeln Charme und Attraktivität eines Aufenthalts im Hauptort Liechtensteins. Tennishalle und Squashcenter, Minigolfanlage und ein modernes Fussballstadion bieten unseren Gästen eine willkommene Abwechslung.

8.3. Geschichte von Liechtenstein.

Plan:

1. Das Fürstentum – aus dem Erwerb der Herrschaft Schellenberg.
2. Liechtenstein – als souveräner Staat.
3. Liechtenstein – Mitglied des EWRs.

Stichwörter:

Die Herrschaft Schellenberg, die Grafschaft Vaduz, die Burg Liechtenstein, der Rheinbund, Erbprinz Alois von Liechtenstein.

Das Fürstentum ist hervorgegangen aus dem Erwerb der Herrschaft [Schellenberg \(1699\)](#) und der Grafschaft [Vaduz \(1712\)](#) durch die Fürsten von Liechtenstein. Die Familie Liechtenstein lässt sich bis in das 12. Jahrhundert nachweisen, sie war in Niederösterreich ansässig; ihr Name leitet sich von der [Burg Liechtenstein](#) bei [Mödling](#) vor Wien ab. Erst 1938 wurde Schloss Vaduz ständige Residenz. [Kaiser Karl VI.](#) Des [Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation](#) erhob die Grafschaften [1719](#) zum reichsunmittelbaren Fürstentum im Besitz und mit Namen der [Fürsten](#) von Liechtenstein.

Nach dem Ende des mittelalterlichen deutschen Reiches [1806](#) wurde das Fürstentum Liechtenstein als souveräner Staat in den [Rheinbund](#) aufgenommen und war ab [1815](#) Mitglied im Deutschen Bund. Nach dessen Auflösung [1866](#) blieb

es ein unabhängiger, neutraler Staat. Bis zum [1. Weltkrieg](#) war Liechtenstein über ein Zweckbündnis stark mit dem Kaiserreich [Österreich-Ungarn](#) verbunden. Nach dessen Auflösung und Aufteilung in mehrere Einzelstaaten verbündete sich Liechtenstein mit der [Schweiz](#), übernahm den [Schweizer Franken](#) als Währung und ging eine [Zollunion](#) ein. Mit der Verfassung aus dem Jahr 1921 wurde das Fürstentum Liechtenstein eine konstitutionelle Monarchie mit demokratisch-parlamentarischer Regierungsform. Vom zweiten Weltkrieg blieb es – wie die Schweiz – wegen seiner politischen [Neutralität](#) verschont. Liechtenstein erlebte danach – begünstigt durch den Zollvertrag mit der Schweiz, niedrige [Steuern](#) und die Neutralitätspolitik – einen wirtschaftlichen Aufschwung. Erst [1984](#) wurde das [Frauenwahlrecht](#) eingeführt. [1990](#) trat der kleine Staat als Vollmitglied der [UNO](#) bei.

Seit dem [1. Mai](#) 1995 ist Liechtenstein Mitglied des [Europäischen Wirtschaftsraums](#) (EWR). Diese Mitgliedschaft wird als wesentlich für die Entwicklung des liechtensteinischen Finanzplatzes gesehen.

[2003](#) trat nach heftigen Kontroversen eine vom Volk bestätigte neue [Verfassung](#) in Kraft, welche die Volksrechte, aber auch die fürstlichen Rechte stark ausbaute.

Am [15. August 2004](#) hat Fürst Hans-Adam II. Seinen Sohn und [Erbprinz Alois von Liechtenstein](#) zu seinem Stellvertreter ernannt und ihn mit der Ausübung der dem Fürsten zustehenden [Hoheitsrechte](#) betraut. Der Fürstentitel wird allerdings erst nach dem Tod Hans-Adams auf seinen Sohn übergehen.

Fragen:

1. Wie ist die Verwaltungsgliederung in Liechtenstein?
2. Welche Besonderheiten haben diese Gemeinden?
3. Wodurch unterscheiden sich die Verwaltungsgliederung in Liechtenstein?

Aufgaben:

1. Zeigen Sie an der Karte die Gemeinden in Liechtenstein.
2. Vergleichen Sie die Größe der Gemeinden mit Wilojaten in Usbekistan.

8.4. Staatlicher Aufbau.

Plan:

1. Die Flagge und das Staatswappen Liechtensteins.
2. Geographie und das Klima des Landes.
3. Geschichte-Liechtenstein.
4. Politik des Landes.
5. Schulsystem Liechtensteins.
6. Verwaltungsgliedern.
7. Wirtschaft, Kultur und Sport von Liechtenstein.

Stichwörter:

Das Fürstentum, die Flagge und Staatswappen, der Grauspitz, der Binnenstaat, die Vegetationszeit, Schrift- und Mediensprache, Erzbistum, die Grafschaft, die Herrschaft, nachweisen, Erbprinz Alois, der Fürstentitel, der Regierungschef, der Landtag, eine konstitutionelle Erbmonarchie, die BMS, sich etablieren, Bankenwesen.

Das **Fürstentum Liechtenstein** ist ein souveräner Staat in Mitteleuropa zwischen Österreich und der Schweiz am Ostufer des Rheins.

Die **Flagge Liechtensteins** besteht aus zwei gleich großen, horizontalen Streifen: oben blau und unten rot. In dem blauen Streifen ist links ein goldener kronenähnlicher Fürstenhut dargestellt. Die Farben haben vermutlich ihren Ursprung in den Farben der Dienstkleidung am Liechtensteiner Fürstenhof des 18. Jahrhunderts. Der Fürstenhut wurde erst 1936 hinzugefügt, da das Liechtensteiner Team bei den Olympischen Sommerspielen 1936 sah, dass die Flagge ansonsten identisch mit der Flagge Haitis war. Die Darstellung des Fürstenhutes wurde 1982 leicht modifiziert.

Das Wappen des regierenden Fürstenhauses Liechtenstein ist zugleich das große Staatswappen des Fürstentums. Das Wappen besteht aus sechs Wappenschildern. Das Schild ist umgeben von einem mit dem Fürstenhut gekrönten Fürstenmantel (sogenannter Wappenmantel), von Purpur und innen mit Hermelin gefüttert.

Das kleine **Staatswappen Liechtensteins** ist das von *Gold* und *Rot* geteilte Stammwappen des Fürstenhauses unterhalb des Fürstenhutes. Es bildet den Herzschild des großen Staatswappens.

Liechtenstein ist eine konstitutionelle [Erbmonarchie](#) auf demokratisch-parlamentarischer Grundlage. Der aktuelle [Regent](#) Liechtensteins ist seit [1989](#) Fürst [Hans Adam II. von und zu Liechtenstein](#). Die Staatsgeschäfte obliegen seit August 2004 dem Erbprinzen [Alois von und zu Liechtenstein](#).

Die [Legislative](#) liegt beim Landesfürsten und dem [Liechtensteinischen Landtag](#), bestehend aus 25 [Abgeordneten](#), die nach dem [Verhältnismahlrecht](#) für vier Jahre vom Volk gewählt werden. In der Legislative sind folgende Parteien vertreten: [Vaterländische Union](#) (VU), [Fortschrittliche Bürgerpartei in Liechtenstein](#) (FBP) und die [Freie Liste](#) (FL). Jedes Gesetz muss vom Landesfürsten sanktioniert werden. Wenn die Sanktion nicht innerhalb von 6 Monaten erfolgt, gilt sie als verweigert (Artikel 65 der liechtensteinischen Verfassung).

Die [Exekutive](#) bilden der [Regierungschef](#) – momentan [Otmar Hasler](#) (Ressorts Präsidium, Finanzen, Bauwesen) – und vier Regierungsräte. Auf Vorschlag des Landtages werden sie vom Landesfürsten ernannt. Seit der umstrittenen Verfassungsänderung vom 16. März 2003 kann der Landesfürst die Regierung jederzeit und ohne Angabe von Gründen entlassen (Artikel 80 der liechtensteinischen Verfassung) – damit ist er (nach dem Papst) einer der (innenpolitisch) mächtigsten Monarchen Europas. Dafür hat das Volk die Möglichkeit mittels einer Verfassungsinitiative die Monarchie abzuschaffen (Artikel 13 der liechtensteinischen Verfassung). Die einzelnen Gemeinden von Liechtenstein können überdies bei Mehrheit innerhalb der Gemeinde den Staatenbund verlassen (Artikel 4 der liechtensteinischen Verfassung).

In Krisenzeiten kann der Fürst sich auf ein Notrecht berufen (Artikel 10 der liechtensteinischen Verfassung).

Regierungsräte sind zur Zeit Regierungschef-Stellvertreter Dr. [Klaus Tschüscher](#) (Ressorts Wirtschaft, Justiz, Sport), Rita Kieber-Beck (Ressorts Äusseres, Kultur, Familie und Chancengleichheit), Hugo Quaderer (Ressorts Bildungswesen,

Soziales sowie Umwelt-, Raum, Land- und Waldwirtschaft) und Dr. Martin Meyer (Ressort Inneres, Gesundheit, Verkehr und Kommunikation).

Die [Judikative](#) bildet ein mit fünf Richtern besetzter Oberster Gerichtshof; die Richter werden von einem Gremium mit dem Fürsten als Vorsitz bestellt (Artikel 95 ff.).

Die [ausserpolitischen](#) Interessen Liechtensteins werden zumeist von der [Schweiz](#) wahrgenommen; liechtensteinische Botschaften existieren in Bern, Berlin, Brüssel, Washington, New York (UNO) und Wien.

Das [Fürstentum](#) hat seit der Abschaffung des Militärs 1868 keine eigene [Armee](#) mehr, jedoch ist in der Verfassung die allgemeine Wehrpflicht verankert.

8.5. Wirtschaft von Liechtenstein.

Der größte Teil des liechtensteinischen [Bruttoinlandsprodukts](#) wird in der Industrie erwirtschaftet. Die Industrie konzentriert sich auf die Erzeugung hochwertiger Spezialprodukte. Haupthandelspartner sind die USA gefolgt von der EU und der Schweiz. Des weiteren ist der Finanzsektor von Bedeutung. Mit der industriellen Entwicklung etablierte sich in Liechtenstein aber auch ein starkes Bankenwesen, welches allerdings bei den Justizbehörden der Hochsteuerländer der [Europäischen Union](#) im Ruf steht, in erster Linie der [Geldwäsche](#) zu dienen. Heute beschäftigen die fünf grössten Banken Liechtensteins rund 1.400 Angestellte und weisen zusammen eine Bilanzsumme von über 30 Milliarden Franken auf. Viele internationale Banken haben Niederlassungen in Liechtenstein. Die [LGT Bank](#) ist im Besitz der Fürstenfamilie. Wie in der Schweiz gilt auch in Liechtenstein das [Bankgeheimnis](#). Das BIP betrug 2001 4,2 Mrd. Franken. Das sind pro Kopf 120.000 Franken (80.000 Euro).

Im Industriesektor sind die bekanntesten Unternehmen die [Hilti AG](#) (Bohrtechnik, Bauausrüstungen), Ivoclar Vivadent AG (Zahntechnik), [ThyssenKrupp Presta AG](#) ([Automobilzulieferer](#)), [Hoval AG](#) (Heiz- und Lüftungsgeräte), die [Ospelt Gruppe](#) (Lebensmittel) und die [Hilcona AG](#) (Lebensmittel) und [Neutrik AG](#) (Elektrotechnik) in [Schaan](#) sowie die [Unaxis](#) in [Balzers](#) (Elektronikbereich).

Der [Schweizer Franken](#) ist die offizielle liechtensteinische Währung. Gelegentlich prägt Liechtenstein auch eigene Münzen (ausschliesslich zu besonderen Zwecken).

8.6. Schulsystem Liechtensteins.

Das **Liechtensteiner Schulsystem** ist ganz ähnlich aufgebaut wie das [Schulsystem in der Schweiz](#), so dass dortige Beschreibungen auch in Liechtenstein weitgehend gültig sind.

In der [PISA-Studie 2003](#) belegte [Liechtenstein](#) in Mathematik, Lesefähigkeit und Naturwissenschaften den Platz fünf und führt somit im deutschen Sprachraum.

Zusammenfassung

Alter	Schule
5-6	Vorschule
7-11	Primarstufe
12-15	Sekundarstufe ¹

15-19	Weiterführende Schulen
ab 19	Studium

¹Nach Abschluss der Sekundarschule: Ende des [Schulobligatoriums](#)
Grundstufe und Weiterführende Schulen

Alter	Tiefes Niveau	Durchschnittliches Niveau	Höheres Niveau (Begabte)
5-6 Vorschule	Kindergarten ¹ Dauer: 2 Jahre		
7-11 Primarstufe	Primarschule Dauer: 5 Jahre		
12-15 Sekundarstufe	Oberschule Dauer: 4 Jahre	Realschule Dauer: 4 Jahre	Gymnasium Unterstufe Dauer: 3 Jahre
16-19 Weiterführende Schulen	Anlehre	Lehre (Schule im Ausland)	Lehre mit BMS (im Ausland) Fachschulen (im Ausland) Gymnasium Oberstufe

¹ Kindergarten für Kinder deutscher Muttersprache freiwillig. Für fremdsprachige Kinder ist das zweite Jahr obligatorisch. Weiterführende Schulen und Studium
In den meisten Fachrichtungen muss das Studium im Ausland gemacht werden. Liechtenstein selbst bietet das [Liechtensteinisches Gymnasium](#), die Berufsmittelschule (Berufsbegleitende BMS nach Lehrabschluss) sowie die Hochschule Liechtenstein an.

Die Lehre, die BMS wie auch höhere Schulen werden - falls es das Angebot im Land nicht gibt - meistens im [Kanton St. Gallen](#) in der [Schweiz](#) absolviert.

Lehre	Lehre mit BMS	Gymnasium
Lehre 3-4 Jahre	Lehre mit BMS 3-4 Jahre	Gymnasium 4 Jahre
Höhere Fachschule (HF) ¹	Fachhochschule (FH) ¹ 3-4 Jahre	Universität/Seminare ¹² ca. 4 Jahre

Infrastruktur. Das gut ausgebaute Strassennetz umfasst 140 Kilometer. Es existiert keine Autobahn. Die Strassenverkehrsregeln wie auch die Beschilderung entsprechen von einigen Ausnahmen abgesehen – der Schweizer Norm. Die Ausnahmen betreffen unter anderem den [Alkoholgrenzwert am Steuer](#) von 0,8 Promille (in der Schweiz 0,5 Promille) wie auch die explizite Angabe der Höchstgeschwindigkeit ausserorts (Tafel "80 km/h" statt wie in der Schweiz "Ende 50 km/h generell").

Die [Eisenbahn](#), die Liechtenstein auf 9,5 km von [Buchs](#) nach [Feldkirch](#) durchquert, wird von den [Österreichischen Bundesbahnen](#) betreut. Der *Liechtenstein Bus* (LBA), eine unselbständige öffentliche Anstalt und eine Tochter des Schweizer [Postautos](#), verbindet die Liechtensteiner Gemeinden untereinander. Die Busgesellschaft fährt auch die Schweizer Gemeinden [Sargans](#), [Buchs](#) und [Sevelen](#) an.

Das Fürstentum ist zwar [postalisch](#) mit der Schweiz vernetzt, gibt aber eigene [Briefmarken](#) heraus und hat seit einigen Jahren eine eigene [Telefonvorwahl](#) (+423). (siehe auch [Postgeschichte und Briefmarken von Liechtenstein](#))

In Liechtenstein gibt es über 19.000 Telefonanschlüsse, ca. 12.000 Mobiltelefone und ca. 20.000 Internetnutzer.

Die Autokontrollschilder sind von den Schrifttypen und der Anordnung her im [Schweizer Design](#) gehalten. Wie die Schweizer Militärkennzeichen führen die Liechtensteiner Schilder weisse Zeichen auf schwarzem Grund. Statt *M* und Schweizerkreuz führen sie *FL* und das Landeswappen gefolgt von bis zu 5 Ziffern. Am [1. Januar 2001](#) wurde die [Mautpflicht](#) für LKWs ([Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe](#) LSVA) auf allen Strassen des Landes eingeführt. Sie soll der Finanzierung der Verkehrsausgaben und der Verringerung des [Strassenverkehrs](#) und somit dem [Umweltschutz](#) dienen

Für ein so kleines Land verfügt das Fürstentum über eine erstaunliche Anzahl an künstlerischen und kulturellen Aktivitäten und Vereinigungen, zudem über eine blühende [Jugendkultur](#) (beispielsweise eine Reihe hochwertiger und auch überregional recht bekannter [Rock-](#) und [Popbands](#)). Zahlreiche Vereine profilieren sich als Träger lokaler Kulturereignisse. In Liechtenstein gibt es neben verschiedenen kulturellen Einrichtungen ein neu gebautes und konzipiertes Landesmuseum (eröffnet November 2003), Kunstmuseum, Skimuseum, Postmuseum, mehrere moderne Ortsmuseen und im Ort Schaan das Theater am Kirchplatz. Seit [Oktober 2003](#) gibt es in [Vaduz](#) das Kleintheater *Schlösslekeller*. Im Bereich [Bildende Kunst](#) sind unter anderem zu erwähnen der [Bildhauer Georg Malin](#), der Maler *Bruno Kaufmann*, der Maler *Martin Frommelt* aus Schaan sowie die Vaduzer Künstlerin *Regina Marxer*.

Die Liechtensteiner Fussballvereine nehmen am Spielbetrieb des [Schweizer Fussballverbandes](#) teil. Den [Cup](#) jedoch führen die Liechtensteiner unter eigener Regie, so dass jedes Jahr eine liechtensteinische Mannschaft am [UEFA-Cup](#) teilnehmen kann. Diese Ehre erhält meistens der Cup-Seriensieger [FC Vaduz](#), der in der zweithöchsten Schweizer Liga zu den besten Teams gehört und auch schon [Barrage](#)-Spiele bestritt.

Der grösste Erfolg im liechtensteinischen Vereinsfussball war [1996](#), als die Amateure des FC Vaduz, damals noch in der 1. Liga des SFV (dritthöchste Liga), den lettischen Gegner *FC Universitate Riga* (1:1, 4:2) im [Pokal der Pokalsieger](#) bezwangen. Sie scheiterten jedoch anschliessend gegen den lukrativen Gegner [Paris St. Germain](#) (0:4, 0:3).

Die Fussballnationalmannschaft Liechtensteins nimmt an [WM](#)- und [EM](#)-Qualifikationen teil. Der grösste Erfolg war das 4:0 gegen [Luxemburg](#) an der WM-Qualifikation 2006 am [13. Oktober 2004](#); erst vier Tage zuvor hatte Liechtenstein ein sensationelles 2:2 gegen den gegenwärtigen Vizeeuropameister [Portugal](#) erreicht. Bekanntester Spieler der Nationalmannschaft ist [Mario Frick](#) ([Ternana Calcio](#)), der als erster Liechtensteiner in der italienischen Serie A debütierte ([26. August 2001](#)), in welcher er sieben Tore für [Hellas Verona](#) realisierte.

FC Vaduz und Nationalmannschaft bestreiten ihre Heimspiele im [Rheinpark Stadion](#) in Vaduz, dem 1998 eröffneten Nationalstadion des Fürstentums.

Im [Ski Alpin](#) hat Liechtenstein einige Erfolge vorzuweisen. Der Höhepunkt war – abgesehen von diversen Weltcup-Siegen –, als die Liechtensteinerin [Hanni Wenzel](#) zwei Goldmedaillen bei den [Olympischen Spielen](#) im Winter [1980](#) gewann. Zur Zeit ist [Marco Büchel](#) der bekannteste und erfolgreichste Skifahrer des Landes.

Fragen:

1. Liechtenstein hat eine Fläche von 160 km². Wieviel mal größer oder kleiner ist Ihr Land?
2. Welche Nachbarländer hat Liechtenstein?
3. Welche Währung hat Liechtenstein?
4. Wie ist Staats- und Regierungsform?
5. Wer ist Staatsoberhaupt in Liechtenstein?
6. Worauf beruht das Fürstentum Liechtenstein?
7. Wie ist die Landesflagge und was gilt als Staatswappen?
8. Ab wann sind die Landesangehörigen wahlberechtigt?
9. Wie ist das Schulsystem?

Aufgaben:

1. Sammeln Sie Materialien von Komponisten Joseph Gabriel Rheinberger und erzählen Sie von seinem Lebenslauf.
2. Was gehört zur liechtensteinischen Identität? Sprechen Sie über Brauchtum in Liechtenstein. Vergleichen Sie die Bräuche in DACH-Ländern.
3. Teilen Sie mit über die Bedeutung der Briefmarken für Liechtenstein.
4. Recherchieren Sie zum Thema „Print-Medien“ in Liechtenstein. Schreiben Sie die Namen der Tages- und Wochenzeitungen in Liechtenstein.

Wortklärung

1. Fürst (m) – Titel für einen Angehörigen des hohen Adels nach dem Kaiser.
2. Bistum (n) – Katholische Kirche; Verwaltungsbereich eines Bischofs.
3. Bischof (m) – Leitender Geistlicher in christlichen Kirchen; Leiter eines Bistums, der vom Papst ernannt wird.
4. Erzbischof (m) – Katholische Kirche
5. Konstitutionelle Monarchie – Staat mit der Staatsform der Monarchie

6. Monarch (m) – fürstlicher Alleinherrscher, gekröntes Staatsoberhaupt (durch Wahl oder Erbenspruch)

Vorlesung IX

Kultur der deutschsprachigen Länder

9.1. Kultur von Österreich

Plan:

1. Die bedeutenden Künstler.
2. Die bekanntesten österreichische Schriftsteller.
3. Die führenden Wissenschaftsnationen der Welt.
4. Die Filmindustrie in Österreich.
5. Der Sport.

Stichwörter:

Die kulturellen Bereichen, die Friedensnobelpreis, Persönlichkeiten, die in Österreich gewirkt haben, Filmpreise, Filmemacher, Kabarettsszene, die Melodie von österreichischen Künstlern.

Österreich ist international als große Kulturnation bekannt und bringt seine große Tradition in allen kulturellen Bereichen vor allem mit der Lebensweise seiner Einwohner, der Architektur seiner Sehenswürdigkeiten und seinem Nationalstolz zum Ausdruck. Stichworte wie Wiener Kaffeehauskultur und Kabarettsszene sind für Österreich ebenso typisch wie der beliebte Wintersport, das Flair seiner Städte und Begriffe wie Heuriger oder Festspiele. Viele Bauten Österreichs zählen zum UNESCO Weltkulturerbe, im Jahr 2003 war Graz Kulturhauptstadt Europas. Zur Verbreitung der Österreichischen Kultur im Ausland dient das Österreichische Kulturforum.

Die Länder des ehemaligen Habsburgerreichs haben eine Reihe bedeutender Künstler aus allen kulturellen Bereichen hervorgebracht, vor allem aus der Sparte der Musik. Zu den berühmtesten Komponisten ihrer Zeit zählen unter anderem Wolfgang Amadeus Mozart, Joseph Haydn, Franz Schubert und Johann Strauß, der als einer der Begründer des Wiener Walzers gilt. Dieser Tradition folgten aus dem Genre der klassischen Musik auch viele berühmte Dirigenten wie Erich Kleiber, Herbert von Karajan, Karl Böhm oder Nikolaus Harnoncourt.

Aus dem heutigen Österreich haben die Sänger Peter Alexander, Hans Hölzl alias Falco und Udo Jürgens in den letzten Jahrzehnten ebenso internationale Bekanntheit erlangt wie die Musiker Joe Zawinul und Friedrich Gulda.

Zu den bekanntesten (alt-)österreichischen Schriftstellern zählen Franz Grillparzer, Joseph Roth, Johann Nestroy, Robert Musil, Karl Kraus, Friedrich Torberg, Felix Mitterer, Thomas Bernhard und Peter Handke, wie auch die 1905 mit dem Friedensnobelpreis geehrte Bertha von Suttner und die 2004 mit dem Literaturnobelpreis ausgezeichnete Elfriede Jelinek. Zu den bekanntesten Schriftstellern der österreichischen Volksgruppen zählen Janko Ferk, Gustav Janus und Florjan Lipus, der von Peter Handke in das Deutsche übersetzt wurde.

Ein weiteres Metier erfolgreicher Österreicher stellen die Sparten Film und Theater dar, in denen unter anderem Max Reinhardt, Karl Farkas, Curd Jürgens,

Maximilian Schell, Romy Schneider, Senta Berger, Oskar Werner, O. W. Fischer, Otto Schenk, Klaus Maria Brandauer, Martin Kusej. Berühmtheit erlangten. Bekannte Filmregisseure aus Österreich waren bzw. sind u. a. Erich von Stroheim, Billy Wilder, Fritz Lang, Josef von Sternberg, Otto Preminger, Robert Dornhelm, Michael Haneke, Ulrich Seidl, Hans Weingartner.

Österreich war, vor allem in den frühen Jahren des 20. Jahrhunderts, eine der führenden Wissenschaftsnationen der Welt und brachte geniale Denker und Forscher wie Wolfgang Pauli und Erwin Schrödinger hervor, die als Begründer der Quantenphysik gelten. Heute wird ihre Arbeit unter anderem von Anton Zeilinger fortgeführt. Neben dem Mediziner Sigmund Freud waren auch der Automobilbauer Ferdinand Porsche, der Erfinder Viktor Kaplan und Ludwig Boltzmann, einer der Wegbereiter der Thermodynamik, berühmte Österreicher.

Bekannte österreichische Staatsmänner und Politiker sind unter anderem der Kaiser der österreich-ungarischen Monarchie, Franz Joseph I., sein Nachfolger, der seliggesprochene Karl I., Karl Renner und der ehemalige UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim. Traurige Berühmtheit erlangte außerdem der gebürtige Österreicher und in Deutschland tätige nationalsozialistische Diktator Adolf Hitler. Persönlichkeiten, die nicht in Österreich geboren sind, aber hier gewirkt haben:

Johann Christof Bartenstein, Ludwig van Beethoven, Michael Heltau.

Das österreichische Filmwesen zählte um 1900 zu den weltweit aktivsten. Österreichische Stummfilme wurden weltweit vertrieben. Die Bedeutung in der weltweit stark wachsenden Filmindustrie nahm allerdings nach dem Ersten Weltkrieg stark ab, und erreichte in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg seinen absoluten Tiefpunkt. Danach wurde fast ausschließlich für den Heimmarkt oder den deutschsprachigen Raum produziert, und es entstanden bis in die späten 1960er unzählige Heimatfilme, wo Schauspieler wie Peter Alexander, Gunther Philipp, Marika Röck oder Hans Moser im ganzen Land zu hoher Beliebtheit gelangten und auch im Ausland große Bekanntheit erzielten. Ein wesentlicher Regisseur, dessen Karriere mehr als fünfzig Jahre überspannt, ist Franz Antel, der die unterschiedlichsten Filmgenres in seinem Schaffen vereint.

In den 1980er-Jahren entstanden mehrere Kultserien wie „Ein echter Wiener geht nicht unter“ oder „Kottan ermittelt“. Auch Fernsehshows waren damals sehr beliebt, und Moderatoren wie Heinz Conrads zählten zu den Lieblingen der Nation. In den 1980er Jahren erlangte Karl Moik mit seiner Sendung Musikantenstadl große Bekanntheit im gesamten deutschsprachigen Raum.

In den letzten Jahren, angefangen in den späten 1990ern, entwickelte sich zusehends eine Art Neuer Österreichischer Film. Meist junge und kaum bekannte Regisseure und Schauspieler verwirklichen seitdem kreative Filme, oft mit sozial- oder gesellschaftskritischem Inhalt. Dies wird auch auf internationaler Bühne immer mehr wahrgenommen und in Form von Filmpreisen, von denen Österreich nicht unberechtigter Weise früher eher schwach gesegnet wurde, gewürdigt. Vor allem hat es Michael Haneke mit seinen die menschliche Befindlichkeit sezierenden Spielfilmen geschafft, sich international als einer der wichtigsten zeitgenössischen Filmemacher zu etablieren. Seine Arbeiten „Die Klavierspielerin“

sowie „Caché“ wurden mehrfach preisgekrönt und gelten als wesentliche Bestandteile des Weltkinos. Ebenfalls viel beachtet ist Ulrich Seidl, dessen in Venedig uraufgeführte und ausgezeichnete Arbeit „Hundstage“ ein großes Echo fand. Als diskussionswürdige Gestalter heutigen Filmschaffens haben sich außerdem Barbara Albert (Nordrand), Michael Glawogger (Slumming), Jessica Hausner (Hotel), Wolfgang Murnberger (Silentium), Paul Rosdy, Stefan Ruzowitzky (Anatomie) oder Hans Weingartner (Die fetten Jahre sind vorbei) empfohlen. Auf dem Experimentalfilmsektor hat sich seit den 1950er Jahren eine reiche Tradition entwickelt, die von Peter Kubelka, Valie Export oder Kurt Kren bis zu Virgil Widrich reicht. Auch bei erfolgreicher Koproduktion wie dem preisgekrönten Film Grbavica waren österreichische Produzenten maßgeblich beteiligt. Ein wichtiges Forum zur Außendarstellung der österreichischen Filmemacher stellen alljährlich die Filmfestspiele in Cannes dar. (Frankreich)

Die TV-Serie „Kommissar Rex“ des Wiener Produzenten Peter Hajek erwies sich als großer Erfolg und wurde in zahlreiche Länder verkauft.

Einen besonderen kulturellen Stellenwert in Österreich besitzt die Kabarettscene. Sie schafft es, mittels des landseigenen, österreichischen Humors im Rahmen einer kulturellen Veranstaltung, meist mit politischem oder alltäglichem, manchmal auch kritischem Themeninhalt, ein eigenes Flair zwischen Comedy, Theater und Unterhaltung zu entwickeln, welches anderorts seinesgleichen sucht. Bekannte Kabarettisten sind unter anderem Lukas Resetarits, Josef Hader, Alfred Dorfer, Roland Düringer, Alf Poier, die teilweise schon seit Jahrzehnten die einschlägigen Bühnen besetzen und auch im deutschsprachigen Ausland rezipiert werden.

Österreich ist vor allem für seine großen Komponisten der vergangenen Jahrhunderte bekannt. Besonders das 18. und 19. Jahrhundert war in musikalischer Hinsicht eine sehr prägende Epoche, als sich unter den hier wirkenden Komponisten Beethoven, Mozart, Schubert, Joseph Haydn uvm. die Stilrichtung der Wiener Klassik entwickelte. Wien galt damals als eine Hauptstadt der Musik - besonders durch den Hof der Regenten und der Dynastie der Habsburger. Wer damals in der musischen Szene einen Namen hatte, gab in Wien seine Konzerte. Entstand die Musik der Wiener Klassik meist als Unterhaltung und Auftragsarbeiten des Adels, so erfährt die Musik im 19. Jahrhundert eine Öffnung zum Bürgertum, wo Werke der Strauß-Dynastie - wie Johann Strauß' Radetzky marsch oder die Tritsch Tratsch Polka seines gleichnamigen Sohns, welche gerne an Bällen wie dem Wiener Opernball gespielt werden - populär wurden und noch heute neben der Wiener Klassik einen hohen Stellenwert einnehmen.

Abseits der klassischen Musik sind vor allem der Schlager, Bands aus dem Austropop wie Austria3 und deren Einzelkünstler (Wolfgang Ambros, Georg Danzer, Rainhard Fendrich) oder S.T.S. sowie die derzeit erfolgreichste Österreicherin im Chartsektor, Christina Stürmer, und natürlich auch Falco und Hubert von Goisern oder DJ Ötzi über die Grenzen hinaus bekannt. Große Tradition in Österreich haben außerdem die Volksmusik sowie die volkstümliche Musik.

Nationale sowie internationale Bekanntheit in ihren Genres erlangten außerdem die Linzer Hip Hop-Band Texta, Bauchklang, Petsch Moser und Heinz aus Wien. Daneben gibt es noch zahlreiche Melodien von österreichischen Künstlern die bis heute die Welt begeistern. Nennenswert wären zum Beispiel das Weihnachtslied „Stille Nacht, heilige Nacht“ oder der mit einer Zither gespielte Titelsong zu „Der dritte Mann“ von Anton Karas.

Traditionell wird zu Silvester um Mitternacht nach den Schlägen der Pummerin (Kirchenglocke des Stephansdoms) mit dem Donauwalzer das neue Jahr begrüßt.

Österreich ist bekannt für seine vielfältige Auswahl an traditionellen Gerichten, Getränken und Mehlspeisen. Zu den bekanntesten Speisen zählen unter anderem das berühmte Wiener Schnitzel, der Tafelspitz, die Kärntner Kasnudeln und alle Arten von Knödeln. Bierbrauerei und Weinanbau haben in Österreich ebenso Tradition wie die Herstellung von österreichischem Käse und Speck sowie der regionale Anbau von Spargel. Zu den berühmtesten Süßigkeiten zählen vor allem die Mozartkugeln, die Sachertorte, die Linzertorte, Salzburger Nockerln und verschiedene Variationen von Strudeln.

Die beliebteste Sportart der Österreicher ist das Skifahren, gefolgt von Fußball und Radfahren. Auch Wandern genießt, vor allem in älteren Personenkreisen, einen hohen Stellenwert. (Stand: 2005)

Aufgrund seiner Geografie zählt Österreich in zahlreichen Wintersportarten zur Weltspitze, wie etwa in alpinen Ski-Wetbewerben, im Skisprung oder im Snowboarden. Der Wintersport genießt in Österreich einen hohen Stellenwert und dessen Fernsehübertragungen, vor allem jene der Ski-Alpin-Wettbewerbe, erreichen weite Teile der Bevölkerung. Bekannte Ski-Sportler der letzten Jahre sind z.B. Hermann Maier, Renate Götschl, Michaela Dorfmeister, Alexandra Meissnitzer, Benjamin Raich, Michael Walchhofer und Rainer Schönfelder. An erfolgreichen Skifahrern der Vergangenheit wären Toni Sailer, Karl Schranz, Franz Klammer oder Annemarie Moser-Pröll hervorzuheben. So war z.B. TV-Moderator Armin Assinger einst Skirennläufer, auch der Volksmusik-Star Hansi Hinterseer fuhr früher als Profi Slalomhänge hinab.

Weitere erfolgreiche Wintersportler sind beispielsweise der Rodler Markus Prock und das österreichische Skisprung-Team um Andreas Widhölzl, Thomas Morgenstern und Martin Höllwarth, welches in den letzten Jahren zahlreiche Weltcup-Siege für sich verbuchen konnte. Nicht mehr aktive Skisprung-Größen wie Anton Innauer, Hubert Neuper oder auch Andreas Goldberger sind heute als Trainer, bzw. TV-Co-Moderatoren tätig.

Auch im Sommersport, bzw. ganzjährig ausübbarer Sportarten kann Österreich immer wieder nennenswerte Erfolge für sich verbuchen, doch erreichen diese bis auf den Fußball bei weitem nicht die Reichweite in der Bevölkerung wie der Wintersport. Bei großen Siegen, wie bei den Olympischen Spielen oder Weltmeisterschaften etwa, gelangen diese Sportarten dann dennoch kurzzeitig ins mediale Rampenlicht. Zu nennen wäre diesbezüglich der Segelsport (Roman Hagara, Hans-Peter Steinacher), Judo (Peter Seisenbacher), Schwimmen (Mirna Jukic und Markus Rogan) sowie die Formel 1 (Ex-Rennfahrer Niki Lauda, Jochen

Rindt, Gerhard Berger). Im Jahr 2003 holte Werner Schlager den Weltmeistertitel im Tischtennis, 1996 wurde Thomas Muster als erster Österreicher überhaupt Nummer 1 der Tennisweltrangliste, nachdem er ein Jahr zuvor den Grand-Slam-Titel von Paris - die French Open - gewann. Im Dezember 2005 erschwamm Markus Rogan bei der Kurzbahn-Schwimm-EM über 200m Rücken einen neuen Weltrekord, den ersten für Österreich seit 1912. Besonders hervorzuheben für ein Binnenland sind auch die zwei Olympiasiege der Tornadosegler Hagara/Steinacher bei den olympischen Spielen 2000 in Sydney und 2004 in Athen. Auch der Olympiasieg von Christoph Sieber im Windsurfen 2000 in Sydney ist etwas besonderes.

Der Vereinssport besitzt in Österreich einen sehr hohen Stellenwert. In manchen Gemeinden und Städte sind mehr als die Hälfte der Einwohner in Vereinen sportlich aktiv. Vor allem der Fußball besitzt, besonders in Wien, lange Tradition, aber auch weniger bekannte Sportarten stoßen mancherorts auf regen Zulauf. So zählt Österreich beispielsweise im Faustball zur Weltspitze, und manche der an der Donau oder an größeren Seen gelegenen Gemeinden haben eigene Wassersportvereine.

Hypo Niederösterreich zählt im Frauenhandball zur Zeit ebenso zur Weltspitze wie die Chrysler Vienna Vikings im Amateur-Football. Auf internationaler Ebene erregten außerdem vor allem die Erfolge österreichischer Fußballvereine Aufmerksamkeit. Erwähnenswert sind unter anderem deren vier Finalteilnahmen im UEFA-Cup (SV Austria Salzburg 1994), bzw. im Europapokal der Pokalsieger (Austria Wien 1978, Rapid Wien 1985 und 1996) sowie das Jahr 2000, in dem es Sturm Graz als erste österreichische Mannschaft schaffte, in der UEFA Champions League in die zweite Runde aufzusteigen. Rapid Wien spielte in der Saison 2005-2006 als erste österreichische Mannschaft seit Sturm Graz wieder in der UEFA Champions League, konnte aber keine Punkte erringen und schied nach den 6 Gruppenspielen aus.

Österreich war bisher zwei Mal Veranstalter olympischer Spiele (beide Male olympische Winterspiele in Innsbruck, 1964 und 1976). Insgesamt holten österreichische Spitzensportler 24 Gold-, 34 Silber- und 39 Bronzemedailles in der Geschichte olympischer Winterspiele sowie 26 Gold-, 38 Silber- und 40 Bronzemedailles bei olympischen Sommerspielen (Stand: 2005).

Bei den letzten Olympischen Winterspielen 2002 in Salt Lake City gewann das österreichische Team 3 Gold-, 4 Silber- und 10 Bronzemedailles. Bei den Olympischen Sommerspielen 2004 wurden 2 Goldmedaillen (durch Roman Hagara & Hans-Peter Steinacher im Tornado-Segeln sowie Kate Allen im Triathlon), 4 Silber- sowie eine Bronzemedaille erkämpft. (Quelle: ÖOC)

2008 wird Österreich gemeinsam mit der Schweiz Veranstalter der Fußball-Europameisterschaft 2008 sein.

Die höchsten Bauwerke Österreichs sind:

Bauwerk	Standort	Höhe
1. Donauturm	Wien	252 m
2. Millennium Tower	Wien	202 m

3.	Funkturm Arsenal	Wien	155 m
4.	Hochhaus Neue Donau	Wien	150 m
5.	Vienna Twin Towers	Wien	138 m
6.	Stephansdom	Wien	137 m
7.	Neuer Dom	Linz	135 m
8.	Vienna International Centre	Wien	120 m
9.	Herz-Jesu-Kirche	Graz	110 m
10.	Wiener Rathaus	Wien	105 m
11.	Andromeda-Tower	Wien	103,5 m

In der Verfassung ist die Gleichberechtigung von Männern und Frauen geregelt. Die praktische Umsetzung lässt allerdings noch zu wünschen übrig. So nutzen nur 2 von 100 Männern in Österreich die Möglichkeit der Karenz zur Kinderbetreuung. Auch sind in leitenden Positionen zumeist Männer und nur wenige Frauen vertreten.

In fast allen Bereichen ist das Durchschnittsgehalt von Frauen geringer als das Durchschnittsgehalt von Männern. Dies ist einerseits auf eine unvollständige Umsetzung der Gleichbehandlung in der Praxis und andererseits auf die Tatsache, dass viele Frauen einer Teilzeitarbeit nachgehen und dabei kaum Aufstiegschancen wahrnehmen können, zurückzuführen.

Von staatlicher Seite ist zur Zeit ein Hang zur positiven Diskriminierung für Frauen erkennbar. Es wurden zahlreiche Förderungsmaßnahmen für Frauen ins Leben gerufen. Bei der Besetzung von öffentlichen Arbeitsstellen sollen Frauen, bei gleicher Qualifikation, Männern vorgezogen werden. In der Praxis scheinen diese Maßnahmen aber nur wenig Wirkung zu zeigen. Die offiziell gemeldeten Arbeitslosen in Österreich setzten sich 2004 aus 2/3 Männern und nur 1/3 Frauen zusammen, was auch damit zusammenhängen kann, dass Hausfrauen meistens nicht als arbeitslos gemeldet sind.

Fragen:

1. Durch welche kulturelle Bereiche ist Österreich bekannt?
2. Welche berühmtesten Komponisten lebten und wirkten in Österreich?
3. Wer gehört zu den bekanntesten Schriftstellern?
4. Was stellt ein weiteres Mitier dar?
5. Wann nahm Filmindustrie ihren Tiefpunkt und warum?

Aufgaben:

1. Klären Sie den Begriff „Kultur“.
2. Führen Sie ein Gespräch zum „Kulturforum“ in Österreich. Warum wurde Graz 2003 Kulturhauptstadt Europas?
3. Sammeln Sie Materialien von berühmtesten Komponisten und Schriftsteller Österreichs.
4. Nennen Sie den Autor von Hymnus.
5. Welche österreichische Filme sind bekannt? Diskutieren Sie darüber.

Wortklärung:

1. Der Nobelpreis – von dem schwedischen Chemiker und industriellen A. Nobel bestifteter, jährlich für hervorragende, kulturelle und wissenschaftliche Leistungen verliehener Geldpreis.
2. Erlangen – eine Sache bekommen, erreichen, gewinnen.
3. Moderator – Leiter der Diskussion; Mitarbeiter der argumentierenden Sendungen.
4. Die Schweizer Kultur
5. Die Schweizer Flagge und Hymne

Stichwörter:

Die Hauptzuständigkeit, eigene Schulgesetze, Ansprüche, Integrationsfunktion, Berufsmaturitätsschule, Erkennungszeichen, Hymne, Mario Botta und de Meuron, Kühen und Bänken, Heidi.

In der Schweiz ist die Organisation des Bildungswesens auf allen Stufen eine Staatsaufgabe. Die Zuständigkeit für die Bildung ist zwischen dem Bund, den Kantonen und den Gemeinden aufgeteilt, wobei die Hauptzuständigkeit bei den Kantonen liegt.

Das schweizerische Bildungswesen ist dezentral organisiert. Auf nationaler Ebene gibt es kein Ministerium für Bildung und Erziehung. Mit der dezentralen Organisation wird den unterschiedlichen Kulturen und Sprachen in der Schweiz Rechnung getragen. Gesamtschweizerisch einheitlich geregelt sind der Schuleintritt (Alter), der Beginn und die Dauer des Schuljahres sowie die Dauer der obligatorischen Schulzeit. Ansonsten hat jeder Kanton seine eigenen Schulgesetze und auch die Gemeinden verfügen über eine relativ große Autonomie, was lokal angepasste Lösungen ermöglicht.

Die gesamtschweizerische Zusammenarbeit der Kantone im Bildungsbereich erfolgt im Wesentlichen über die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK). Die EDK ist der Zusammenschluss der 26 kantonalen Regierungsmitglieder, die für Bildung zuständig sind. Die EDK harmonisiert heute wichtige Eckwerte im schweizerischen Bildungswesen. Weiter sind Projekte zur verbindlichen Harmonisierung der Volksschule im Bereich der Unterrichtssprache, der Fremdsprachen, der Mathematik und der Naturwissenschaften im Gange (vgl. Herausforderungen). Damit soll die Qualitätssicherung auf gesamtschweizerischer Ebene erreicht werden. Eine verstärkte Angleichung der kantonalen Bildungssysteme erleichtert zudem die Mobilität der Lernenden innerhalb der Schweiz.

Die obligatorische Schulzeit dauert in der Schweiz neun Jahre. Vorher besuchen die Kinder für ein oder zwei Jahre den Kindergarten. Der Schuleintritt erfolgt in der Regel im Alter von sechs bis sieben Jahren. Die Primarstufe dauert – je nach Kanton – vier bis sechs Jahre. Danach besuchen die Schülerinnen und Schüler die Sekundarstufe I.

Je nach Kanton existieren verschiedene Strukturmodelle auf Sekundarstufe I: Die Mehrheit der Kantone führt Modelle, in denen die Schülerinnen und Schüler je nach Leistungsfähigkeit entweder in Züge mit Grundansprüchen oder in solche mit erweiterten Ansprüchen eingeteilt werden. Eine Minderheit der Kantone verzichtet auf diese Trennung. Hier werden alle SchülerInnen im gleichen Strukturmodell

(integrierte Form) unterrichtet.

Die öffentlichen Schulen genießen einen guten Ruf. Dies zeigen die Resultate der internationalen Schulleistungsvergleichsstudie PISA (2000, 2003), bei der die öffentlichen Schulen gegenüber den Privatschulen bessere Ergebnisse erzielten. 95% der Schülerinnen und Schüler absolvieren die obligatorische Schulzeit denn auch in der öffentlichen Schule ihres Wohnortes, lediglich 5% besuchen Privatschulen.

Die öffentlichen Schulen vermitteln nicht nur Fachwissen, sondern erfüllen eine wichtige Integrationsfunktion: Kinder mit unterschiedlichem sozialem, sprachlichem und kulturellem Hintergrund besuchen die gleiche Schule. Für die Schweiz mit ihren vier Landessprachen hat die Mehrsprachigkeit eine große Bedeutung: Bereits während der obligatorischen Schulzeit lernen die Kinder – neben der Erstsprache - eine zweite Landessprache und Englisch.

90% der jungen Schweizerinnen und Schweizer bilden sich nach der obligatorischen Schule weiter. Mit dieser Quote liegt die Schweiz an der Spitze aller OECD-Länder.

Berufsbildung: Berufsfachschulen und Berufsmaturitätsschulen

Die Berufslehre setzt sich aus einem praktischen und einem theoretischen Teil zusammen: in der Regel arbeiten die Auszubildenden drei bis vier Tage pro Woche in einem Betrieb und besuchen während ein bis zwei Tagen wöchentlich eine Berufsfachschule. Je nach Bereich dauert eine Berufslehre drei bis vier Jahre. Dieses duale Berufsbildungssystem kennt man in ähnlicher Form nur in wenigen anderen europäischen Ländern, z.B. in Deutschland.

Es gibt in der Schweiz rund 300 anerkannte Berufslehren. Die Eidgenössischen Fähigkeitszeugnisse, welche die Lernenden nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung erhalten, sind in der ganzen Schweiz anerkannt. Während 1970 nur 30% aller Lernenden Frauen waren, stieg deren Anteil bis im Jahr 2002 auf 43%. Es ist jedoch nach wie vor so, dass Frauen häufiger kürzere (3-jährige) Ausbildungen ergreifen als Männer.

Seit 1993 haben die Berufsschülerinnen und Berufsschüler während ihrer Ausbildung die Möglichkeit, die Berufsmaturität zu erwerben. Die Berufsmaturität kann während der Berufslehre, aber auch im Anschluss daran erworben werden und berechtigt zum prüfungsfreien Übertritt an eine Fachhochschule.

Allgemein bildende Schulen: Maturitätsschulen und Fachmittelschulen

Knapp 20% der Jugendlichen absolvieren in der Schweiz eine Maturitätsschule (Gymnasium). Der Maturitätsausweis berechtigt zum anschließenden Besuch einer Universität oder einer Eidg. Technischen Hochschule.

Neben den Maturitätsschulen gehören zu den allgemein bildenden Schulen der Sekundarstufe II die Fachmittelschulen (ehemalige Diplommittelschulen), die auf weiterführende Ausbildungen in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Erziehung und Kunst vorbereiten.

Die Schweiz bietet auf Tertiärstufe verschiedene attraktive Ausbildungsmöglichkeiten. Je nach beruflichem oder allgemein bildendem Erstabschluss können die angehenden Studierenden eine Ausbildung an einer

Hochschule (Universität, Eidgenössische Technische Hochschule, Fachhochschule, Pädagogische Hochschule) oder eine weitere Ausbildung auf Tertiärstufe (höhere Fachschule) beginnen.

Die Fachhochschulen sind praxisorientierte Ausbildungsinstitutionen auf universitärem Niveau und bieten attraktive Qualifikationsmöglichkeiten für Berufsleute. Die Ausbildungen sind eng mit konkreten Tätigkeitsbereichen verbunden. Die 15 Pädagogischen Hochschulen, die Lehrerinnen und Lehrer ausbilden, gehören ebenfalls zu den Fachhochschulen.

In der Schweiz gibt es über 100 eidgenössisch anerkannte höhere Fachschulen, wovon die Mehrheit Technikerschulen sind. In den höheren Fachschulen werden Qualifikationen vermittelt, die in anderen Ländern oft an Hochschulen erworben werden.

Berufsprüfungen und höhere Fachprüfungen liegen in der fachlichen Verantwortung von Berufsverbänden und werden von diesen durchgeführt. Sie stehen unter der Aufsicht des Bundes. Bisher sind über 150 Berufsprüfungen und über 150 höhere Fachprüfungen anerkannt.

Universitäre Hochschulen und Eidgenössische Technische Hochschulen

In der Schweiz gibt es zehn kantonale Universitäten, in denen entweder auf Deutsch (Basel, Bern, Zürich, Luzern, St. Gallen), Französisch (Genf, Lausanne, Neuchâtel), Italienisch (Lugano) oder zweisprachig (Deutsch und Französisch in Freiburg) unterrichtet wird.

Eidgenössische Technische Hochschulen (ETH) gibt es in Lausanne (Französisch) und in Zürich (Deutsch).

Die Schweizer Kultur ist geprägt durch die geografische Lage, die Mehrsprachigkeit und eine beachtliche Vielfalt in Bereichen wie Literatur, Kunst, Architektur, Musik, Religion und Brauchtum.

So unterscheidet sich die Schweizer Kultur in den Bergen mindestens teilweise von der Kultur im Mittelland, und das kulturelle Leben in der französischsprachigen Schweiz ist nicht identisch mit demjenigen in der deutschsprachigen Schweiz.

Sprachen in der Schweiz

Deutsch

In der deutschsprachigen Schweiz lebt die Mehrheit der Bevölkerung. In 18 von 26 Kantonen spricht man vorwiegend schweizerdeutsche Dialekte.

Französisch

Im Westen des Landes, in der Suisse romande, spricht man französisch. 4 Kantone sind französischsprachig: Genf / Waadt / Neuenburg / Jura. 3 Kantone sind zweisprachig: In Bern, Freiburg und im Wallis spricht man deutsch und französisch.

Italienisch

Im Tessin und in 4 südlichen Tälern Graubündens wird italienisch gesprochen.

Rätoromanisch

Der Kanton Graubünden ist mehrsprachig. Man spricht dort deutsch, italienisch und rätoromanisch. Die Rätoromanen sind mit 0,5% der Bevölkerung die kleinste Schweizer Sprachgruppe. Innerhalb dieser Gruppe gibt es fünf resp. sechs

verschiedene Sprachen: Sursilvan, Sutsilvan, Surmiran, Puter und Vallader. Seit 1982 gibt es zusätzlich das Rumantsch Grischun, das ein sprachlicher Kompromiss zwischen den fünf rätoromanischen Sprachen ist.

Zur Sprachenvielfalt tragen ausserdem die vielen in der Schweiz wohnenden Ausländer/-innen bei. Mittlerweile gibt es in der Schweiz mehr Menschen, die 'nicht schweizerische' Sprachen sprechen als solche, deren Muttersprache z. B. Italienisch ist.

Schweizerisch: Gibt es so etwas?

In der Schweiz gibt es zwar vier offizielle Landessprachen, doch ausser dem Rätoromanischen ist keine dieser Sprachen eigentlich "schweizerisch". In der Westschweiz spricht man Französisch und hat deshalb häufig einen engeren Kontakt zur Kultur und Literatur aus Frankreich als derjenigen der anderen Schweizer Landesteile. Eine italienischsprechende Bewohnerin des Kantons Tessin liest wohl eher den 'Corriere della Sera' aus Mailand als die 'Neue Zürcher Zeitung' und Deutschschweizer lesen lieber das deutsche Magazin 'Der Spiegel' als die Zeitschrift 'L'Hebdo' aus der französischsprachigen Schweiz.

In den verschiedenen Sprachregionen gibt es auch unterschiedliche Traditionen und Ernährungsgewohnheiten. Die gemeinsame Geschichte der Sprachregionen ist erst rund 200 Jahre alt. Vor der Besetzung durch Napoleon 1798 kam es noch vor, dass einige Gebiete über andere herrschten. So waren die Bewohnerinnen und Bewohner des heutigen Kantons Waadt beispielsweise Bern untertan und hatten nicht die gleichen Rechte wie die Berner.

Manchmal haben die Schweizerinnen und Schweizer selber Mühe, zu beschreiben, was sie - ausser dem Pass - mit ihren Landsleuten aus den anderen Sprachregionen verbindet. In diesem Zusammenhang wird oft von der so genannten Willensnation gesprochen: man bildet freiwillig eine Einheit, ohne einheitlich zu sein.

Bis im 19. Jahrhundert kannten die Eidgenossen keine gemeinsame Fahne. Auf ihren Feldzügen trugen die Soldaten die Banner ihrer Kantone mit. Seit der Schlacht bei Laupen 1339 befestigten sie als gemeinsames Erkennungszeichen weisse Kreuze auf Kleidern und Rüstungen.

Die erste Vorgängerin der heutigen Schweizer Flagge - rote Flagge oder rote Flagge mit weißem Kreuz - diente Spezialtruppen, die sich aus Mitgliedern verschiedener Kantone zusammensetzten, als Erkennungszeichen.

Während der Helvetik (1798-1803) verbot Napoleon den Eidgenossen das Tragen des Kreuzes und zwang ihnen eine Trikolore in den Farben grün, rot und gelb auf. Nach 1803 wurde die Trikolore jedoch wieder abgeschafft und durch die alten Erkennungszeichen (weisses Kreuz auf Kantonsbanner) ersetzt.

1815 wurden die ersten eidgenössischen Bataillonsfahnen mit Schweizer Kreuz geschaffen. Wegen der föderalistischen Stimmung zu Beginn des 19. Jahrhunderts hatte dieses gemeineidgenössische Symbol jedoch einen schweren Stand. Die Truppen zogen es weiterhin vor, in uneinheitlichen, kantonsspezifischen Uniformen aufzutreten und als Zugeständnis an den gemeinsamen Staat lediglich eine rote Armbinde mit weißem Kreuz zu tragen.

Durchsetzen konnte sich die Schweizer Fahne erst im so genannten

Sonderbundskrieg 1847. Dieser Konflikt war eigentlich ein Kampf zwischen traditionellen Werten und lokaler Selbstbestimmung auf der einen Seite sowie dem Streben nach Modernisierung der Gesellschaft und Zentralisierung des Staates auf der anderen Seite. Mit dem Sieg der zentralistisch eingestellten Kantone konnte sich die Schweizer Fahne als nationales Symbol schließlich durchsetzen. In Anlehnung an die Bataillonsfahnen, auf welche die ersten Schweizer Kreuze geheftet worden waren, war auch die Schweizer Nationalflagge quadratisch.

Der ausgeprägte Schweizer Kantonsgeist ist manchmal auch heute noch anhand der Fahnenwahl erkennbar: so haben zum Beispiel an den Fussball-Europameisterschaften im Jahre 2004 einige Schweizer Fans anstelle der offiziellen Schweizer Fahne ihre Kantonsfahne geschwenkt.

Die Schweizer Fahne als Sonderfall

Als die Schweiz im Jahre 2002 den Vereinten Nationen (UNO) beitrug, sah sich die Organisation mit einem etwas ungewöhnlichen Problem konfrontiert: die Schweiz ist nämlich das einzige UNO-Mitglied mit quadratischer Flagge. Ein UNO-Reglement verlangt jedoch, dass die Flaggen, die vor dem Hauptsitz wehen, rechteckig sein müssen.

Glücklicherweise lässt eine weitere Verordnung Ausnahmen zu: wenn die Gesamtfläche einer (neuen) Flagge die Fläche der übrigen Flaggen nicht übertrifft, darf sie gehisst werden. Da die Schweiz mit dieser flächenmässigen Beschränkung einverstanden war, darf die quadratische Schweizer Fahne nun vor dem UNO-Hauptsitz in New York ungehindert wehen.

Mit der Entwicklung der modernen Nationalstaaten Ende des 18. Jahrhunderts erwachte das Bedürfnis nach staatlichen Symbolen: Flaggen und Wappen dienten fortan der optischen, Nationalhymnen der akustischen Repräsentation der einzelnen Staaten.

Da nur sehr wenige Länder über so etwas wie eine Nationalhymne verfügten, mussten solche erst geschaffen werden. In vielen Ländern wurden alte Volkslieder zu Nationalhymnen umgeschrieben, in anderen neue Lieder verfasst, was zum Teil in großer Eile geschah. So realisierte beispielsweise die Regierung von Costa Rica drei Tage vor einem diplomatischen Empfang, dass sie noch eine Hymne braucht.

Deshalb beauftragte sie einen jungen Komponisten, schnellstens eine Hymne zu schreiben, die dann am bevorstehenden Empfang auch als solche gespielt wurde und bis heute Gültigkeit hat.

Da brauchte die Schweiz schon etwas länger von der Entstehung ihrer aktuellen Hymne im Jahre 1841 bis zu deren definitiver Einführung 140 Jahre später.

"Trittst im Morgenrot daher...."

Fragen:

1. Welche Bedeutungen haben die Schweizer Architekten?
2. Wer ist die bekannteste Figur in der Literatur und warum?

Aufgaben:

3. Suchen Sie nach der Information von bekannteste Figur in der schweizerischen Literatur „Heidi“.
4. Die Straßen sind von bemalten Kühen und Banken geziert. Was bedenken Sie?

5. Ist Ihre Heimat auch von etwas bemalt und geziert? Diskutieren Sie darüber.

Wortklärung:

1. Nationalrat - die direkte Vertretung des Volkes.
2. Der Ständerat – die Vertretung der Kantone.
3. Option (f) – Möglichkeit, Entscheidung zu etwas.
4. Matura (f) – Abitur in Österreich und Schweiz
5. Maturität (f) – Reifeprüfung, Abitur

Vorlesung X

Beziehungen zwischen Usbekistan und Deutschland

Plan:

1. Geographischer Überblick.
2. Die Wilojaten Usbekistans.
3. Staatlicher Aufbau.
4. Geschichte von Usbekistans.
5. Wirtschaft von Usbekistan.
6. Bildungssystem.

Stichwörter:

sich erstrecken, die Naturlandschaft, permanent, riesige Wüstengebiete, die weite Senke, gemäßigte Klimabedingungen, der Aralsee, der Wasserpegel, die Wüstenpflanzen, die Ansiedlung, die Rettung des Aralsees.

Das Land

Usbekistan liegt im Herzen Zentralasiens zwischen den beiden großen Flüssen Amu Darja und Syr Darja. Es grenzt im Norden und Nordwesten an Kasachstan, im Nordosten an Kyrgysstan, im Osten und Südosten an Tadschikistan, im Südwesten an Turkmenistan und im Süden an Afghanistan.

Das Territorium Usbekistans umfasst 448 900 Quadratkilometer. Die Republik erstreckt sich über 930 Kilometer von Nord nach Süd und über 1 425 Kilometer von West nach Ost. Die Länge ihrer Grenzen beträgt insgesamt 6 221 Kilometer. Die äußersten Grenzregionen sind das Ustjurt Plateau an der Westküste des Aralsees im Norden, der Tuman Termes im Wilojat Surchandarja im Süden, das Ferganatal im Osten und das Ustjurt Plateau im Westen.

Die Natur

Die Naturlandschaft Usbekistans ist überaus vielfältig. Es gibt Wüsten und schneebedeckte Gebirge, Gebirgsausläufer, breite Flußtäler und Steppen.

Der größte Teil des usbekischen Territoriums erstreckt sich über die Turanebene. Die Turanplatte und das Festland formten sich im Paläolithikum. Später war die Gebirgsketten des Tienschan und des Pamir Alais endgültig zur selben Zeit wie die Alpen herausgebildet haben.

Die Gebirgszüge verhinderten, dass die Feuchtigkeit vom Indischen Ozean die Region erreichte. Dies brachte einen signifikanten Wandel mit sich: das Klima wurde trocken und heiß, es bildeten sich riesige Wüstengebiete. Da die Winde permanent die Richtungen änderten, wurden die oberen Bodenschichten immer

wieder von einem an den anderen Platz getragen. Dies führte zur Herausbildung der Kysyl Kum- und der Kara Kum-Wüste.

Etwa ein Fünftel des Territoriums sind Gebirge und Vorgebirge. Der höchste Punkt des Landes liegt 4 643 Meter über dem Meeresspiegel. Gebirge erheben sich im Osten und Südosten der Republik. Usbekistan erfasst die westlichen Teile des Tienschan mit den Gebirgsketten Ugam, Pskem, Tschatkal und Kurama und des Pamir Alais mit den Gebirgsketten Serafschan, Gissar, Kugitangtau und Baisuntau. Die Gebirgsausläufer, tiefe Canyons und Wasserscheiden. Zudem gibt es Mittelgebirge, darunter Aktau, Karaktschitau und der westliche Teil des Serafschan – Gebirges mit seinen sanfteren Konturen.

Weite Senken erstrecken sich zwischen den Gebirgen, nämlich die Kaschkardarja-, die Surchandarja-, die Serafschan- und die Samarkander Senke. Die größte Senke ist das Ferganatal, das 370 kilometer lang und 190 Kilometer breit ist. An der Grenze zu Afghanistan liegt die Amu Darja – Senke.

Das Klima

Usbekistan hat keinen direkten Zugang zu den Meeren. Das Klima ist ausgeprägt kontinental, heiß und trocken. Gemäßigtere Klimabedingungen finden sich im Norden, während im tiefsten Süden subtropisches Klima herrscht.

Den größten Teil des Jahres ist es sehr trocken und heiß. Die Sonne scheint im Sommer fünfzehn Stunden am Tag und im Winter nicht weniger als neun Stunden. Durchschnittlich gibt es im Norden 2 500 bis 3 000 Sonnenstunden pro Jahr, im Süden sind es 2 800 bis 3 130 Sonnenstunden. Vergleichbar viele Sonnenstunden pro Jahr gibt es in Kalifornien. Die kälteste Monat ist der Januar. Im Süden sinken die Temperaturen auf minus 25 bis dreißig Grad Celsius, im Nordwesten kann es mit minus 35 bis 38 Grad Celsius noch kälter sein. Doch gibt es auch im Winter viele milde Tage.

Die Niederschlagsmenge verteilt sich ungleichmässig in den einzelnen Landesteilen. Im Flachland fallen durchschnittlich 100 bis 200 Millimeter Niederschlag pro Jahr, in den Bergen 900 Millimeter. Der meiste Niederschlag wird im Frühjahr und Winter verzeichnet. Nur ein bis sechs Prozent der jährlichen Niederschlagsmenge fallen im Sommer, zehn bis zwanzig Prozent im Herbst.

Zwei große Flüsse fließen durch Usbekistan, nämlich der Amu Darja und der Syr Darja. Der Mittel- und der Unterlauf des Amu Darja haben auf usbekischem Territorium eine Länge von 1 415 Kilometern, der Mittellauf des Syr Darja hat eine Länge von 2 212 Kilometern. Kleinere Flüsse sind der Naryn (587 Kilometer), der Kara Darja (180 Kilometer), der Soch (124 Kilometer), der Serafschan (877 Kilometer), der Surchan Darja (175 Kilometer) und der Scherabad (177 Kilometer).

Es gibt insgesamt achtzig Seen in Usbekistan. Sie sind alle relativ klein. Der größte See ist der Aralsee, dessen südlicher Teil auf usbekischem Territorium liegt. In den letzten Jahrzehnten ist der Wasser hat sich Hunderte Kilometer von der einstigen Küste zurückgezogen. Eine Reihe von Projekten wurde gestartet, um dem Problem zu begegnen. Gegründet wurde die Internationale Stiftung zur Rettung des Aralsees.

Die Flora

Aufgrund des Landschaftsreliefs ist die Flora sehr vielfältig. Es gibt mehr als 3 700 Pflanzenarten. Davon sind zwanzig Prozent nur in Usbekistan beheimatet. Die meisten dieser Pflanzen findet man in den Gebirgen, nur einige in den Wüsten- und Steppenregionen.

Von besonderem Interesse ist die Wüstenvegetation. Die Wüstenpflanzen verhindern, dass der Boden von den permanenten Winden abgetragen wird.

Nur einige wenige der 400 Pflanzenarten auf dem mUstjurt Plateau sind landschaftlich bedeutsam. Zum größten Teil ist das Plateau mit Haloxylon oder Saksaul bedeckt. Die schwarze Saksaul ist die einzige Pflanze, die in Salzwüsten gedeiht. Sie wächst schnell, ist aber kurzlebig. Sie ist auch Futterpflanze für Wüstentiere wie Kamele und Schaffe. Wüstenpflanzen passen sich nährstoffarmen, wandernden Böden sowie lang anhaltender Dürre und großer Hitze an. Sie haben entweder keine Blätter oder aber sind kleinblättrig wie Saksaul und Calligonum.

In den weiten Flußtälern in den Ebenen ist die Flora vielfältig und reich. Hier wachsen Buschwerk und Graspflanzen, an den Ufern der Flüsse und Seen Schiff und Hundskohl.

Die Bevölkerung

Usbekistan ist mit 26,02 Millionen Einwohnern (Stand 1. Januar 2006) das bevölkerungsreichste Land in Zentralasien und liegt in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten auf Platz drei nach Rußland und der Ukraine. Die Bevölkerungsdichte beträgt 58 Menschen pro Quadratkilometer. Die Bevölkerung lebt allerdings ungleichmäßig über das Land verteilt. Die Naturbedingungen haben zweifellos eine wichtige Rolle bei der Ansiedlung gespielt. Nur wenige Menschen leben in den Wüstenregionen, während die wasserreichen Regionen dicht besiedelt sind. Das Gebiet Andischan ist beispielsweise eines der am dichtesten bevölkerten Gebiete der Welt. Hier leben 557 Menschen pro Quadratkilometer. In Karakalpakstan hingegen sind es nur 9,3 Menschen pro Quadratkilometer. 16,5 Millionen Menschen – 63 Prozent der Bevölkerung – leben auf dem Land, 9,6 Millionen in Städten. Seit 1980 hat sich das Verhältnis von Stadt- und Landbevölkerung im Prinzip nicht verändert.

Ihrem Wesen nach ziehen die Usbeken ein seßhaftes Leben vor, Migration hat im Grunde keinen Einfluß auf die Bevölkerungszahl.

Etwas mehr als vierzig Prozent der Bevölkerung sind Kinder und Jugendliche bis vierzehn Jahre. Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von fünfzehn bis 29 Jahren haben einen Anteil von 28,3 Prozent. Damit haben Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene einen Anteil von fast siebzig Prozent an der Gesamtbevölkerung.

Usbekisch ist Staatssprache in der Republik. Es gehört zu den Turksprachen und weist viele Dialekte auf, was von der Vielfalt der ethnischen Gruppen zeugt, die die usbekische Nation formen.

Die Herausbildung der heutigen usbekischen Literatursprache deckt drei historische Perioden ab: die altturkische Literatursprache, die altusbekische und die moderne usbekische Sprache. Der Gelehrte und Dichter des 15. Jahrhunderts

Alischer Nawoi Herausbildung der usbekischen Sprache nahm Anfang des 20. Jahrhunderts Konturen an.

Es gibt drei Hauptdialekte der usbekischen Sprache: Karluk, Kiptschak und Ogus. Die moderne usbekische Sprache entwickelte sich auf Grundlage der in Taschkent und Fergana gesprochenen Dialekte. Die Usbeken nutzten bis 1927 das arabische Alphabet und von 1928 bis 1938 das lateinische. 1939 wurde das kyrillische Alphabet eingeführt. 1994 wurde dann auf Beschluß der Regierung wieder das lateinische Alphabet eingeführt. Das heutige auf der lateinischen Schrift basierende usbekische Alphabet hat 26 Buchstaben und drei Buchstabenkombinationen. Der usbekische Wortschatz besteht aus türkischen und aus usbekischen Worten, die sich auf Grundlage der türkischen Sprache herausgebildet haben.

Fragen

1. Wo liegt Usbekistan?
2. Wie bildeten sich die Kysyl Kum- und die Kara – Kum Wüste heraus?
3. Welchen Teil des Territoriums bilden Gebirge und Vorgebirge?
4. Was verstehen Sie unter dem Wort die Senke?
5. Hat Usbekistan direkten Zugang zu den Meeren?
6. Welche Rolle spielen Flüsse und Seen für das Land?
7. Welche Besonderheiten hat die Flora von Usbekistan?
8. Ist der Wasserpegel gesunken? Warum?

Aufgaben

1. Vergleichen das Territorium von Usbekistan und DACH- Länder.
2. Charakterisieren Sie die Naturlandschaft Usbekistans.
3. Beschreiben Sie den Zustand des Aralsee heutzutage, welche Maßnahmen wurden um dieses Problem zu begegnen, getroffen?
4. Charakterisieren Sie Landschaftsreliefs im Usbekistan
5. Nennen Sie drei historische Perioden der heutigen usbekischen Sprache und den Gelehrter, der Herausbildung der usbekischen Sprache.

Wortklärung

1. Die Platte – ebenes, flaches Gebilde
2. permanent – unterbrochen, dauernd, bleibend, ständig
3. die Senke – flache Bodenvertiefung, Mulde
4. ethnisch – systematisch Kulturmerkmale beschreiben.

10.2. Die Wilojaten Usbekistans

Republik Karakalpakstan

Fläche:	166 600 Quadratkilometer, 37,1 Prozent des usbekischen Territoriums
Bevölkerung:	1 569 900 Menschen
Bevölkerungsdichte:	9,4 Menschen pro Quadratkilometer
Hauptstadt:	Nukus (1255 kilometer von Taschkent entfernt, 258 100 Einwohner)

Wilajat Andischan

Gebildet: 1941
Fläche: 4240 Quadratkilometer, 0,9 Prozent des usbekischen Territoriums
Bevölkerung: 2 342 700 Menschen
Bevölkerungsdichte: 557,8 Menschen pro Quadratkilometer
Verwaltungszentrum: Andischan (477 Kilometer von Taschkent entfernt, 352 600 Einwohner)

Wilajat Buchara

Gebildet: 1938
Fläche: 40 300 Quadratkilometer, neun Prozent des usbekischen Territoriums
Bevölkerung: 1 507 600 Menschen
Bevölkerungsdichte: 37,4 Menschen pro Quadratkilometer
Verwaltungszentrum: Buchara (616 Kilometer von Taschkent entfernt, 238 600 Einwohner)

Wilajat Choresm

Gebildet: 1938
Fläche: 6 100 Quadratkilometer, 1,3 Prozent des usbekischen Territoriums
Bevölkerung: 1 432 800 Menschen
Bevölkerungsdichte: 234,9 Menschen pro Quadratkilometer
Verwaltungszentrum: Urgentsch (1 119 Kilometer von Taschkent entfernt, 136 300 Einwohner)

Wilajat Dschisak

Gebildet: 1973
Fläche: 21 200 Quadratkilometer, 4,7 Prozent des usbekischen Territoriums
Bevölkerung: 1 043 300 Menschen
Bevölkerungsdichte: 49,4 Menschen pro Quadratkilometer
Verwaltungszentrum: Dschisak (203 Kilometer von Taschkent entfernt, 136 500 Einwohner)

Wilajat Fergana

Gebildet: 1938
Fläche: 6 760 Quadratkilometer, 1,5 Prozent des usbekischen Territoriums
Bevölkerung: 2 840 900 Menschen
Bevölkerungsdichte: 424 Menschen pro Quadratkilometer
Verwaltungszentrum: Fergana (419 Kilometer von Taschkent entfernt, 184 500 Einwohner)

Wilajat Kaschkadarja

Gebildet:	1943
Fläche:	28 600 Quadratkilometer, 6,4 Prozent des usbekischen Territoriums
Bevölkerung:	2 378 500 Menschen
Bevölkerungsdichte:	83,2 Menschen pro Quadratkilometer
Verwaltungszentrum:	Karschi (558 Kilometer von Taschkent entfernt, 212 200 Einwohner)

Wilajat Namangan

Gebildet:	1967
Fläche:	7 400 Quadratkilometer, 1,7 Prozent des usbekischen Territoriums
Bevölkerung:	2 073 200 Menschen
Bevölkerungsdichte:	280,2 Menschen pro Quadratkilometer
Verwaltungszentrum:	Namangan (432 Kilometer von Taschkent entfernt, 408 500 Einwohner)

Wilajat Nawoi

Gebildet:	1982
Fläche:	111 000 Quadratkilometer, 24,8 Prozent des usbekischen Territoriums
Bevölkerung:	810 200 Menschen
Bevölkerungsdichte:	7,3 Menschen pro Quadratkilometer
Verwaltungszentrum:	Nawoi (509 Kilometer von Taschkent entfernt, 122 300 Einwohner)

Wilajat Samarkand

Gebildet:	1938
Fläche:	16 800 Quadratkilometer, 3,7 Prozent des usbekischen Territoriums
Bevölkerung:	2 867 100 Menschen
Bevölkerungsdichte:	170,7 Menschen pro Quadratkilometer
Verwaltungszentrum:	Samarkand (354 Kilometer von Taschkent entfernt, 361 200 Einwohner)

Wilajat Surchandarja

Gebildet:	1941
Fläche:	20 100 Quadratkilometer, 4,5 Prozent des usbekischen Territoriums
Bevölkerung:	1 894 900 Menschen
Bevölkerungsdichte:	94,3 Menschen pro Quadratkilometer
Verwaltungszentrum:	Termes (708 Kilometer von Taschkent entfernt, 120 800 Einwohner)

Wilajat Syrdarja

Gebildet:	1963
Fläche:	4 300 Quadratkilometer, ein Prozent des usbekischen Territoriums
Bevölkerung:	672 200 Menschen
Bevölkerungsdichte:	156,3 Menschen pro Quadratkilometer
Verwaltungszentrum:	Gulistan (118 Kilometer von Taschkent entfernt, 55 600 Einwohner)

Wilajat Taschkent

Gebildet:	1938
Fläche:	15 600 Quadratkilometer, 9,4 Prozent des usbekischen Territoriums
Bevölkerung:	2 452 300 Menschen (ohne Taschkent)
Bevölkerungsdichte:	160,3 Menschen pro Quadratkilometer
Verwaltungszentrum:	Taschkent

10.3. Staatlicher Aufbau.

Gliederung

1. Usbekistan ist eine souveräne Republik.
2. Das Hauptprinzip der Staatsmacht.
3. Die Gewaltenteilung der Staatesmacht.
4. Die Aufgaben des höchsten staatlichen Vertretungsorgan.
5. Der Staatsoberhaupt.
6. Die aufführende Macht und das Verfassungsgericht.
7. Die gesetzgebende Macht.
8. Über die Wahlen ins Oli Maschlis.
9. Die Außenpolitik Usbekistans.

Stichwörter

Präsidentiale Regierungsform, das Hauptprinzip, das Referendum, das Oli Maschlis, Kengasch, die Staatsstruktur, das Vertretungsorgan, ausüben, das Staatsoberhaupt, die ausführende Macht, das Oberste Gericht, die höchste Gesetzeskraft, berechtigt sein, basieren auf, vollberechtigtes Subjekt, Mitglied sein.

Die **Flagge** von Usbekistan zeigt einen Kranz aus zwölf goldenen, fünfzackigen Sternen auf dunkelblauem Grund. Die zwölf ist in der griechischen Muthologie ein altes Sinnbild der Vollkommenheit (zwölf Monate, zwölf Tages- und Nachtstunden, die zwölf Arbeiten des Herakles); der Kreis stellt die Einigkeit der europäischen Völker dar.

Auf dem usbekischen **Wappen** ist der legendäre Vogel Humo – Symbol der usbekischen Wiedergeburt – vor der aufgehenden Sonne und über einem fruchtbaren Tal zu sehen. Er soll einst wie Phoenix aus der Asche aufgestiegen sein Links umkränzen ihn Baumwollpflanzen, rechts eine Ähre Weizen. Der achteckige Stern oben symbolisiert die Einheit und Bestätigung der Republik.

Innerhalb des Achtecks ist der Halbmond mit Stern, das Symbol der Moslems, abgebildet.

Usbekistan ist eine souveräne, demokratische Republik. Der offizielle Name lautet Republik Usbekistan. Die Bezeichnungen Republik Usbekistan und Usbekistan sind gleichbedeutend. Usbekistan hat eine präsidentiale Regierungsform. Die Staatssymbole des Landes sind das Wappen, die Flagge und die Hymne. Der Nationalferiertag – der Tag der Unabhängigkeit – wird am 1. September gefeiert. Nach der Verfassung ist das Hauptprinzip der Organisation der Staatsmacht die Demokratie. Das Volk ist die einzige Quelle der Macht. Es regiert den Staat direkt oder mittels seiner gewählten Vertreter. Die Beteiligung des Volkes an der staatlichen Führung ist in der Verfassung festgelegt und wird durch Gesetze gesichert. Diesbezüglich kommt dem Referendum eine wichtige politische Bedeutung zu. Referenden werden zu staatlichen und gesellschaftlichen Fragen wie der Annahme wichtiger Gesetze, von Beschlüssen oder von Änderungen an grundlegenden Gesetzen abgehalten. Die Bestimmungen zur Durchführung eines Referendums sind im Gesetz „Über das Referendum in der Republik Usbekistan“ vom 18. November 1991 festgelegt. Entscheidungen, die durch ein Referendum gefällt wurden, haben höchste Gesetzeskraft in der ganzen Republik. Sie können nur durch ein Referendum verändert oder aufgehoben werden.

Das Volk übt die Macht im Staate durch seine Vertreter aus, die es in das Oli Maschlis (Parlament), die Kengaschs der Volksabgeordneten der Wilojate (Gebeite), Tumane (Bezirke) und Städte wählt. Nur die in das Oli Maschlis gewählten Abgeordneten und der direkt gewählte Präsident können im Namen des Volkes handeln.

Das Hauptprinzip der Staatsmacht ist die staatliche Souveränität, die eine umfassende Unabhängigkeit in der Innen- und Außenpolitik bedeutet.

Nach Artikel 15 der Verfassung hat die Verfassung höchste Gesetzeskraft. Die Staatsorgane, die Vertreter der Staatsmacht, gesellschaftliche Organisationen mit der Verfassung handeln.

Die Gewaltenteilung ist ein weiteres grundlegendes Prinzip, denn nach Artikel 11 der Verfassung ist die Staatsmacht in die Legislative, Exekutive und Judikative geteilt.

Das Oli Maschlis ist die zwei Kammern – der Legislativen Kammer (Unterhaus) und dem Senat (Oberhaus). Der Präsident ist das Staatsoberhaupt. Er ist der Garant der Rechte und Freiheiten der Bürger, der Verfassung und der Gesetze.

Die Judikative ist von Legislative und Exekutive sowie von Parteien und gesellschaftlichen Organisationen unabhängig.

Nach seiner Staatsstruktur ist Usbekistan ein unitärer Staat. In Abschnitt IV, Artikel 70 der Verfassung über die administrativterritoriale Gliederung ist bestimmt, daß die souveräne Republik Karakalpakstan Teil der Republik Usbekistan ist. Artikel 71 legt fest, daß Karakalpakstan über eine eigene Verfassung verfügt. Die Gesetze der Republik Usbekistan sind laut Artikel 72 auf dem gesamten karakalpakstanischen Territorium bindend. Die Beziehungen zwischen

Usbekistan und Karakalpakstan werden durch Verträge und Abkommen geregelt, die im Rahmen der usbekischen Verfassung erzielt wurden.

Die Legislative

Das Oli Maschlis der Republik Usbekistan ist das höchste staatliche Vertretungsorgan. Es übt die gesetzgebende Macht aus und besteht aus zwei Kammern-der Legislativen Kammer (Unterhaus) und dem Senat (Oberhaus). Die Amtszeit der Abgeordneten beider Kammern beträgt fünf Jahre.

Der Legislativen Kammer gehören 100 Abgeordnete an, die in den Wahlkreisen per Listenwahl gewählt werden. Heute sind in der Legislativen Angehörige von vier Parteien vertreten: die Liberaldemokratische Partei stellt 53 Abgeordnete, die Volksdemokratische Partei 32, der Nationalen Wiedergeburt 31, Partei der Gerechtigkeit 19, Sonstige 22.

Der Präsident

Der Präsident ist das Staatsoberhaupt. Er wird in allgemeiner, gleicher und direkter Wahl von den Bürgern für eine siebenjährige Amtszeit gewählt. Der Präsident vertritt das Land im In-und Ausland, er schließt Verträge mit anderen Staaten, bildet den Apparat der Exekutive, koordiniert die Tätigkeit der höchsten Staatsorgane, bildet die Ministerien und Staatskomitees und löst sie auf. Erlasse und Resolutionen des Präsidenten in allen genannten Bereichen werden zur Bestätigung an beide Kammern des Parlaments weitergeleitet. Der Präsident schlägt den Kandidaten für das Amt des Senatsvorsitzenden vor. Er beruft die vom Premierminister vorgeschlagenen Mitglieder des Ministerkabinetts, ernennt und entläßt den Greneralstaatsanwalt und seine Vertreter sowie die Chokime der Wilojate und der Stadt Taschkent.

Literatur

1. Tatsachen über Deutschland. Frankfurt/Main, 2010
2. Transparente Landeskunde. Bonn. 1992
3. Übersichten der BRD und ihre Länder. Bonn. 1993
4. Wirtschaft auf Deutsch. München. 1992
5. Meyers Lexikon. Mannheim. 1991
6. Klar-Sicht. Bonn. 1992
7. Umwelt. Wien. 1995
8. Jung sein. Wien. 1992
9. Kunst. 1996
10. Arbeitswelt. Wien. 1994
11. Österreich-Betrachtungen. Wien. 1992
12. Deutschland in Geschichte und Gegenwart. 2000.
13. Мамлакатшунослик; Маърузаларматни. Тошкент 2009-2010

Zusätzliche Literatur

1. Wolfgang Kraus „Zukunft Europa“ Frankfurt am Main, 1993
2. Kürschners Volkshandbuch „Deutscher Bundestag“ 2004 by NDV
3. Neue Darmstädter Verlagsanstalt, Rheinbreitbach
4. Schick-Schreiner „So arbeitet der Deutsche Bundestag“ 2003 by
5. NDV Neue Darmstädter Verlagsanstalt, Rheinbreitbach
6. „So arbeiten Regierung und Parlament“ von Renate Georges 1992 by NDV
Neue Darmstädter Verlagsanstalt, Rheinbreitbach
7. „Österreich“ Ein landeskundliches Lesebuch von Jürgen
8. Koppensteiner. 1983 Verlag für Deutsch
9. Friedrich Koja – Gerald Stourz „Schweiz-Österreich“ 1986 Hermann Böhl –
aus Nacht. Wien. Köln. Graz.
10. Die Schweiz in ihrer Vielfalt. (Natur, Bevölkerung, Staat, Wirtschaft,
Kultur)

Internetseiten

- 1 www.google.de
- 2 www.goethe.de
- 3 www.langenscheidt.de
- 4 www.bundesregierung.de
- 5 www.uni-bochum.de